

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 16. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Inland 1,50 M., Ausland 2 M. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. pro Monat. Eintragsfrist: 1. April. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
Belägt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stück) 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Wahlen in Frankreich.

I.

Das Wachstum des Sozialismus.

Paris, 11. Mai.

Man kann die Stärke der sozialistischen Bewegung, wie sie das Wahlergebnis vom 8. Mai zeigt, nur absolut — an der Zahl der sozialistischen Wähler und Gewählten und unter Erwägung der besonderen lokalen Bedingungen — messen, nicht durch einen Vergleich mit den Wahlerfolgen des Sozialismus in anderen Ländern und auch nicht durch Vergleich mit den vorhergehenden französischen Wahlen.

Von vornherein ist die Tatsache in Betracht zu ziehen, daß der soziale Prozeß, der die proletarische Massenbewegung hervorbringt, nämlich die Entwicklung der Großindustrie und die Kapitalkonzentration, in Frankreich langsamer verläuft als in den eigentlichen Industrieländern. Zwar schreitet auch hier die Verfertigung der handwerklichen Produktion und das Wachstum der kapitalistischen Unternehmungsformen fort, aber die verhältnismäßig hohe Lebenshaltung der qualifizierten Arbeiterklasse, die geringe Zunahme der Bevölkerung und die dadurch bewirkte Stagnation auf dem inneren Markt veranlassen die zahlreichen kleinen Kapitalbesitzer, ihr Geld doch lieber in ausländischen Papieren anzulegen als in inländischen Unternehmungen. Frankreich bleibt immer noch ein agrarisches Land, und agrarische Tendenzen herrschen in allen bürgerlichen Parteien, ja — sie machen sich selbst bei den Sozialisten zuweilen verwunderlich geltend. Außer im hochindustriellen Norden und in einzelnen Bergwerks- und Industriedistrikten der übrigen Provinz kann man jene Konzentration von Arbeitermassen, die die sozialistische Aktion geboren hat, nur in Paris finden, wo indes die besonderen Verhältnisse in den vorhergehenden Luxusgewerben eigenartige, der Entwicklung der spezifisch sozialistischen Denk- und Empfindungsweise nicht sehr günstige Bedingungen geschaffen haben.

Was aber den Vergleich mit dem Ausland besonders erschwert, ist das Vorhandensein einer starken, von einer revolutionären Tradition profitierenden bürgerlichen Demokratie. Die Masse der französischen Arbeiter ist keineswegs indifferent in dem Sinne, daß sie nicht freiheitslich und nicht antikapitalistisch empfindet. Aber noch hat sich — besonders in der Provinz, wo die antirepublikanischen Parteien noch stark sind — die Differenzierung zwischen dem Republikanismus und dem Sozialismus nicht vollendet. Da überdies das große Unternehmertum überwiegend liberal oder progressiv, die Phraseologie des Radikalismus demgemäß stark antikapitalistisch gefärbt ist und das Wahlinteresse auch den bürgerlich-radikalen Deputierten dazu treibt, in Streiksituationen bei den staatlichen Behörden zugunsten der Arbeiter zu intervenieren, so findet der Arbeiter den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Demokratie nicht immer leicht heraus. Und schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß die unpolitische Tendenz der gewerkschaftlichen Aktion, wie sie die Confédération du Travail betreibt, die Erkenntnis der Arbeiterklasse: daß die sozialistische Partei die natürliche Vertreterin ihrer Klasseninteressen im Parlament des Bourgeoisstaates ist, nicht gefördert hat! Die Leiter der Konföderation leugnen nicht, daß im Parlament Arbeiterinteressen von großer Bedeutung ins Spiel kommen, aber das Prinzip von der einzig wirksamen „direkten Aktion“ läßt ihnen eine besondere politische Organisation und Aktion des Proletariats überflüssig erscheinen. Der Anhänger der „direkten Aktion“ kann sich ebenso gut der Stimme enthalten wie für einen bürgerlichen Kandidaten stimmen, von dem er sich eine Vertretung seiner Interessen verspricht! — Da das Parlament überhaupt für unfähig angesehen wird, bei der Vertretung der Arbeiterklasse entscheidend mitzuvirkten, so begehrt der an die sozialistische Formel glaubende Arbeiter keinen Verrat an seiner Klasse, wenn er etwa für den Radikalsozialisten gegen einen Sozialisten seine Stimme abgibt. — Erwägt man hier noch die Tatsache, daß manche bürgerliche Radikale, wie Pellétan während seiner Ministerzeit, den Forderungen der Arbeiter wirklich sehr weit entgegengekommen sind, so kann es nicht wundernehmen, daß noch Hunderttausende von keineswegs gleichgültigen oder etwa liberal fanatisierten, sondern revolutionären und von einem nebelhaften Glauben an eine sozialistische Republik erfüllten Arbeitern für die Radikalen wählen gehen.

Die große Bedeutung der Wahl vom 8. Mai liegt nun darin, daß sie trotz aller allgemeinen, dauernden und trotz mancher besonderen, gerade dieses Mal wirksamen Nennungen eine sehr starke Zunahme der politischen Erkenntnis der Arbeiterklasse sichtbar gemacht hat. Diese Tatsache läßt sich mit genügender Sicherheit bei eingehender Betrachtung des Ergebnisses in den einzelnen Regionen erkennen, dagegen nur sehr ungenau aus einer Vergleichung der ziffermäßigen Resultate dieser Wahl mit denen der vorangehenden und besonders mit den Ergebnissen von 1902. Die Wachstumsziffer von 250 000 Stimmen, die z. B. der „Petit Parisien“ den Sozialisten zugeschrieben hat, ist durchaus willkürlich und schon darum falsch, weil sie die „parlamentarischen“ Sozialisten mit unsicht. Wollte man aber selbst die Gewählten dieser Gruppe als wirkliche Sozialisten ansehen, so ist dies doch in bezug auf die Wähler unmöglich, da etliche von den Kandidaten der „Parlamentarischen“ als Kandidaten aller bürgerlichen

Republikaner“ auftraten. Wenn z. B. Viviani 1902 im 5. Pariser Arrondissement 5213, der Genosse Collignon aber, der diesmal Kandidat der geeinigten Partei war, ebenfalls jetzt nur 598 Stimmen erhalten hat, so bedeutet das natürlich keinen Verlust der Sozialisten; denn die scheinbar verlorenen Stimmen finden sich bei Collignons Gegenkandidaten Viviani wieder, der als „republikanischer“ Kandidat 5010 Stimmen bekam. Es sind das zum großen Teil Stimmen von „Intellektuellen“, die nie Sozialisten waren, und von demokratischen Bourgeois dieses Intelligenzbezirks. — Von Millerand 6255 Stimmen vollends rühren mindestens 2500 von Reaktionären her.

Wollte man die Stimmengahl, die 1902 auf die Kandidaten aller sich als „sozialistisch“ bezeichnenden Parteiorganisationen entfiel, mit der diesmal von den Unifizierten allein aufgebrauchten vergleichen, so käme man sogar auf einen — wenn auch ganz unbedeutenden — Rückgang. Aber dieses Minus bedeutet tatsächlich ein sehr ansehnliches Plus. Die Kandidaten der unifizierten Partei haben nämlich 876 000 Stimmen auf sich vereinigt, gegen etwa 880 000 „sozialistische“ Stimmen von 1902! Aber damals entfiel etwa die Hälfte auf die Kandidaten des „Parti Socialiste Français“, dessen Deputierte zum Teil der Partei nach der Einigung den Rücken lehrten. Die nicht-geeinigten Sozialisten zählten in der Kammer zuletzt 15, die geeinigten 39 Mitglieder. Für die Konsolidierung der Partei zeugt nur die Tatsache, daß von den Kandidaten dieser 39 Wahlkreise diesmal 29 gleich im ersten Wahlgang gewählt wurden. Das bedeutet, daß die sozialistische Wählerklasse die Einigung der Partei und die oppositionelle Haltung der Fraktion vollständig billigt, daß also die Abgeordneten den Willen der sozialistischen Arbeiterklasse vollstreckt haben. Kein einziges Mandat ist verloren worden, und in der Stichwahl wird wahrscheinlich nur ein einziges verloren gehen, das des 1. Bezirkes des 15. Pariser Arrondissements, dessen Vertreter der verstorbene Genosse Vaguel war, wo aber der neue sozialistische Kandidat Aubriot gegen den radikalen Gemeinderat Chautard in der Minorität gelieben ist und seine Kandidatur zurückgezogen hat.

Der Gewinn der Partei läßt sich aus dem Grunde nicht abschätzen, weil man ihren Verlust nicht bemessen kann. Zu den Wählern, die den nicht unifizierten Sozialisten freugeblieben sind, kommen die Intellektuellen hinzu, die 1902 noch — unter der Nachwirkung der Dreyfußkreise — für die „Partei Jaures“ stimmen mochten, von einer Partei des proletarischen Klassenkampfes aber nichts wissen wollen! Von diesen „Mißläufern“ ist sicher auch eine große Zahl infolge der antimilitaristischen Agitation und wohl selbst unter dem Einfluß der Bombenaffären und der drohenden Sprache mancher Gewerkschaftler abgewandert. Aber es ist nicht zu leugnen: Nicht nur bei den bürgerlichen „Mißläufern“ hat der Antimilitarismus der Partei Abbruch getan. Das erweist z. B. das unbefriedigende Wahlergebnis im Departement Jonne, der Hauptstätte der Heroischen Agitation. Im 2. Wahlkreise von Auxerre sah der Parteiveteran Camélinat — unter der Kommande Direktor der Münze — seine Stimmengahl von 5228 auf 3959 zurückgehen! Auch in Auxerre I sind einige Hundert Stimmen verloren gegangen. In Joigny allerdings hat der Sozialist, der dort zum ersten Male in den Wahlkampf trat, 2500 Stimmen erhalten.

Zur Affäre Schöne-Brockhufen.

Von dem Vertreter des in der Spizelaffäre Schöne-Brockhufen erwähnten russischen Kaufmanns erhalten wir folgende Zuschrift: An die Redaktion des „Vorwärts“ Berlin.

Sehr geehrter Herr Redakteur!
Als Bevollmächtigter des in die Affäre des Kriminalkommissars Schöne verwickelten russischen Kaufmanns erlaube ich Sie ergebenst und dringend, in Ihrer morgigen Nummer folgender Nichtigkeitsklärung Raum zu geben. Ich gründe dieses Ersuchen darauf, daß die Ausführungen des Ministers auch in Ihre Zeitung Eingang gefunden haben.

Der preussische Minister des Innern hat nach dem stenographischen Bericht des heutigen „Reichsanzeigers“ am 12. d. M. im preussischen Abgeordnetenhaus folgendes ausgeführt: „Wie es scheint — ich muß mich dieses vorläufigen Ausdrucks bedienen, weil der russische Kaufmann inzwischen eine längst geplante Geschäftsreise nach Rußland angetreten hat und noch nicht hat gehört werden können — wie es scheint, hat diese dritte Person den russischen Kaufmann bestimmt, um die Erlaubnis zum längeren Verweilen hier zu erhalten, seinerseits dem Kriminalkommissar Schöne das Angebot zu gewissen Diensten zu machen. Kurz darauf ist — das will ich ausdrücklich hervorheben — der russische Kaufmann anders Sinnes geworden und hat einen hiesigen Rechtsanwalt beauftragt, seinen Wunsch um Erlaubnis zu dauerndem Verweilen im geordneten Verkehrsweg zu verfechten.“

Als Bevollmächtigter des erwähnten russischen Kaufmanns bemerke ich dazu:

Die obige Darstellung ist in allen wesentlichen Punkten unrichtig. Nach einer mir vorliegenden sehr ausführlichen eideschwürlichen Versicherung des genannten Kaufmanns vom 22. April d. J. hat der Privatier v. Brockhufen, der meinem Klienten geschäftlich bekannt war und stets mit seinen hohen Verbindungen geschäftlich hatte, am 18. April d. J. abends meinen Klienten in der Weinprobierstube Wilmersdorf, Kaiserplatz 5 mit dem Kriminalkommissar Schöne, den er als eine höchst einflussreiche Persönlichkeit, als die „beste Quelle“ zur Verbindung der Ausweisung bezeichnet hatte, zuerst zusammengebracht. Kriminalkommissar

Schöne äußerte hierbei zunächst: Es sei fürchtbar schwer, etwas für meinen Klienten zu tun. Ein Geheimere Justizrat habe sich für einen russischen Doktor der Chemie beim Berliner Polizeipräsidenten in gleicher Angelegenheit ins Mittel gelegt und dennoch eine abschlägige Antwort erhalten. Immerhin hoffe er, meinem Klienten helfen zu können, da er (mein Klient) von Herrn v. Brockhufen so warm empfohlen sei; ihm (Schöne) stehe so viel und so mancherlei zur Verfügung. Er werde meinen Klienten, wenn dieser in Petersburg sein werde, vielleicht um ein paar Kleinigkeiten bitten, doch werde er darauf später zurückkommen.

Am 20. April abends fand am gleichen Orte wiederum ein Zusammenkunft meines Klienten mit Schöne und v. Brockhufen statt. Schöne berichtete: Es sei eine sehr schwierige Sache, er habe sich bei seinem Vorgesetzten ins Mittel gelegt, sei aber abschlägig beschieden worden, da diesmal keine Ausnahme möglich sei. Schließlich habe er, Schöne, eingeworfen: Ja, aber wenn sich der Herr Verdienste in hiesigen und kommunalen Angelegenheiten erwirbt? Darauf habe der Vorgesetzte erwidert: Ja, dann ist eine Ausnahme wohl möglich, dann soll der Herr bei uns gut aufgehoben sein. v. Brockhufen folgte hinzu: Dann werden Sie sogar besser als ein preussischer Unterthan gefeiert sein.

Im Anschluß hieran unterbreitete Schöne meinem Klienten den hier nicht zu erörternden Vorschlag, der deutschen Regierung hoch- und landesverräterische Spionagedienste gegen sein Vaterland Rußland zu leisten. Dieser Vorschlag verletzete meinen Klienten sofort in die größte Erregung, die er allerdings bei der Zwangslage, in der er sich befand, zunächst bemerzte. Er betonte, daß ihm nicht daran liege, dem Staate Dienste zu leisten; er habe nur den Wunsch, sich Schöne für seine Gefälligkeit erkenntlich zu zeigen. Er fragte Schöne, was dieser tun würde, wenn ihm ein solcher Vorschlag gemacht werden würde. Schöne entgegnete, nach Mitteilung v. Brockhufen gedente mein Klient sich naturalisieren zu lassen, er habe ja an seinem Vaterlande so wie so nichts zu verlieren; er solle naturalisiert werden, wenn er die gewünschten Dienste leisten wolle. In seiner Rat- und Hilflosigkeit hat mein Klient dann zunächst nichts weiter eingewendet, sich aber unmittelbar nach diesem Gespräch an mehrere Freunde und an den Unterzeichneten um Rat gewandt. Natürlich hat er die Angelegenheit auch sofort mit seiner Frau besprochen. Nicht einen Augenblick hat er auch nur daran gedacht, der ihm von dem Kriminalkommissar Schöne gemachten schmachlichen Zumutung zu entsprechen.

Mit Zug und Recht besorgte er aber, sofort er jetzt sofort einfach mit der gebührenden Schroffheit ablehne, um so sicherer ausgewiesen und noch überdies bezichtigt zu werden, er sei bereit gewesen oder habe sich gar angeboten, Verräterdienste gegen sein Vaterland zu leisten, der Plan habe sich nur aus niedrigen Gründen zerschlagen, z. B. weil er mit der Entlohnung nicht zufrieden gewesen sei. So bestand für ihn die Gefahr, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland unmöglich gemacht zu werden, und seinen ehelichen Namen zu verlieren. Um dieser Gefahr sicher zu begegnen, wurde von meinem Klienten und seinen Beratern für durchaus nötig gehalten, dritten Personen vorab Einblick in die Angelegenheit zu verschaffen. Der Unterredung vom 22. April, die sodann in der Wohnung meines Klienten stattfand, wohnten mehrere unbeteiligte Personen bei. In dieser Unterredung kam es wiederum klar zum Ausdruck, daß es sich nicht um ein Angebot meines Vollmachtgebers handelte. Es wurde diesem, sofern er bis zum Ablauf der ihm von der Polizei gestellten Frist von 3 Monaten die verlangten Dienste nicht leisten können, vom Kriminalkommissar Schöne eine Prolongation in Aussicht gestellt, die Herr Schöne leicht durchbringen zu können betonte. Ferner wurde meinem Bevollmächtigten Geld angeboten, das dieser aber ablehnte.

Beim Beginn der Unterredung vom 22. April wurde meinem Klienten der bekannte falsche Vah auf den Handlungsreisenden Ernst Fiedler, versehen mit dem Visum des russischen Konsuls, vom Kriminalkommissar Schöne ausgehändigt, ebenso die Bescheinigung, daß er christlicher Konfession sei.

Wenn der Minister des Innern am 22. d. M. bemerkte, der russische Kaufmann habe wegen seiner Abwesenheit nicht gehört werden können, so vermisse ich den Zusatz, daß seine — schwer kranke — Ehefrau von einem höheren Beamten des hiesigen Polizeipräsidenten gehört worden ist und die obige Darstellung ihres Mannes bestätigt hat.

Auch sei betont, daß mein Klient, um sich vollends zu beden, dem hiesigen russischen Konsulat Mitteilung vom dem Geschehenen gemacht hat.

Ich trete daher der eingangs zitierten Bezeichnung, die der Minister in der denkbaren bestmöglichen Öffentlichkeit gegen meinen wahrlich bedauernswerten Klienten erheben zu dürfen geglaubt hat, und deren vorsichtige Form an ihrem Charakter nichts ändert, um der Ehre und Existenz meines Klienten und seiner Familie willen und auch im Auftrage seiner Ehefrau mit dem größtem Nachdruck entgegen und fasse mich dahin zusammen:

Unwahr ist, daß mein Klient dem Kriminalkommissar Schöne jemals „gewisse Dienste“ angeboten hat, unwahr ist, daß er erst nachträglich anderen Sinnes geworden ist.

Tatsache ist, daß ihm Kriminalkommissar Schöne und Privatier v. Brockhufen die Inhabierung der angebotenen Ausweisung als Gegenleistung für verräterische und gemeine Spionagedienste in Aussicht gestellt und ihn zu solchen Diensten zu gewinnen versucht haben. Tatsache ist, daß er vor die Wahl gestellt, solche Dienste zu leisten oder seine Existenz zu verlieren, nicht einen Augenblick geschwankt hat.

Berlin, den 15. Mai 1906.

Ergebenst
Dr. R. Liebkecht, Rechtsanwalt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Mai.

Diäten und Finanzreform.

Regierung und bürgerliche Parteien hatten es sehr eilig, das Diätengesetz unter Dach und Fach zu bringen, damit seine Wirkung in den nächsten Wochen die Erledigung der parlamentarischen Geschäfte, auf die Regierung und Wehrheits-

partien besonderes Gewicht legen, günstig beeinflusse. Ohne Diäten keine Beschäftigung des Reichstages — das ist die Signatur bürgerlicher Politik. Höher verstieg sie sich nicht und befestigte damit die Klugheit und Kleinlichkeit ihrer gesetzgebenden Aktion.

Die Vorlage ist weit davon entfernt, die selbstverständliche Forderung zu erfüllen, daß den Volksvertretern eine ähnliche Entschädigung zu teil wird, wie sie für alle Beamte als selbstverständlich erachtet wird. Wie wir bereits früher erwähnt haben, ist in einer Reihe außerdeutscher Staaten ein Pauschale als Entschädigung für die Tätigkeit der Volksvertreter festgesetzt, so z. B. in den Vereinigten Staaten auf Grund der Verfassung von 1787; die Entschädigung wurde im Jahre 1866 auf 5000 Dollar festgesetzt und ist später auf 7500 Dollar erhöht. Ungarn kennt als Ehrensold ein Diätenpauschale von jährlich 2400 Gulden (4800 Kronen), daneben ein Quartiergehalt von 800 Gulden (1600 Kronen). In Frankreich ist die Entschädigung auf 9000 Frank festgesetzt. Schweden kennt eine solche von 1200 Reichstaler. Die Niederlande haben 2000 Gulden (3880 M.) als Pauschale festgesetzt. Teilweise, z. B. in Amerika, ist ein Abzug für diejenigen Tage, in denen das Mitglied den Sitzungen nicht beigewohnt hat, in Höhe der auf diesen Tag rechnungsmäßig entfallenden Summe zulässig. Andere Länder haben das Tagegeld (Diäten-) System. Die Diäten betragen in Oesterreich 10 Gulden, in der Schweiz 20 Fr., in Norwegen 3 Spezies-Taler, in Dänemark 3 Reichstaler, in Elsaß-Lothringen 20 M., in Preußen bekanntlich 15 M. In Elsaß-Lothringen sowohl wie in Preußen werden Diäten ohne Rücksicht darauf, ob an den Tagen eine Sitzung abgehalten wird und ob der Abgeordnete anwesend ist, gezahlt. Die Regierungsvorlage enthält ein eigentümliches Mischmasch-System zwischen Pauschale und Anwesenheits-, oder richtiger Abzugsgeldern. An diesem System wurde auch in dritter Lesung festgehalten. Der Zweck, den die Regierung und die bürgerliche Mehrheit mit dem Gesetz verfolgt, ist nicht der eines Ehrensoldes sondern der des Zusammenhaltens einer bürgerlichen Mehrheit durch Erlass der entfallenden Aufwendungen. In kleinlicher Art wurde deshalb an der Höhe des Abzugsgeldes, das auch für Fehlen bei Abstimmungen Geltung haben soll, herumgehandelt. Die in zweiter Lesung beschlossene Höhe von 20 M. wurde schließlich auch in dritter Lesung angenommen.

Graf Posadowski plädierte noch einmal für Aenderung des Artikels 28 der Verfassung und damit für Preisgabe von Reichstagsrechten gegen Diäten. Seine Bemühung blieb vergeblich. Auch in dritter Lesung blieb es bei der Ablehnung einer Aenderung des Artikels 28. Die Rechte rückte mit der Absicht, Volksrechte gegen die Diäten einzufordern nochmals vor. Der Abgeordnete von Staudy (L.) drohte mit dem „roten Gelpens“, von Kardorff (Rp.), der einst öffentlich erklärt hatte, die Diätenlosigkeit veranlasse ihn, gut besoldete Aufsichtsratsposten bei kapitalistischen Unternehmungen von dem Kaiser der „Laurahütte“ anzunehmen, erklärte sich unter factastischen Zurufen und Gelächter als prinzipiellen Gegner des Gesetzes.

Es wurde der die Aenderung des Artikels 32 der Verfassung betreffende Gesetzentwurf nach dem Beschluß zweiter Lesung mit 24 Stimmen gegen 41, bei einer Stimmenthaltung, das Diätengesetz dann nach den Kommissionsbeschlüssen mit 210 gegen 52 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Dann folgte die zweite Beratung des Mantelgesetzes, das den Kern der sogenannten Reichsfinanzreform, die Sicherung der Einzelstaaten vor Ueberlastung mit Reichsausgaben enthalten soll. In der Steuerratskommission ist die Festlegung der Matrularbeiträge, wie sie die Regierungsvorlage vorschlag, abgelehnt worden.

Genosse Bernstein legte in eingehender Rede dar, daß diese Art Reform nur eine notdürftige Deckung des Reichsdefizits mit dem ungeeignetsten und schädlichsten Mittel indirekter Besteuerung der Massen sei, während der preussische Finanzminister für die Regierungsvorlage plädierte.

Die Debatte über das „große Finanzwerk“ war äußerst dürftig, da die Kompromissmehrheit an den Kommissionsbeschlüssen festhielt und diese annahm ohne darüber zu diskutieren.

Die Beratung der Resolution, die eine Erhöhung der Posttarife im Ostverkehr usw. wünscht, wurde auf Mittwoch vertagt; außerdem wird die zweite Beratung des Gesetzes über die Ausgabe von Reichsschatenscheinen erfolgen. —

Das Debüt des neuen Verkehrsministers.

Der neuernannte Verkehrsminister Breitenbach, der Nachfolger Buddes, benutzte am Dienstag die Gelegenheit, sich dem Abgeordnetenhaus vorzustellen. Auf der Tagesordnung stand die zweite und dritte Lesung der Sekundärbahn-Vorlage, die zwar an und für sich zur Erörterung prinzipieller Fragen von weittragender Bedeutung nicht recht geeignet ist, aber trotzdem Herrn Breitenbach Anlaß zu einigen allgemeinen Bemerkungen gab. Die neue Erzellenz will in jeder Beziehung in den Bahnen ihres Amtsvorgängers wandeln, sie will die Bundesbahn „Sozialpolitik“ betätigen und auch das gute Einvernehmen mit dem — Finanzminister aufrechterhalten! Mit anderen Worten: auch Breitenbach will die Eisenbahnarbeiter und Beamten zu Staatsklaven machen, indem er sie durch allerhand Wohlthatenbestrebungen zu fesseln sucht, dafür aber ihre politischen Rechte nach Möglichkeit beschränkt. Auf der anderen Seite will er die Eisenbahnen nach wie vor als Finanzquelle für den Staat betrachten. Mit dem neuen Herrn wird also kein neuer Geist in die Verwaltung einziehen. —

Deutsches Reich.

Som Bankrott des sächsischen Antisemitismus. Bei den Reichstagswahlen von 1893 war es, wo der Antisemitismus in Sachsen sich der Gefolgschaft des gesamten Spießbürgertums, der Kleinrentner und Handwerker, erfreute und mit einem Male eine Anzahl Reichstagswahlkreise, darunter alle drei Dresdener, eroberte. Wie stiegen die „Erfolge“ den antisemitischen Eintagsfliegen zu Kopfe. Das Varnabieren des lungenkräftigen Zimmermanns und seines Gefolges war unerträglich. Sachsen sollte der Ausgangspunkt für die Eroberung Deutschlands durch den Antisemitismus werden. Einen unüberwindlichen Damm gegen die Sozialdemokratie wollte man in der Deutsch-sozialen Reformpartei errichten. Durch große Plakate kündigte man das an, und gleichzeitig wurde eine „Tageszeitung größten Stils“ in der „Deutschen Wacht“ gegründet. Zimmermann wurde mit 8000 M. Gehalt Direktor, daneben funktionierten noch acht Redakteure und zwei Geschäftsführer, das Geld wurde durch Ausgabe von Aktien aufgebracht; die Freude dauerte aber nicht lange. Schon bei den Reichswahlen offenbarte sich der beginnende Bankrott des Antisemitismus in Sachsen. Die „Tageszeitung größten Stils“ kam in Geldnot; bald mußten die Aktien zusammengelegt werden, und bald war alles Geld verpulvert und die Aktionäre hatten das Kopfschütteln. Die letzten sechs Jahre waren

für den sächsischen Antisemitismus ein langsames qualvolles Sterben. Zwar wurde der „Wacht“, die inzwischen im Umfang sehr reduziert worden war, noch einmal aufgehoben, aber es war nur eine künstliche Verlängerung der Qual. Nachdem verschiedene andere Versuche, das Blatt über Wasser zu halten, gescheitert waren, ist man jetzt am Ende angekommen. Durch eine Bekanntmachung des Dresdener Amtsgerichts wird der Aktien-Gesellschaft Deutsche Wacht jede Veräußerung ihres Vermögens untersagt, weil Konkurs gegen sie beantragt worden ist. Damit geht die antisemitische Partei Sachsens ihres einzigen Propagandorgan verlustig. Und wie lange wird es dauern, bis auch die sonst noch vorhandenen Ueberreste ehemaliger antisemitischer Herrlichkeit in Sachsen verschwunden sind. —

Ein Arbeitswilliger als Opfer der Breslauer Polizei. Wir teilten schon mit, daß der Arbeiter Baum zu Breslau an einer Kopfwunde gestorben ist, die er bei der Straßenkollision mit Polizeifahrern erhielt. Ueber diesen Unglücklichen hat nun ein bürgerliches Blatt — die „Breslauer Zeitung“ mitgeteilt:

„Nach den eigenen Angaben, die er dabei über seine Verletzung gemacht hat, war er am Abend des 19. April nach Fabrikabgang mit seiner Frau, einer Spinnereiarbeiterin, spazieren gegangen und war gegen 7 Uhr auf dem Heimwege nach der Schweigerstraße begriffen, wo er auf Schlafstelle wohnte. Sein Weg führte ihn durch die von einer gewaltigen Menschenmenge erfüllten Friedrich-Wilhelmstraße. Vor dem Laden des Wurstfabrikanten Kimmel habe ihm ein Schuhmann barich zugerufen: „Weichen Sie stehen!“ — und als er diesem Verlangen Folge geleistet, habe er einen Säbelhieb an der rechten Kopfsseite erhalten. Die Frau mit aller Bestimmtheit behauptet, habe er — und das würde, die Richtigkeit der Behauptung vorausgesetzt, das tragische Moment seines Todes sein, — weder zu den Stundmachern, noch überhaupt zu den Ausgesperrten gehört, sondern er sei als Nichtorganisirter nach wie vor auf Arbeit gegangen und habe auch an jenem Unglücks-Donnerstag mit den anderen Arbeitswilligen erst um 6 Uhr in der Pilsener Fabrik Feierabend gemacht.“

Die Wahrheit der Behauptung hätte das bürgerliche Blatt durch eine Anfrage bei der betreffenden Fabrik leicht feststellen können. Wie haben keinen Anlaß, daran zu zweifeln, da ein Klassenbewußter Arbeiter sich nicht für einen Arbeitswilligen ausgeben würde.

Also hat die Breslauer Polizei, da sie auszog, die Arbeitswilligen vor dem sozialdemokratischen Terrorismus zu schützen, einen — Arbeitswilligen getötet!

Umsichtig und besonnen! —

Um den Profit.

Aus dem Schlächtergewerbe wird uns geschrieben: Die Forderung der sozialdemokratischen Presse, die Schlächtermeister sollten die Fleischpreise entsprechend dem Rückgang der Viehpreise heruntersetzen, bereitet der „Allgem. Fleisch-Ztg.“ großes Mißbehagen. Erfreulicherweise ist dieses Blatt nicht allein für das Fleischergewerbe maßgebend. Es existieren noch andere Fachzeitungen unserer Branchen, und zwischen der „Allgem. Fl.-Ztg.“ und der „Deutschen Fl.-Ztg.“ tobt zurzeit ein recht niedlicher Konkurrenzkampf. Die „Allgem. Fl.-Ztg.“ fertigt z. B. das letztgenannte Blatt, das sich erlaubt hatte, zu einer Ermäßigung der Fleischpreise aufzufordern, mit folgender an die Schlächtermeister gerichteten Denunziation ab:

„Eine Fleisch-Zeitung“ sammelt die Preisherabsetzungen für Fleisch aus verschiedenen Städten, veröffentlicht dann diese Liste nicht nur selbst, sondern verschiebt sie auch an die Tageszeitungen, die sie vergnügt aufnehmen unter Betonung, daß ihre Quelle eine Fachzeitung sei, und daran die Frage knüpfen, warum nicht auch hier oder dort, wo die Fleischpreise aus irgend welchen Gründen noch ein wenig höher stehen, die Preise in entsprechender Weise herabgesetzt werden. Das liest dann das große Publikum und setzt dann den Meistern wegen der angeblich zu hohen Fleischpreise arg zu. So bietet jene Fleisch-Zeitung den Gegnern des Fleischergewerbes Waffen gegen die Meister, die empört sind, daß die Waffen sogar aus ihren eigenen Reihen geliefert sind.“

Ein häßliches Gegenstück zu dieser Profitsticht bildet der in den Kreisen der Schlächtermeister, speziell der Herren „Hoffschlächtermeister“, herrschende Byzantinismus. Die „Allgem. Fleisch-Ztg.“ beröckichtigt z. B. folgenden telegraphischen Bericht vom Sudener Bezirksstag:

Der 25. Bezirksstag des Brandenburgischen Bezirksvereins, der mit einer Vorgenussmit eingeleitet wurde, wurde durch den Vorsitzenden Langer-Kowales mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, folgendes Telegramm an Se. Majestät den Kaiser zu senden:

An des Kaisers und Königs Majestät Berlin.

Vom 25. Bezirksstag des Brandenburgischen Bezirksvereins im Deutschen Fleischerverband senden die Vertreter von dreitausend brandenburgischen Fleischern an Ew. Kaiserl. Königl. Majestät das Gelübde der tiefsten Ehrfurcht, der unwandelbaren Treue und des unverbrüchlichen Gehorsams.

Mit dem Auf: „Die gute Brandenburg allewege!“ werden wir zu allen Zeiten und in allen Verhältnissen in Treue bis in den Tod und in stetem Gehorsam Ew. Majestät getreue Brandenburger sein.

Der Vorstand des Brandenburgischen Bezirksvereins. W. Langer-Kowales.

Liberaler Terroristen. In Magdeburg sitzen zwölf sozialdemokratische Vertreter im Stadtverordnetenkollegium, die den Herren von Besitz und Bildung durch ihre Rührigkeit und Schlagfertigkeit höchst unangenehm geworden sind. Da sich unsere Genossen auch nicht geduldig anpöbeln lassen, sondern auf einen groben Kloy einen groben Keil setzen, so hat die liberale Mehrheit längst hier folgenden Zusatz zur Geschäftsordnung beschlossen:

„Wer die Ruhe und Ordnung stört, kann bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen für bestimmte Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden in diesem Beschlusse übereinstimmen. Zuwiderhandlungen, die länger als drei Monate zurückliegen, bleiben außer Betracht. Der Beschluß erfolgt ohne vorgängige Verhandlung. Jedes Mitglied kann Vorschläge wegen Verhängung der Ausschließung, wegen der Dauer der letzteren und wegen Ausführung des Beschlusses machen; eine Begründung dieser Vorschläge darf nicht stattfinden. Die Versammlung kann auch, ohne Verhandlung, mit einfacher Stimmenmehrheit die Vorschläge dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überweisen. Ebenso genügt einfache Mehrheit für Beschlüsse über die Dauer der Ausschließung und die Ausführung des Beschlusses.“

Der Beschluß ist wohl das tollste an Anebelung der Minorität, was je eine Körperschaft beschlossen hat. Ausschluß auf die Dauer der Wahlperiode und ohne jede Veranlassung! Also ohne daß der Beschuldigte sich überhaupt nur verteidigen kann. Die Herren Liberalen denken auf diese Weise anscheinend die Sozialdemokratie ganz loszuwerden. Darin dürften sie sich aber geschnitten haben.

Welchen Tones sich die Bürgerlichen selbst bedienen, zeigen Ausführungen, die Rechtsanwalt Landberg bei der Bekämpfung der ungeheuerlichen Vorlage machte. Er sagte u. a.:

„Wir werden alleweil einmal vom Vorsitzenden unterbrochen und berichtigt; andere Mitglieder nicht. Wir werden mit Aktivi-

kationen und Ordnungsrufen reichlicher bedacht. Für den Ausdruck „Keinlich“ wurde ich rektifiziert, obwohl der Ausdruck meiner Meinung nach in einem Mißverständnis gebraucht werden könnte. Herr St. hat mich reif für den Psychiater genannt und Größtentwahn vorgeworfen, er wurde nicht rektifiziert. Als Herr St. das Wort „Gemeinheit“ in den parlamentarischen Wörterbuch einführt, erhielt er keinen Ordnungsruf. Seine Bemerkung bezüglich der „Freiheit“ nannte der Vorsitzende hypothetisch und ließ ihn bestreiten nicht zur Ordnung.“

Die Magdeburger liberalen Stadträte werden, dessen sind wir gewiß, ihres wahrhaft genialen Beschlusses nicht recht froh werden. Dafür werden unsere Genossen zu sorgen wissen. —

Welches Interesse haben Sie übrigens daran . . . ?

Der verantwortliche Redakteur der „Breslauer Volkswacht“, Genosse Radloff, wurde am Sonnabend vom Untersuchungsrichter Fierle in dem Ermittlungsverfahren nach dem unbekanntem „Schuhmann“ vernommen, der dem Arbeiter Vietwald die Hand abhakete. Man sollte meinen, daß der Herr Untersuchungsrichter das größte Interesse an der Ermittlung des Täters hätte und daß er begreifen müßte, weshalb die „Volkswacht“ Interesse an dieser Ermittlung hat. Es scheint das aber nicht der Fall zu sein, denn im Laufe des Verhörs legte er dem Genossen Radloff die wunderbare Frage vor: Welches Interesse haben Sie übrigens daran, nach dem Täter zu forschen?

Unsere Leser werden die Motive zu dieser sonderbaren Frage einigermassen begreifen können, wenn sie erfahren, daß der Justizrat Mamroth, der bekannte Vertreter Vietwalds, in der „Deutschen Justizzeitung“ einen Artikel veröffentlicht hat, in dem er unter Mitteilung einzelner Fälle nachweist, daß der Untersuchungsrichter Fierle in durchaus ungesetzlicher Weise Briefe von Inhabiterten, die sich auf die Verteidigung beziehen und von höchster Wichtigkeit sind, zurückbehält, daß er auch den mündlichen Verkehr der Inhabiterten mit ihrem Anwalt in der unerhörtesten Weise beschränkt. Allein seitens der wegen der Polizeizeitsche vor dem Konsultor Verhafteten liegt zurzeit mehr als zwanzig an die vorgelegte Behörde dieses Justizrichters gerichtete Beschwerden vor.

Von seiner Vernehmung gibt Genosse Radloff folgende Darstellung:

Untersuchungsrichter, nachdem er die Formalien festgestellt: Ist Ihnen der Täter bekannt?

R.: Nein, wir haben über den Fall Vietwald nur geschrieben, daß das Material gegen den Schuhmann, der dem Vietwald die Hand abgeschlagen hat, sich immer mehr verdichte und wir dem Täter auf den Fersen seien.

Unterf.: Wer leitet denn bei Ihnen das Ermittlungsverfahren gegen den Täter?

R.: Wir alle bemühen uns, Licht in das Dunkel zu bringen. Unterf.: Unmöglich können Sie doch aber alle die Ermittlungen führen.

R.: Nein, das geschieht auch nicht. Die protokolllarischen Aufnahmen über die Täterschaft leitet unser Verichterflatter G. Kauf. Unterf.: In Ihrer Zeitung behaupten Sie nun, daß Sie dem Täter auf den Fersen seien. Also kennen Sie den Täter bezw. Schuhmann bereits?

R.: Nein, das haben wir nie geschrieben, sondern nur gesagt, daß sich das Material gegen den Schuhmann immer mehr verdichte und wir dem Täter auf den Fersen seien.

Unterf.: Na, das ist doch dasselbe.

R.: Nein, das ist nicht dasselbe.

Unterf.: Welches Interesse haben Sie übrigens daran, nach dem Täter zu forschen?

R.: Nun, ich meine, wer noch Gefühl für Menschlichkeit hat, dessen Pflicht ist es geradezu, den Täter festzustellen. Außerdem liegt auch für unser Blatt ein öffentliches Interesse vor.

Unterf.: Es sind aber doch auch Schuzeugen bei der Affäre am 19. April verwundet worden. Stellen Sie auch da Nachforschungen nach den Tätern an?

R.: Nein, das geht uns nichts an. Wir haben durch zahlreiche Zeugenaussagen festgestellt, daß die Schuzeugen die Schuldigen sind. Diese haben auf die Fliehenden und Bekehrten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht eingeschlagen. Uebrigens verweise ich im Falle Vietwald auf die Feststellungen des Justizrats Dr. Mamroth, die dieser in der „Bresl. Zeitung“ veröffentlicht hat.

Unterf.: (auf- und abmarshierend, mit einer Handbewegung): Was dieser Herr feststellt hat, sind in Wirklichkeit nur Phantasien!! Hier ist derartiges nicht festzustellen.

R.: Schließlich verweise ich noch bezüglich der Täterschaft im Falle Vietwald auf die „Bresl. Morgenzeitung“, die behauptet, den betreffenden Schuhmann zu kennen, der dem V. die Hand abgeschlagen.

Ueber das Gescheh gegen Morenga wird amtlich gemeldet: Wie bereits berichtet worden ist, war Morenga Anfang April in der Gegend von Umas auf deutsches Gebiet zurückgekehrt, nachdem die Kappolizei seine Werk in nördlicher Richtung nach der Gegend von Kiefstein S. O. abtransportiert hatte. Morengas Spur ging dann verloren. Erst am 20. und 30. April wurde durch Augenszeugen festgestellt, daß Morenga sich in dem englischen Grenzort Bisseport östlich Klipdam gezeigt habe. Als er am 1. Mai auf deutsches Gebiet zurückkehrte, nahm Hauptmann Vech (früher im Feldartillerie-Regiment 11), der die Abwehrtruppen an der Südgrenze befehligte, sogleich seine Verfolgung auf. Morenga übernahm alsbald mit seinen bewaffneten Orlogleuten wieder die Grenze. Da die Kappolizei, den besten Willen vorausgesetzt, nicht in der Lage war, Morengas Entwaffnung zu erzwingen, behüte Hauptmann Vech die Verfolgung auf deutsches Gebiet aus.

Am 4. Mai überraschte er Morenga mit 40 Orlogleuten bei Komidslay 20 Kilometer östlich Kapits. In einseitigem Gefecht fielen 26 Hottentotten, 23 Gewehre, 100 Patronen und die Pferde Morengas wurden erbeutet. Morenga selbst erhielt zwei Streifschüsse und entfloh mit sechs unbewaffneten Begleitern. Hauptmann Vech kehrte nach kurzer Verfolgung auf deutsches Gebiet zurück. —

Eine kleine Revolution ereignete sich vor einigen Tagen in dem badischen Dorfe Elchesheim. Der größte Teil der Einwohnerschaft rottete sich abends zusammen und bombardierte die Wohnung des Hauptlehrers im Schulhaus mit Badkneifen, so daß die Fenster und eine Lampe zertrümmert wurden. Die gesamte Schulung trat in Streit. Der Lehrer hatte sich diese schauerliche Ovation dadurch ausgelassen, daß er eine Untersuchung der katholischen Kirchenbehörde gegen den Ortgeistlichen veranlaßte. Er wollte die Gerüchte beseitigen, welche über den Verkehr der Frau des Lehrers mit dem Pfarrherrn aufgetreten waren. Die kirchliche Dienstbehörde soll das Resultat der Erhebungen als ein für den Pöbelstamm günstiges bezeichnet haben; deshalb schritten die frommen Schäflein zur Exekution durch Steinigung. Das führende Zentrumblatt in Baden teilt diese Revolution unter schmunzelndem Behagen mit. Zentrum-Verzierung! —

Beförderungen für Sozialistenverrichter im Richteramt. Die vor einigen Tagen gemeldete Beförderung des Landgerichtsdirektors Mandich-Weipzig zum Oberlandesgerichtsrat in Dresden kurz nach dem von ihm gefällten Pluturteil gegen den Genossen Feinig von der „Leipziger Volkszeitung“ erinnert lebhaft daran, daß es in Sachsen überhaupt üblich ist, Richter, die sich durch harte Urteile gegen Sozialdemokraten bemerkbar machten, zu befördern oder sonst auszuzeichnen. So wurden die früheren Amtsdirektor Dr. Beder und Fromhold, die beide in Pluturteilen gegen Sozialdemokratische Redakteure und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter miteinander wetteiferten, von Amtsdirektoren direkt zu Landgerichtsdirektoren befördert, unter Uebergehung zahlreicher älterer Landgerichtsräte. Der nunmehrige Landgerichtsdirektor Fromhold bekam kurz nach dem Lößtauer Justizhausurteil, wobei er als Vorsitzender des Geschworenengerichts

mitwirkte, einen hohen Orden, und als er später noch eine Anzahl Arbeiter, die verurteilt hatten, sich durch Anklage von Strafen höherer Löhne zu entziehen, wegen Erpressung zu schweren Gefängnisstrafen verurteilte — unter anderen den Wäurer Duba zu sechs Monaten — wurde er zum Landgerichtspräsidenten in Wladkau befördert. Ähnliche Beförderungen dieser Art sind noch mehr zu verzeichnen. Und der Fall Mandlich in Leipzig zeigt, daß man auch jetzt noch bemüht ist, durch besondere Berücksichtigung schweidiger Richter bei Beförderungen anständig auf die Schreckensjustiz gegen die Sozialdemokratie einzuwirken. —

Ausland.

Oesterreich. Goldene Worte.

Im Abgeordnetenhause sagte Ministerpräsident Peinz zu Hohenschoellensdorf gestern (Dienstag) unter anderem: Den ersten Punkt seines Regierungsprogramms bilde die von allen Völkern Oesterreichs mit Spannung erwartete Wahlreform, durch welche dem Grundgesetz Geltung verschafft werden solle, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüberstehen. (Weisfall.) ... Die Regierung werde alles anstreben, um dem Hause die rasche Lösung der Wahlreform zu erleichtern, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden werde und gegen welche jeder Widerstand vergeblich sei, weil in ihr die Staatsoberhauptlichkeit und das öffentliche Rechtsbewußtsein miteinander zu einem gemeinsamen Ziele verbunden seien. (Lebhafter Beifall.) ... Öffentlich bleibt es nicht bei diesen schönen Worten. —

Preußen in der Welt voran!

Wien, 15. Mai. (W. Z. B.) Dem Abgeordnetenhause ist eine Interpellation Sturm (christlichsozial) zugegangen, die unter Hinweis auf die Ausführungen des preussischen Ministers des Innern, die durchaus zu billigen seien, die Regierung fragt, was sie gegen über den Gefahren einer Massenwanderung jüdischer Staatsangehöriger aus Rußland zu tun gedente. —

Frankreich.

Der Dreyfus-Prozess.

In Bezug auf die Revision des Dreyfus-Prozesses teilt der „Sole“ mit, daß die Verhandlung dieses Prozesses sensationell sein werde und daß nicht nur neue Tatsachen mitgeteilt werden würden, sondern daß auch ein großer Skandal entstehen werde wegen der Fällung einer großen Anzahl von Akten, welche der Generalstab und das Kriegsgericht 1899 machte, um Dreyfus' Verurteilung in Reims zu ermöglichen. Durch die Fällung würden viele hohe Beamte kompromittiert werden. Die Aufregung im Lande werde eine sehr große sein, wenn man erst erfähre, mit welchen Mitteln der französische Generalstab gearbeitet habe, um zu erreichen, daß Dreyfus verurteilt wurde.

Das kann „nein“ werden! —

Italien.

Und abermals Blutvergießen!

Cagliari, 14. Mai. (W. Z. B.) Aus Anlaß einer Streitfrage wegen der Einführung lokaler Steuern auf dem öffentlichen Marktplatz wurde hier eine tumultuär verlaufende Kundgebung veranstaltet. Man zwang die Kaufleute, ihre Läden zu schließen und die Arbeiter, die Arbeit einzustellen. Auch sonst wurden Ausschreitungen begangen. Ein starker Trupp von Manifestanten zog nach dem Bahnhof und schleuderte von ferne Steine auf die Soldaten, so daß ein Oberst, ein Hauptmann und mehrere Karabinieri durch Steinwürfe verletzt wurden. Die Truppen wurden so genötigt, von den Waffen Gebrauch zu machen. Ein Manifestant wurde getötet und zwei verwundet.

Cagliari, 15. Mai. (W. Z. B.) Bei dem gestrigen Zusammenstoß auf dem Bahnhof hatten das Militär und die Polizei 25 Verletzte; auf Seite der Manifestanten wurden 18 verwundet, von denen zwei, nachdem sie ins Hospital geschafft waren, starben.

Wir werden erst, wenn außer diesen berüchtigten offiziellen Depeschen authentische Darstellungen vorliegen, erfahren können, wie es mit diesen „Ausschreitungen“ hergegangen ist. Daß die „Streitfrage“ der lokalen Lebensmittelvermehrung entspringen, verschweigen die offiziellen Depeschen. Und so höchstwahrscheinlich noch manches andere. —

Der Abreiß-Entwurf der Duma.

Petersburg, 15. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Abreißentwurf, über den die Duma in ihrer heutigen Sitzung beraten wird, lautet: Eure Majestät beliebe in der an die Volksvertreter gerichteten Rede den Entschluß auszuweisen, die Institutionen unerschütterlich zu bewahren, durch welche das Volk berufen ist, die gesetzgeberische Gewalt im Verein mit seinem Monarchen zu verwirklichen. Die Reichsduma erblickt in dem feierlichen Versprechen des Monarchen an das Volk ein sicheres Unterpfand der Festigung und Weiterentwicklung einer Ordnung der Gesetzgebung, welche streng konstitutionellen Grundlagen entspricht. Die Reichsduma ihrerseits wird alles daran setzen, die Grundlagen der Volksoberhoheit zu vervollkommen und Eurer Majestät ein die Volksoberhoheit betreffendes Gesetz zur Festigung zu unterbreiten, das dem einstimmig geäußerten Volkswillen gemäß auf dem allgemeinen Wahlrecht basiert. Das Land sah ein, daß der würdevollste Punkt unseres Staatslebens die Eigenmächtigkeit der Beamten ist, welche den Kaiser vom Volke trennt, und einstimmig erklärte das Land laut, daß die Erneuerung des Lebens nur möglich sei auf den Grundlagen der Freiheit unter Selbstthätiger Beteiligung des Volkes an der legislativen Gewalt und an der Kontrolle durch die Exekutivgewalt. Eurer Majestät beliebe es, in dem Manifeste vom 30. Oktober von der Höhe des Thrones die feste Entschlossenheit kundzugeben, eben diese Grundlagen zur Basis der ferneren Gestaltung der Geschichte Rußlands zu machen, und das ganze russische Volk begrüßte mit begeistertem Ruf die Volkshat. Doch schon die ersten Tage der Freiheit waren durch schwere Prüfungen verduftet, welchen das Land von denjenigen unterworfen wurde, die noch immer dem Volke den Weg zum Kaiser verlegen und alle Grundlagen des Manifestes vom 30. Oktober mit Füßen treten und dabei das Land mit der Schmach von Hinrichtungen ohne Richterspruch und mit Ausschreitungen, Fälschungen und Einverleumdungen bedecken. Die Spuren dieser gottlosen Verwaltung sind in den letzten Monaten so tief in die Volkseele eingedrungen, daß keine Beruhigung möglich ist, solange dem Volke nicht klar wird, daß den Behörden von nun an jede Gewaltthätigkeit untersagt ist, welche den Namen der Majestät als Deckmantel benutzte, solange die Minister unverantwortlich vor der Volksoberhoheit sind, und solange die ganze Verwaltung nicht erneuert wird. Nur wenn die Minister vor dem Volke verantwortlich gemacht werden, kann in den Gemüthern der Gedanke der vollen Unverantwortlichkeit des Monarchen Wurzeln fassen. Nur ein solches Vertrauen der Reichsduma genießendes Ministerium kann das Vertrauen zur Regierung festigen, und nur bei solchem Vertrauen ist eine ruhige und normale Arbeit der Reichsduma möglich. Vor allem ist in Rußland nötig, die Ausnahmegerichte betreffend den verstärkten Schutz und den Kriegszustand außer Kraft zu setzen.

Unantastbarkeit der Person, Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Vereine, Versammlungen und Ausstände, das sind die Grundlagen, welche schon das Manifest vom 30. Oktober gelegt hat, und ohne die eine Reform der sozialen Verhältnisse undenkbar ist. Die Duma geht von der unerschütterlichen Ueberzeugung aus, daß

weder die Freiheit noch die Ordnung beseitigt werden kann, ohne die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Daher wird die Duma ein Gesetz ausarbeiten, nach dem alle Bürger gleichberechtigt sind und gleichzeitig alle ständischen, nationalen und religiösen Vorrechte aufgehoben werden.

Die Abstellung der Bedürfnisse der Landbevölkerung und entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen bilden die nächste Aufgabe der Duma. Die bäuerliche Bevölkerung harret ungeduldig auf Befriedigung der Agrarbedürfnisse. Die erste Reichsduma würde nicht ihre Pflicht erfüllen, wenn sie nicht ein Gesetz schiffe zur Befriedigung dieser Bedürfnisse mit Hilfe der Kronapanagen der Klosterländer und durch zwangsweise Enteignung der Landgrundbesitzer. Die Duma hält es auch für notwendig, ein Gesetz zu schaffen, welches die Gleichberechtigung der Bauern bestätigt und sie von Druck, Willkür und Vormundschaft befreit. Für ebenso unausschießbar hält die Duma die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Der erste Schritt auf diesem Wege muß die Sicherstellung der Organisationsfreiheit aller Arbeiter sein behufs Selbstthätigkeit zur Hebung ihres materiellen und geistigen Wohlstandes. Auch die Hebung der Volksaufklärung stellt sich der Duma als Aufgabe dar. Das erste Wort, welches in der Duma erschalle, und mit Sympathierufen der ganzen Versammlung aufgenommen wurde, es war das Wort Amnestie. Das Land lechzt nach voller politischer Amnestie, die eine Förderung des Volksgewissens ist und die nicht versagt, deren Erfüllung nicht verzögert werden darf. Die Duma erwartet von Eurer Majestät volle politische Amnestie als erstes Unterpfand gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Uebereinstimmung zwischen Kaiser und Volk.

Gewerkchaftliches.

„Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert“ — usw.

Der den sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen bekannte günstige Wind hat uns wieder mal eine Verurtheilung einer größeren Anzahl Arbeiter durch das Unternehmertum auf den Redaktionsstisch geweht. Die Verurtheilung ist eine so brutale, daß sie nicht gut mehr zu überbieten ist. Sie bildet ein weiteres Glied in der Kette der Gesetzesverachtung des Unternehmertums. Das Beweisstück des zweierlei Rechts in Preußen-Deutschland datiert aus der vorjährigen Flensburger Konfliktzeit und hat folgenden Wortlaut:

Flensburger Schiffbau-Gesellschaft
Flensburg.

Flensburg, den 29. Juli 1905.

Nachdem seit Herausgabe unserer letzten Liste wiederum eine größere Zahl unserer streikenden Arbeiter ihre Papiere abgefordert haben und wir deshalb annehmen dürfen, daß dieselben anderweitig Arbeit gesucht und gefunden haben, gestatten wir uns, anbei eine neue vervollständigte Liste dieser streikenden Arbeiter zu übersenden.

Wir bitten dringend, diese Leute nicht zu beschäftigen, auch dann nicht, wenn sie einen Entlassungsschein anderer Arbeitgeber vorzeigen!

Sollte einer der namhaft gemachten Leute versichtlich eingestuft sein, so bitten wir, denselben sofort zu entlassen.

Unsere Hauptstreikliste nebst allen Ergänzungslisten behält selbstredend Gültigkeit.

Hochachtungsvoll

Flensburger Schiffbau-Gesellschaft

Flensburg.

Diesem Schreiben beifügt ist eine Liste von 767 Arbeitern, alphabetisch geordnet nach Namen, Beruf, Geburtsort und Geburtsdatum! Das die Gesetze mit Füßen tretende Flensburger Unternehmertum hat also die Schlinge so gelegt, daß die in Verrath erklärten Arbeiter derselben gar nicht entriemen können, wenn sie innerhalb des Arbeitgeberverbandes der Metallindustriellen bezw. der deutschen Werkstätten unterkommen suchen.

Vor langer Zeit hieß es einmal von hoher Stelle aus, daß derjenige, welcher andere an freiwilliger Arbeit hindere, mit Zuchthaus bestraft werden solle. Doch das ist schon lange her und gilt im Reiche der „vollendeten Rechtsgarantien“ auch wohl nur für Arbeiter. Das deutsche Unternehmertum steht so turmhoch über den Gesetzen, daß es sich um diese Zwirnsfäden nicht zu kümmern braucht.

Berlin und Umgegend.

Das Ende des Schlosserstreiks. Nachdem die Schlosser den von der Gesellen- und Meisterkommission vereinbarten Tarifentwurf am Montag angenommen haben, blieb den Kommissionen nur noch übrig, die Bedingungen und den Tag der Wiederaufnahme der Arbeit festzusetzen. Dies ist am Montagabend unter folgenden Vereinbarungen geschehen:

Die Arbeitsaufnahme beginnt am Mittwoch, den 16. Mai, sowohl für die Streikenden, als auch für die Ausgesperrten. Der Revers bezüglich Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation wird von den Meistern zurückgegeben. In Werkstätten, beziehungsweise Abteilungen, wo nicht sämtliche Streikende oder Ausgesperrte sofort wieder anfangen können, dürfen betriebsfremde Schlosser erst dann wieder eingestellt werden, wenn von den Streikenden oder Ausgesperrten keine Beschäftigungslosigkeiten mehr vorhanden sind. Falls Streikende oder Ausgesperrte inzwischen andere Arbeit angenommen haben, so steht ihnen ein Anspruch auf die alten Plätze nicht mehr zu. Nachregelungen dürfen beiderseits nicht vorgenommen werden. Sollte in einzelnen Fällen die Wiedereinstellung nicht möglich erscheinen, so entscheidet darüber die Schlichtungskommission.

Vorstehende Vereinbarungen, sowie die von den Meistern gemachten Zugeständnisse in dem neuen Tarifvertrag, zeigen besser wie viele Worte, daß die Berliner Schlossermeister in dem nunmehr beendeten sechsmonatlichen Kampfe alles andere, nur keine Lorbeeren geerntet haben. Wie schroff lehnten sie anfangs die Forderungen der Gesellen ab. Mit welcher Bravour verkündeten sie die „Aussperrung“! Eine kleine Gruppe verbohrtcr Innungsbrüder mit ausgesprochenen Scharfmaderallüren wußte in den Innungsverfammlungen stets ihren Willen durchzusetzen und eine rechtzeitige Einigung mit dem Metallarbeiterverband hintanzuhalten. Die Opposition in der Innung wurde beidseitig, indem der Innungsvorstand den Generalsekretär Raffe von der Abteilung II des Rühnmännerverbandes herbeiholte, der dann als geschworener Feind der Arbeiterorganisationen seine abgedroschenen Scharfmaderreden vor den Meistern hielt und ihnen „Ratschläge“ erteilte, wie sie als „Geern im Hause“ mit den Arbeitern umzuspringen hätten. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß dieser Herr Generalsekretär nur ein Rezept kennt: Nichts bewilligen, und, falls gestreift wird, aussperrn. Dieses Rezept empfahl er seinerzeit den Bauflempnermeistern, dann den Tischlermeistern und in jüngster Zeit den Maler- und Schlossermeistern. Er führt deshalb in der Arbeiterschaft den Spitznamen „Der naive Sperling“. Und methewürdig: Ueberall, wo der Herr Raffe als Scharfmader auftrat, da hatten die Meister Pech in ihren Lohnkämpfen. Wohl oder übel mußten sie sich schließlich zu Verhandlungen mit den Arbeitern bequemen und deren Organisationen anerkennen. Was hat den Schlossermeistern ihre hartnäckiges Verhalten nun genützt? Viele von ihnen haben einen enormen Schaden durch den Streik und durch die „Aussperrung“ erlitten. Das Feuer brannte ihnen zuletzt so auf den Nägeln, daß ein Meister es bei den Verhandlungen offen aussprach: Die Schlossermeister sind ja froh, daß sie ihre Gesellen wieder freigelegt! Dann mußten sie schließlich alle ihre Bedingungen

fallen lassen, mußten die Forderungen größtenteils bewilligen, dem Metallarbeiterverband als Tarifkontrahenten anerkennen und den berechtigten Organisationsverbänden zuzugestehen. Und das trotz der Hilfe der Arbeitgeberverbände und trotz der Hilfe der Polizei! Vielleicht ziehen die Kunstmeister daraus die Lehre, daß es gescheiter ist, wenn sie sich in Zukunft über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Organisationsvertretung ihrer Arbeiter rechtzeitig verständigen, denn das umgehängte Schwert der Rühnmänner paßt ihnen nun einmal nicht.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher.

In einer zahlreich besuchten öffentlichen Schuhmacherversammlung, die am Montag im Englischen Garten stattfand, berichtete Hammacher über den Verlauf der Lohnbewegung. Es haben über 200 Arbeitgeber, die ungefähr 400 Gehilfen beschäftigen, die Forderungen bewilligt. Außerdem sind in vielen Werkstätten Lohnzulagen freiwillig gewährt worden. Die meisten Bewilligungen kommen auf Moabit, wo die Gehilfen am stärksten organisiert sind. Dagegen sind gerade in den Arbeitervierteln im Norden und Osten am wenigsten Bewilligungen zu verzeichnen, obwohl die Arbeitgeber hier doch schon mit Rücksicht auf ihre Kundenschaft für anständige Lohnverhältnisse sorgen mußten. Besondere Schwierigkeiten machten die Meister verschiedener Weshofanstalten; sie meinten, der Lohn sei für ihre Betriebe zu hoch. Natürlich konnten keine besonderen Vergünstigungen für diese Betriebe gemacht werden, die nur zu oft auf Grund erbärmlicher Löhne als Preisdrücker gegen die Kleinmeister auftreten. — Der Erfolg, den die Lohnbewegung bis jetzt gehabt hat, kann nicht als voll befriedigend bezeichnet werden, doch hat es sich gezeigt, daß etwas Gutes erzielt werden kann. Mit Rücksicht darauf, daß bei dem jetzigen Stand der Organisation ein voller Erfolg nicht zu erreichen ist, empfahl der Redner der Versammlung, den Generallstreik aufzuheben, und dann in allen Bezirken, wo die Organisation noch mangelhaft vertreten ist, eine untermässige Agitation zu entfalten, damit später eine wirkliche allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schuhbranche möglich wird. — Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion in diesem Sinne. — In der Debatte beteiligten sich auch einige Meister, Mitglieder der Vereinigung vom Hülfslohn. Diese Meisterorganisation hat den Gehilfen Vermittelungsversuche zum Lohnzins gemacht. Die Meister wünschten nun zu wissen, wie sich die Versammlung dazu stellte. Ihnen wurde geantwortet, daß sich zunächst eine Bezirksversammlung mit den Vorschlägen befassen soll und daß dann jedenfalls Verhandlungen mit den Vertretern der Meistervereinigungen stattfinden werden. — Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß überall, wo die Forderungen noch nicht eingereicht sind, dies nun unverzüglich geschehen soll. Das Ergebnis ist bei Feind in der Weinstraße 11, bei Haber, Stephanstraße 11, oder im Bureau in der Wagnersstraße zu melden.

Achtung, Färber! Die Färber und Hülfsarbeiter der Seidenfärberei von Alterhoff, Straauerstr. 39, befinden sich im Streik, und bitten wir, Zugang fernzuhalten.

Zentralverband deutscher Regilarbeiter. Filiale Berlin.

Achtung, Steinarbeiter, Schriftstauer!

Bei Hahn in Neu-Hohen-Schönhausen haben unsere Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist strengstens zu vermeiden. Die Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Die heißen Askanien.

Ueber die Absichten der Scharfmacher in der Metallindustrie meldet die „Post“ Folgendes:

Gestern hat am hiesigen Platz eine weitere Sitzung des Verbandes der deutschen Metallindustriellen stattgefunden, in welcher noch einmal die Differenzen der auswärtigen Verbände mit ihren Arbeitern zur Beratung und zur Beschlußfassung standen. Wie wir nun in Erfahrung bringen, haben die gestrigen Beratungen die zukünftige Stellung des Verbandes deutscher Metallindustrieller zu den Arbeitern scharfer präzisirt. Die gestern in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlüsse gehen über die früheren hinaus und machen ein gemeinsames Handeln der Berliner Verbände (Verband der Metallindustriellen und Verband der Metallwarenfabrikanten) und der Provinzialverbände zur Vorbedingung. Der letzte Punkt ist um so beachtenswerter, als sich die Berliner Verbände mit dem Gedanken einer allgemeinen Aussperrung bisher (vor der gestrigen Konferenz) nicht recht befreundet konnten. Man wies nämlich hier darauf hin, daß die Berliner Metallindustrie durch die letztjährigen Ausstände, von denen der eine etwa ein halbes Jahr dauerte, stärker in Mitleidenschaft gezogen seien und damals trotzdem nicht an die Unterstützung des Gesamtverbandes appelliert hätten. Außerdem betonten die Berliner Fabrikanten, daß sich einer Aussperrung in dem seitens der Provinzialverbände gewünschten Umfang insofern Schwierigkeiten entgegenstellen, als allein in der Berliner Metallwarenbranche 67 Proz. der Arbeiter nicht organisiert sind. Ansehend hat man diese Bedenken neuerdings fallen lassen. Dem Vorgehen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dürften sich übrigens auch die kleineren zu ihm gehörenden Vereinigungen anschließen. Was den Tag einer eventuellen Aussperrung, deren Umfang von Termin zu Termin bestimmt wird, anlangt, so ist für diesen die in Süddeutschland übliche 14tägige Kündigungsfrist mit ausschlaggebend.

Interessantes Wissen sind es gerade die Berliner Metallindustriellen, die ihre Kollegen in der Provinz scharf gemacht haben, sich jetzt oder offenbar die Finger nicht verbrennen wollen. Ihre Ausrede, daß die Aussperrung in Berlin nicht den von ihren Kollegen in der Provinz gewünschten Umfang annehmen würde, weil 67 Proz. der Arbeiter organisiert sind, ist oberflächlich! Allein der Metallarbeiterverband zählt in Berlin 60 000 Mitglieder. Wieviel Prozent das von der Gesamtzahl der Berliner Metallarbeiter ergebe, können sich die Rühnmänner an den fünf Fingern abzählen. Insgesamt sind mindestens 80 Proz. der Berliner Metallarbeiter organisiert!

Sehr interessant ist die Situation gegenwärtig in Augsburg. Dort hat die große Maschinenfabrik Augsburg (Rürnberg) in den bürgerlichen Blättern bekannt machen lassen, daß Arbeiter, welche mindestens acht Tage vor Verfallung einer Arbeiterausperrung Mitglied des Vereins der Nichtorganisierten sind, unter keinen Umständen ausgesperrt werden. — Mitglied des Vereins der Nichtorganisierten kann nur sein, wer weder den freien noch den christlichen Gewerkschaften, noch den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften angehört. Angesichts der angedrohten Ausperrung hofft man nun auf einen Waffenstillstand aus den gewerkschaftlichen Organisationen und eben so großen Zulauf zum Verein der Nichtorganisierten. Mit der Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationen sind nun alle Industriellen Augsburgs einverstanden, nicht aber damit, daß es der Maschinenfabrik Augsburg (Rürnberg) möglich werde, die Hälfte der Truppen vom Verein der Nichtorganisierten den Betrieb aufrecht zu erhalten, während alle anderen Augsburger Betriebe der Metallindustrie, deren Arbeiter 60 bis 100 Proz. gewerkschaftlich organisiert sind, durch den Unternehmerverband gezwungen würden, ihre Betriebe zu schließen. Sie fürchten mit Recht, daß ihnen von der lieben Kollegin dabei die Aufträge, die sie infolge der Ausperrung nicht ausführen imstande sind, aus lauter „Solidarität“ weggeschmippt werden. Es haben nun bereits namhafte Firmen der Augsburger Metallindustrie erklärt, die eventuelle Ausperrung nicht mitzumachen, erstens aus dem eben angeführten Grund und zweitens deshalb, weil bei der vorjährigen großen Metallarbeiterausperrung der Zweck nicht nur nicht erreicht wurde, sondern weil dadurch die Betriebe laut des offiziellen Geschäftsberichts schweren Schaden erlitten und trotz alledem die Arbeiterorganisationen enorm an Mitgliedern zu-

genommen haben. — Ein Unternehmer meinte ferner, helänge es wirklich, unter ungeheuren Verlusten, den Metallarbeiterverband niederzuringeln, d. h. seine finanziellen Kräfte vollständig zu erschöpfen, so wäre das für die Unternehmer nur ein momentaner Erfolg, denn es würde nicht lange dauern und der Verband tritt anstatt mit 300 000 mit 400 000 Mitgliedern auf den Plan und ob dann die Mitglieder „gemäßigt“ auftreten, das könne schließlich nicht angenommen werden.

Diese Schlussfolgerungen sind sehr zutreffend; es sind aber nicht alle Unternehmer so vernünftig, und deshalb trotz alledem: Metallarbeiter, seid gerüstet!

Zum Lohnkampf in der Niederlausitzer Textilindustrie wird uns aus Jork geschrieben:

Als vor etlichen Monaten der deutsche Textilarbeiterverband an die Arbeitgeberverbände in den einzelnen Städten der Niederlausitzer Textilbezirke das Ersuchen richtete, mit den Vertretern der Arbeiterorganisation in Verhandlungen über Einführung des 36 Stunden tages und einer 20prozentigen Lohn-erhöhung einzutreten, kam als Antwort hierauf ein Mass der Fabrikantensvereine, worin den Fabrikkladen mitgeteilt wurde, die Fabrikanten wünschen mit „ihren“ Arbeitern allein zu verhandeln. Infolge wurde die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit vom 1. Juli d. J. ab angekündigt und dieses Zugeständnis als das äußerste bezeichnet, was bewilligt werden könnte, falls nicht die ganze blühende Industrie dem Ruin ausgeliefert werden sollte. Selbstverständlich konnte dieses „Entgegenkommen“, das lediglich in einer fragwürdigen Verzögerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bestand, die Arbeiter nicht befriedigen. Die Verhältnisse sind überreif für Einführung des 36 Stunden tages und die sehr fühlbare Verteuerung der Lebensmittel und Mieten erheischt dringend eine allgemeine Aufbesserung der Löhne. Beträgt doch nach den statistischen Erhebungen des Textil-arbeiterverbandes in Jork, wo noch relativ am besten bezahlt wird, das Jahreseinkommen eines Webers selten mehr als 500 M., in der Regel nicht über 700 M., wobei die nicht-organisierten, also meist noch schlechter entlohnten Arbeiterschaften nicht mit in Betracht gezogen sind. Die notwendige Folge dieser zum Unterhalt einer Familie ganz unzureichenden Löhne ist, daß fast jede Arbeiterfamilie mit in die Fabrik gehen muß, was wiederum eine geradezu erschreckende Degeneration der Arbeiterbevölkerung nach sich gezogen hat. Bei den letzten Rekrutenausbildungen ergab sich in Jork, Sorau usw., daß die Zahl der weitaus meisten Fällen erkrankten, was die Zahl der weitaus meisten Fälle

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die von den Unternehmern erzeugte Aufregung zur Stärkung der leider noch immer recht schwachen Arbeiterorganisation wesentlich beiträgt. — Im Unternehmerlager löst gleichzeitig ein heftiger Interessentkampf die großen Fabrikbesitzer wollen die Pachtsumme für die Fabrikräume, welche sie an kleinere Betriebsinhaber vermietet haben, erheblich steigern. Das wollen die Pächter, deren Zahl in Jork allein 229 beträgt, sich nicht gutwillig gefallen lassen und sie planen die Errichtung von Genossenschaftsfabriken. Das würde eine steigende Konzentration der jetzt noch in zahllose Klein- und Mittelbetriebe zerfallenen Lausitzer Textilindustrie bedeuten. Es ist klar, daß die gegenwärtige Situation für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen außerordentlich günstig liegt, denn auch die Wirkungen des neuen Zolltarifs werden die Industriellen ohnehin zu einer veränderten Preisregulierung drängen. Entscheidende Kämpfe bereiten sich vor. Und die Frage ist nur, ob die Aufstellung und gewerkschaftliche Schulung der Arbeitermassen rasch genug vorwärts schreitet, um in diesen Kämpfen endlich eine Hebung der tiefgesunkenen Lebenslage der Lausitzer Textilarbeiter durchzusetzen.

Gegen die Schulverfassung!

43 große, teilweise überfüllte Volksschulversammlungen nahmen gestern Abend in Groß-Berlin Stellung zu dem dem Landtage vorgelegten Schulgesetzentwurf. Im Landtage selbst ist ja das Volk resp. seine Vertretung durch das famose Dreiklassen-Wahlrecht ausgeschlossen; desto lauter und eindringlicher protestierten gestern Tausende von Proletariern in den Versammlungen gegen das Verbot, das an der Volksschule verläßt werden soll, gegen die Anebelung des Geistes in der Schule, gegen die Entrechtung der Gemeinden, welche zwar die Mittel für die Schulen anbringen helfen, in ihre Verwaltung aber blutwenig hineinreden haben.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklart in dem, dem Dreiklassenparlament in Preußen vorgelegten Schulgesetzentwurf einen Angriff auf die Selbstverwaltung der Gemeinden und eine erhebliche Verschlechterung der jetzt schon durchaus unzureichenden Volksschule. Durch die in diesem Gesetzentwurf geplante Auslieferung der Volksschule an die Pfaffen und die Bureaucratie wird nur die Volksschule, die bestimmt ist, die Jugend mit Wissen auszurüsten und zu hoher Kultur zu erziehen, ein Instrument im Dienste gegen die Freiheit.

Die Versammelten fordern, daß eine Einheitschule gebildet, in der alle geistigen und moralischen Kräfte der Jugend zur höchsten Vollkommenheit entwickelt werden. Die Versammelten fordern ferner, daß die Schule von jeglicher bureaucratistischer und pfaffenlicher Bevormundung befreit und unter Leitung anerkannter Pädagogen gestellt wird.

In Anbetracht der Tatsache, daß die durch das elendeste aller Wahlrechtssysteme geschaffene Klassenvertretung weder den Willen noch die Fähigkeit hat, eine den Forderungen der Kultur entsprechende Volksschule zu schaffen, fordern die Versammelten den Erlass eines Reichsschulgesetzes, durch welches Schulen geschaffen werden, die von den größten Pädagogen als Ideal der Volkserziehung erstrebt sind.

Die Klassenherrschaft der Besitzenden ist auch die Ursache der Mängel im Schul- und Erziehungswesen. Die Versammelten fordern daher die Beseitigung aller Vorrechte des Besitzes in Staat und Gemeinde.

Die bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, tagende, von zirka 400 Personen besuchte Versammlung folgte den treffenden Ausführungen des Referenten Genossen Böhrer. Die Versammlung sprach durch den reichen Beifall, welchen sie dem Referenten spendete, ihre Entrüstung und ihren Protest gegen die vorliegende Schulgesetzentwurf aus. Die vorgelegene Resolution wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Zum Schluß wies noch der Vorsitzende auf die am 22. Mai stattfindende Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider hin und forderte die Mitglieder zur regen Beteiligung auf.

Die im großen Saal der „Bockbrauerei“ tagende Volksschulversammlung war von zirka 2000 Personen besucht. Der Referent, Genosse Weiss, schilderte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrag in packender Weise den realen Schulgesetzentwurf. Als er auf den Passus zu sprechen kam, daß sogar die Lehrer der Fortbildungsschulen unter polizeiliche Zensur gestellt werden sollen, wurde er unter stürmischer Beteiligung unterbrochen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Die Resolution wurde angenommen.

Die bei Schneegelsberg, Hosenheide, stattgehabte Protestversammlung, in welcher Genosse Rebauteur John sprach, war von zirka 1000 Personen besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch die Aufforderung an die Genossinnen und Genossen gerichtet, die „Gleichheit“ und den „Vorwärts“ zu abonnieren, und ferner dem Wahlverein beizutreten, schloß derselbe die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Bei Jähle, Dennewitzer, 30, erörterte in stark überfülltem Saal der Vortragende, Genosse Kuntz, in 1 1/2 Stunden in sehr eingehender Weise, oft von großem Beifall der Versammelten unterbrochen, den Angriff auf die Schule. Nach kurzer Diskussion und mit der Aufforderung, in Massen aus der Landeskirche auszutreten, wird die Resolution einstimmig angenommen.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses referierte Genosse Dr. Herzfeld. Er geriet über die Schulvorlage unter dem Beifall der 1200 Anwesenden mit scharfen Worten. Der beste Protest gegen diese Vorlage ist eine mächtige Ansammlung der Arbeiterorganisationen auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiet. Die Ausführungen des Referenten wurden mit beifolgendem Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde zum Massenaustritt aus der Landeskirche aufgefodert.

Die Versammlung im Lokale „Sauspouci“ war von über 1500 Personen besucht. Das Referat des Genossen Wlod wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion sprachen verschiedene Genossen im Sinne des Referenten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der „Drachenburg“ hatte Genosse Fischer das Referat übernommen und sprach in vortrefflichen Worten vor einem überfüllten Hause. Der Saal war polizeilich abgesperrt.

In Lipps Bräuerei sprach Genosse Ströbel vor 3000 Personen. Die Ausführungen des Referenten, der die Geschichte der Schulverfassungsvorlage kurz skizzierte und das ungeheuerliche Attentat gegen das Proletariat in seinen Einzelheiten drastisch beleuchtete, wurden oftmals von lebhaftem Beifall unterbrochen. Da sich trotz wiederholter Aufforderung Gegner nicht zum Wort meldeten, wurde nach der Aufforderung eines Redners, in Massen aus der Landeskirche auszutreten und einem kurzen Schlußwort des Referenten, die Resolution einstimmig angenommen und die imposante Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im 5. Wahlkreise referierte Genosse Kollens in der Schweizer Garten vor überfüllter Versammlung. In beinahe 1 1/2 stündigem Vortrag geisterte Redner nach einem historischen Rückblick auf die Volksschule im allgemeinen das reaktionäre Wesen der Volksschule von ehedem und jetzt. Nur etwas Rechnen, Schreiben und Lesen und vor allen Dingen viel Religion und väterländische Geschichte werde gelehrt, aber keinesfalls werde der Schüler darin unterrichtet, daß es einst Bauernaufstände gab, daß sich im Jahre 1848 das Volk erhob usw. In dem jetzt vorliegenden Schulgesetz sei alles was von den früheren Ministern, den Kähler, Kuttjamer, Jedlig-Trühshler usw., den bestgehobenen Männern ihrer Zeit, erachtet und erstrebt worden sei, zusammengetragen. Wir verlangen eine einheitliche Schule, die Volksschule als Fundament für alle Wissenschaft. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn das jetzt bestehende Wahlrecht in Preußen gestürzt und durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ersetzt ist. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einigen Worten des Genossen Jucht, in denen er zum Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation und zum Abonnement der Arbeiterpresse aufforderte, erfolgte Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

Die Versammlung in Hebbels „Allerlei-Theater“ (Schönhäuser Allee) wurde, nachdem familiäre Tische und größtenteils auch die Stühle einsernt worden waren, um 8 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. Das einhundertstündige Referat des Genossen Lebebour wurde oft durch Beifallstürme unterbrochen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. — In der Diskussion forderte der Genosse Bohne zum Austritt aus der Kirche auf. Genosse Alfred Scholz forderte die Anwesenden auf, ihre Söhne dem Verein der jugendlichen Arbeiter beizutreten zu lassen. Genossin Steinlopp forderte die Männer auf, ihre Frauen zu den Versammlungen mitzubringen. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die Kulturbilder „Wider die Pfaffenherrschaft“ und auf die „Hohenzollern-Legende“ aufmerksam. Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Im Swinemünder Gesellschaftshaus, wo Genosse Max Grünwald das Referat übernommen hatte, war der Saal um 8 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt. Tische und Stühle waren aus dem Saal entfernt, um die Versammlungsteilnehmer sitzen zu lassen. In scharfen Worten geisterte Genosse Grünwald den Schulgesetzentwurf der Regierung. Die zur Verlesung gebrachte Resolution fand unter großer Begeisterung einstimmige Annahme. Genossin Raitsche sprach zur Diskussion und forderte die Frauen auf, sich der Organisation anzuschließen. Desgleichen forderte Genosse Heller auf, aus der Landeskirche auszutreten.

Über 2000 Protestler gegen das Schulverfassungsgesetz hatten sich in den Germania-Sälen eingefunden. Besonders stark waren Frauen vertreten. In der Diskussion sprach die Genossin Quakmann zu dem Thema, ferner auch noch kurz zu der am 22. Mai stattfindenden Vertreterwahl zur Schneiderkrankenkasse. Sodann fand die Resolution einstimmig Annahme.

Die Versammlung im Roabiter Gesellschaftshaus war bis zum letzten Platz gefüllt. Zirka 2500 Personen hörten mit gespannter Aufmerksamkeit die vortrefflichen Ausführungen des Genossen Ebert, welcher in 1 1/2 stündiger Rede an der Hand eines reichen Materials mit scharfen Worten, oft von Beifall, und Zustimmungsbewegungen unterbrochen, das System der heutigen Volksschule geißelte und die Bestimmungen des neuen Schulgesetzentwurfes den Anwesenden in ihrer Schärfe für die Volkserziehung klar vor Augen führte. Reicher, minutenlanges Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag. Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Die in Schul Festsälen in Charlottenburg tagende öffentliche Volksschulversammlung war von zirka 500 Personen besucht. Referent war der Reichstagsabgeordnete Daniel Stüden. Die Ausführungen desselben wurden oft durch starken Beifall unterbrochen.

Die Resolution gegen das preussische Volksschulgesetz wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung im „Volkshaus“ Charlottenburg war von etwa 600 Personen besucht. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Karl Egon Frohme übernommen, der in 1 1/2 stündiger Rede seiner Aufgabe gerecht wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Im großen Obischen Saal in Schöneberg referierte Genosse Jubel vor 1500 Zuhörern. Die Anwesenden folgten mit Interesse und großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten. Auch die zahlreich erschienenen Frauen bewiesen, daß ihnen die Erziehung ihrer Kinder in der Volksschule nicht gleichgültig ist. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Nibborfer Parteigenossen hatten den großen Saal der Neuen Welt dicht besetzt. Das Referat hatte Genosse Adolf Hoffmann übernommen. Redner besprach in scharfer Weise den neuen Verfassungsgesetzentwurf. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Diskussion fand nicht statt. Von den Parteigenossen in der Heilstätte Weelitz war folgendes Telegramm eingetroffen: „Die Patienten der Männerabteilung der Lungenheilstätte in Weelitz gedenken in der Gesamtheit der heutigen Versammlung beiseits der Verurteilung der Schulverfassung und sprechen ihre Sympathie aus.“ Die Depesche wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Bei. Die Versammlung im Restaurant „Landhaus“ war von zirka 250 Personen besucht. Referent Genosse Hildebrandt fand nach 1 1/2 stündigen treffenden Ausführungen reichem Beifall. Nach stattgehabter lebhafter Diskussion fand die verlesene Resolution einstimmig Annahme.

Die Adlershofer Genossen waren bei Meyer zahlreich versammelt, auch Frauen waren stark vertreten. Genosse Giebel hielt sein Referat unter starkem Beifall der Zuhörer. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Treptow-Baumshulweg. Eine von zirka 400 Personen besuchte Versammlung protestierte auch hier gegen die geplante Verpfändung der Volksschule in der preussischen Landratsstufe. Hier hielt Genosse Schütte das Referat. Ein wie großes Interesse auch unsere Einwohnerschaft dieser wichtigen Frage entgegen bringt, zeigte, daß nicht nur sehr viele Frauen, sondern auch Bürgerliche, speziell die Lehrerschaft anwesend waren.

Die Wilmersdorfer Genossen, darunter eine große Anzahl Frauen, füllten den Saal Wilhelmshof in Schöneberg. Genosse Ritter schilderte in seinen Ausführungen unter großem Beifall die historische Entwicklung unserer Volksschule, die nach dem vorliegenden Entwurf vollständig dem Pfaffen- und Junkertum ausgeliefert würde. In der Diskussion im Sinne des Referats beteiligten sich die Genossen Tauschel, Behrendt und forderten zum Austritt aus die Kirche auf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende wies noch auf die brennende Lokalfrage hin.

In Tempelhof referierte in Rood's Festsaal der Genosse Julius Kohn. In 1 1/2 stündigen Ausführungen geisterte er in scharfen Worten den reaktionären Schulgesetz, genannt Schulgesetz. Die zündenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion beleuchtete Frau Thiel die Indifferenz der breiten Masse und forderte zur Agitation unter den Frauen auf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung in Schmargendorf erstreckte sich nicht nur auf einen sehr guten Besuch, sondern auch eines reichlichen Genusses. Aufgehoben, das jedoch keine Arbeit bekam. Die Anwesenden beteiligten die trefflichen Ausführungen Kiefels mit oftmaligen Zustimmungsbewegungen.

In den Wäldchen in Steglitz referierte Genosse Gwald in einer stark besuchten Versammlung. Nach kurzer Diskussion wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Der Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche zum Protest gegen das Schulverfassungsgesetz leisteten etliche zwanzig Personen Folge.

In Mariendorf bei Bergfeld waren zirka 250 Personen versammelt. Das Referat des Genossen Niehke wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die Versammlung um 10 1/2 Uhr ihren Schluß.

Lichtenberg. Die im Saal von Gebr. Renhold, „Schwarzer Adler“, einberufene Protestversammlung, welche außerordentlich gut besucht war, folgte mit gespanntester Aufmerksamkeit den wirkungsvollen Ausführungen des Referenten Genossen Wermuth. Durch lebhaften Beifall und Beifallstürme bewiesen die Versammelten, daß sie begriffen haben, was für das Proletariat mit Annahme dieses Gesetzentwurfes durch den Landtag auf dem Spiele steht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Rummelsburg bei Weigel hielt Genosse Dr. Braun das Referat in der überfüllten, zahlreich auch von Mädchen und Frauen besuchten Versammlung. Die Diskussionredner plädierten energisch für den Austritt aus der Landeskirche. Trotz der öffentlichen Einladung der Herren Vertreter der Rummelsburger Schule und Geistlichkeit meldete sich auf die Aufforderung des Vorsitzenden niemand zum Wort. Die Resolution wurde mit Begeisterung einstimmig angenommen.

Weißensee. Die im Vereinshaus tagende, von zirka 600 Personen besuchte Versammlung nahm mit großer Begeisterung den Vortrag des Genossen Demo Naach entgegen. In packenden Sätzen unterwarf der Referent den Schulgesetzentwurf einer heftigen Kritik. In der Diskussion forderte Genosse Naarmann zum Austritt aus der Landeskirche auf. Terziortowski und andere schlossen sich dem Referenten an. Die Herren Linn und Agrizad (Katholiken) versuchten, den Ausführungen des Referenten und der Diskussionredner entgegenzutreten. Die Resolution wurde angenommen.

In Ober-Schöneweide wurde das Stattfinden der Protestversammlung durch die überwachenden Beamten inhibiert, weil dieselbe nicht angemeldet sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausland der Königsberger Holzarbeiter. Königsberg, 15. Mai. (B. Z. B.) Heute sind die im Holzarbeiterverband organisierten Bau-, Möbel- und Sargtischler bei denjenigen Firmen in den Ausland getreten, die sich heute früh zur Unterzeichnung des neuen Tarifs nicht bereit erklärt haben. Die Zahl der Ausständigen beträgt etwa 800. Es sind zwischen den beiderseitigen Kommissionen Verhandlungen im Gange, die morgen fortgesetzt werden.

Durch Blühschlag getötet. Gießen, 15. Mai. (B. Z. B.) Heute nachmittag gingen in der hiesigen Gegend schwere Ungewitter nieder. Bei Wormsleben schlug der Blitz in eine Gruppe von 25 polnischen Arbeitern, die auf einem Felde beschäftigt waren. Ein 18jähriger Arbeiter war sofort tot, eine Arbeiterin wurde schwer verwundet. Vier Arbeiter wurden betäubt, erholten sich aber bald wieder.

Der Abrechnung der Duma. Petersburg, 15. Mai. Duma. Zu Beginn der Sitzung trat das Haus in die Beratung eines Teiles der Geschäftsordnung ein, der mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen wurde. Nach 7 Uhr begann die Beratung des Abrechnungsurteils. Der Abgeordnete Graf Genden und fünfzig bäuerliche Abgeordnete stellten den Antrag auf Vertagung der Beratung bis morgen. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf der Referent der Abrechnungskommission, Radolow, den Entwurf unter andauerndem Beifall verlas. Hierauf wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Reichstag.

108. Sitzung vom Dienstag, den 15. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Diätenvorlage.

Eingegangen ist dazu ein Antrag Gröber (Z.), der die Pauschalsumme von 3000 M. so verteilen will, daß am 1. Dezember 200 M., am 1. Januar 300 M., am 1. Februar 400 M., am 1. März 500 M., am 1. April 600 M. und der Rest von 1000 M. am Schluß der Session zur Auszahlung gelangen soll. (Heiterkeit.) Außerdem soll der Abzug für Fernbleiben von der Sitzung sowie das Tagegeld für neu eintretende Mitglieder auf 25 M. (statt 20 M., wie in der zweiten Sitzung beschlossen), festgesetzt werden.

Abg. Staudt (L.): Die Wirkung der Diäten wird lediglich die sein, der sozialdemokratischen Parteikasse jährlich 200 000 Mark zuzuführen. Die verbündeten Regierungen sollten lieber eine Vorlage machen, die Präsenz der Abgeordneten zu erzwingen.

Graf v. Posadowsky:

Der Vorredner sagt, die sozialdemokratische Parteikasse würde mehrere hunderttausend Mark erhalten und im Kampfe gegen die Staatsordnung verwenden. Aber die Gelder fließen ja den Abgeordneten aller Parteien gleichmäßig zu, und wenn politischer Einfluß eine Geldfrage ist, haben auch die anderen Parteien die Möglichkeit, diese Gelder im Interesse der Partei zu verwenden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Weiter sollen die verbündeten Regierungen dafür sorgen, daß Abgeordnete gewählt werden, die auch präsent (anwesend) sind. Meiner Erfahrung nach, und ich stehe dreizehn Jahre hier, haben die Regierungen ihre Pflicht getan. Was habe ich mir oft für Mühe gegeben, auch nur einzelne Abgeordnete zu bewegen, selbst bei wichtigen Abstimmungen hier zu bleiben, aber vergeblich! Die Parteiführer wissen, wie oft ich sie gebeten habe, für ein beschlußfähiges Haus zu sorgen, und wie oft habe ich die Antwort erhalten: „Ja, wir telegraphieren, aber es nützt nichts; die Herren kommen nicht!“ (Lärm bei den Sozialdemokraten: Abkündigung der Präsenz! Heiterkeit links.) Was den Einwand des Eingriffes in die Rechte der Einzelstaaten betrifft, so berufe ich mich, wenn meine Autorität nicht ausreicht — und ich kenne die Verfassung einigermassen — auf den preussischen Justizminister Leonhard, der dieselbe Auffassung, die heute die verbündeten Regierungen haben, am 17. November 1899 im preussischen Herrenhaus vertrat, und diese doch gewiß konservative Versammlung (Große Heiterkeit links.) — solche konservative Versammlung ist sehr notwendig (Bravo! rechts) — also das preussische Herrenhaus hat in seiner Weisheit, mit 88 gegen 42 Stimmen, dem Justizminister Leonhard zugestimmt. Schließlich möchte ich Sie noch bitten, nochmals zu erwägen, ob sie nicht bei der Aenderung des § 28 der Verfassung der ursprünglichen Vorlage der verbündeten Regierungen zustimmen wollen.

Abg. Frey (F.): Die 307 Reichstagsabgeordneten sind die besten von den 60 Millionen Deutschen, die nicht mit Miktanden behandelt werden sollten; deshalb ist jede Kontrolle der Anwesenheit und jeder Abzug zu verwerfen. Für uns ist das Gesetz undisputabel. (Vereinzelte Beifall.)

Abg. Spahn (Z.): Für die im Antrag Gröber vorgesehene neue Staffelnung werden wir stimmen; für den anderen Teil des Antrages wird wohl auch der größere Teil meiner Freunde stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kardorff (M.): Die gewerdmäßige Agitation, die gegenwärtig bereits einen bedauerlichen Umfang angenommen hat — man braucht nur an Herrn Ahlwardt zu denken — wird durch die Vorlage noch verstärkt werden. (Beifall bei der Reichspartei.)

Abg. Wasserfall (nat.): Zum Antrag Gröber können wir noch nicht Stellung nehmen und müssen es den einzelnen überlassen, wie sie stimmen werden. Die Sozialdemokratie hat, wie ihre Entwicklung zeigt, die Diäten nicht nötig, weil mehr liegen sie im Interesse der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie wird sogar unter den Diäten leiden; denn jetzt erhalten ihre Mitglieder Diäten aus ihrer Parteikasse und werden dadurch von der Zentralleitung abhängig. Das wird später anders werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (nat.): Die Aenderung des § 28 ist nicht notwendig, da wir nach dem Zustandekommen des Gesetzes stets ein beschlußfähiges Haus haben werden. Wir stimmen für die Diäten; denn der Reichstag soll kein Recht auf die politische Führung begründen. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Dr. Posthoff (fr. Wg.): Ein Mitglied der Reichspartei hat einmal erklärt, die Tätigkeit im Reichstags werde ihm nur ermöglicht durch seine Teilnahme an industriellen Unternehmungen. Die Reichspartei sollte es also mit Freuden begrüßen, wenn durch Diäten auch ohne solche industrielle Einnahmen die Tätigkeit hier ermöglicht wird. (Heiterkeit links.) Wir werden für die Vorlage stimmen, allerdings nicht mit Begeisterung. Die ganze Art der Verteilung der Diäten ist eine moralische Dürftigkeit für den Reichstag.

Abg. Müller-Sagan: Dem Antrag Gröber können wir zustimmen; doch müßten dann auch in § 8 statt 20 M. 25 M. gesetzt werden.

Damit schließt die Debatte.

§ 1a wird debattelos angenommen.

Es folgt Ziffer 1b (Monats-Pauschale.)

Abg. Gröber (Z.) begründet seinen Antrag.

Abg. Dr. Spahn (Z.) wünscht für den Fall, daß die Verlegung vor dem 1. April eintritt, eine vorhergehende Auszahlung der am 1. April fälligen Summe.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Die Ziffer 1b wird in der Haltung des Antrages Gröber gegen die Stimmen der Konservativen, eines Teils der Nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung und des Abg. Träger (fr. Wg.) angenommen.

Es folgt § 2. Der hierzu gehörige Eventualantrag Gröber (Heraufhebung der Abzüge beim Fehlen von 20 M. auf 25 M.) wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Abgg. Dr. Müller-Sagan und Dr. Wiemer (fr. Wg.) abgelehnt. § 2 wird in der Kommissionsfassung (Abzüge von 20 M.) gegen die Stimmen der freisinnigen Vereinigung und des Abg. Träger abgelehnt.

§ 3 (Entschädigung für neu eintretende Mitglieder) wird ohne Debatte angenommen, nachdem Abg. Gröber seinen hierauf bezüglichen Antrag zurückgezogen hat.

Ueber die beiden Abzüge des § 4 wird auf Antrag Singer (Soz.) getrennt abgestimmt. Der zweite Abzug („Wer bei einer namentlichen Abstimmung fehlt, gilt als abwesend“) wird gegen die Stimmen der Linken, der erste Abzug (Eintragung des Abgeordneten in eine Liste) gegen die Stimmen der freisinnigen Vereinigung und des Abg. Träger angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte in der Kommissionsfassung erledigt.

Ueber die beiden Vorlagen soll namentlich abgestimmt werden. Vizepräsident Graf Stolberg glaubt die namentliche Abstimmung auf morgen verlagern zu müssen, wird aber durch die Abgeordneten Singer (Soz.) und Dr. Spahn (Z.) darauf aufmerksam gemacht, daß dies nur dann nötig sei, wenn sich ein Widerspruch gegen sofortige Vornahme der namentlichen Abstimmung erheben sollte.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten erfolgt kein Widerspruch.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst die Aenderung des § 28 der Reichsverfassung mit 224 gegen 41 Stimmen bei einer Stimmenhaltung

abgelehnt und dann die eigentliche Diätenvorlage mit 210 gegen 52 Stimmen bei drei Stimmenhaltungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Mantelgesetzes, das die einzelnen Gesetze zur Reichsfinanzreform umschließt.

Abg. Schrader (fr. Wg.): Das Gesetz führt den Namen Mantelgesetz, wohl, weil es den Mantel der Liebe über die verkehrte Steuerpolitik des Zentrums und der Nationalliberalen deckt. (Sehr gut! links.) Die Ursache, daß man hier beständig in der Art halb-bankrotter Staaten nach neuen Steuern sucht, liegt darin, daß wir außer den Patrimonialbeiträgen keinen beweglichen Faktor in den Einnahmen haben. (Sehr gut! links.) Durch eine Reichsvermögenssteuer würden wir zu einer wirklichen Reichsfinanzreform kommen, zu einem beweglichen Faktor, durch den Einnahme und Ausgabe in Einklang zu bringen sind.

Abg. Wiemer (fr. Wg.): Dem § 1, der die neuen Steuern enthält, können wir natürlich nicht zustimmen. Auf die Bestimmung zur Tilgung der Schulden im § 4 legen wir keinen besonderen Wert. Preussischer Finanzminister v. Rheinbaben: Sparfamkeit im Reiche können Sie nicht erzielen durch eine andere Organisation, durch die das Reichsfinanzamt eine andere Stellung bekommt. Ganz anders liegt es, wenn das Reichsfinanzamt den einzelnen Ressorts folgen könnte: ich habe keine Mittel; dann müßten die Ansprüche eben herabgemindert werden. Es wäre ein bedauerlicher Anfang der Reichsfinanzreform, wenn sie beginnen würde mit einer Erhöhung der Patrimonialbeiträge.

Abg. Graf Bernstorff (Weise): Die föderative Stellung des Reiches kommt zum Ausdruck darin, daß die Einzelstaaten die Verantwortung für die Reichsfinanzen tragen. Das wird verhindert durch direkte Steuern. In dieser Richtung liegt die Erbschaftsteuer. Deshalb lehnen wir die ganze Reichsfinanzreform ab.

Abg. Bernstein (Soz.):

Um an die Worte des Vorredners anzuschließen, möchte ich zu der Vorlage sagen: Was sie Euch unlieb macht, macht sie uns wert. (Heiterkeit.) Was unseren Grundgedanken und unserer Auffassung von einer Finanzreform am meisten entspricht, ist die Erbschaftsteuer. Und gerade sie ist es, die den Vorredner zu einer ablehnenden Haltung veranlaßt hat. Der Finanzminister meint, dieses Gesetz sollte darauf hinarbeiten, die Freude am Reiche wiederum zu stärken. Aber gerade in dieser außerordentlich reichstrennen Zeit wird diese Art, die Bedürfnisse des Reiches zu decken, die Freude am Reiche sehr hart und sehr rasch nehmen. Es ist hier wiederholt der Ausdruck „Finanzreform“ gefallen. Wir müssen durchaus betonen, daß dieser Name irgendwelche Verächtlichkeit hat, es sei denn, daß man den Ausdruck auch auf eine Reformation in peius (eine Verfeinerung) anwenden will. Eine organische Reform ist hier jedenfalls nicht geschaffen. Man hat nicht weiter getan, als mit sehr großer Willkür hier und da ein paar Löcher zuzustopfen. Man hat das Geld genommen, wo man es fand, ohne Rücksicht auf die Interessen der weiten Volksschichten und auf die Grundzüge der Volkswirtschaft. Der Hauptgrund dieses Gesetzes zur Ordnung der Reichsfinanzen ist gerade seine vollkommene volkswirtschaftliche Charakterlosigkeit. (Lebhaftes Beifall! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man einen Grundgedanke in dieser Finanzreform suchen sollte, der vor allem auch in den verschiedenen der Kommission vorgeschlagenen Phantasiesteuerformen seinen Ausdruck fand, so wäre es der der Mittelstandstheorie. Eins aber können wir schon heute vorhersehen: Diese Steuer wird mehr Leute aus dem Mittelstande ruinieren als retten. (Wiesendes Beifall! bei den Sozialdemokraten.) Für jede kleine Brauerei z. B., die schließlich durch die Staffeln am Leben erhalten wird, werden Hunderte von Wirten ruiniert werden, die heute noch dem Mittelstande angehören. Und das gilt für alle die Gesetze, die Sie hier beschlossen haben. Was weiter für uns dieser Geiztumor kennzeichnet, ist, daß diejenige Steuer, für die alle volkswirtschaftlichen Grundzüge sprechen, die Erbschaftsteuer, zu einem Ausfallmittel herabgedrückt worden ist, statt zur Basis der Reichsfinanzen zu werden, wie es sich gehörte. Ja, wenn es nach der Reichsregierung gegangen wäre, wäre den Einzelstaaten ein noch höherer Anteil an ihr zugewendet worden als das jetzt beschlossene Drittel. Mit der von uns vorgeschlagenen Erbschaftsteuer hätten Sie all die anderen Steuerentwürfe überflüssig gemacht. Was aber ist die Ursache des Reichsdefizits, über das hier so viel geklagt wird und das die Vorlage sicher nicht erbgütig aus der Welt schafft? Abgesehen von den ungeheurer gestiegenen Ausgaben für die Rüstungen, für das Heer, die Flotte und die Kolonialpolitik, hat die finanzielle Reichsruine ihren Ursprung in dem Luxus der 26 Einzelstaaten, die mit dem sozialen Leben des Volkes längst nicht mehr vereinbar sind und über die unsere ganze Verkehrsentwicklung längst hinweggeschritten ist. Die Quantität der 26 verschiedenen Finanzverwaltungen bleibt ein Gewicht, das schwer an jeder vernünftigen Finanzpolitik des Reiches hängt. Ein stummerlicher Ausweg aus dieser lässigen Lage, die man nicht ändern will, sind die Patrimonialbeiträge. Gegen die aus realistischen Gründen empfohlenen Stundung derselben auf drei Jahre haben wir nichts einzuwenden, aber ganz energisch müssen wir uns gegen die Bindung der Patrimonialbeiträge wehren. Im Gegensatz zum Finanzminister erblicken wir darin eine Ermütigung der einzelnen Ressorts zu neuen Ausgaben, da sie vor der Verantwortung gegenüber den Einzelstaaten geschützt werden. Dann müßte das Reich zu neuen Zufuhren kommen, zu neuen Erhöhungen der Ausgaben für die Verzinsung der Reichsschuld, die einen Teil der arbeitenden Bevölkerung an das Kapital darstellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf einen derartigen Finanzbetrieb können wir uns unter keinen Umständen einlassen. Aber bei dem Widerstande der Einzelstaaten gegen eine Reichseinkommensteuer blühe nach der Bindung der Patrimonialbeiträge nur eine Belastung des Konsums oder eine Schädigung unserer gesamten Volkswirtschaft, unserer deutschen Industrie, unserer deutschen Arbeit durch neue Reichsschulden übrig. Deshalb halten wir unbedingt an den Patrimonialbeiträgen fest, bis eine Reichseinkommen- oder eine Reichsvermögenssteuer die Grundlage der deutschen Finanzwirtschaft geworden ist. Erst durch diese würden wir auch bekommen, was notwendig ist, für die Reichsfinanzwirtschaft, für die ganze Reichsverwaltung: ein verantwortliches Reichsministerium. Dann erst hätten wir Jahr für Jahr die Gelegenheit, die Finanzverwaltung zu zwingen, den Wünschen und Wünschen des deutschen Volkes nachzukommen. (Sehr gut! links.)

Es ist wieder das Wort vom „Sparen“ gefallen. Ein zweideutiges Wort! Die Hauptsache ist, wo gespart werden soll! Eine Sparfamkeit an den Ausgaben für Kulturzwecke, für soziale Reformen, etwa für die große Frage der Arbeitslosen-Versicherung, wäre durchaus am falschen Orte. Aber der Schatzmeister des englischen Weltreiches war längst in der Lage, wie es sich der Abg. Wiemer einmal für Deutschland wünschte, dem Parlament den Erlaß einer ganzen Reihe von Steuern vorzuschlagen, eine Herabsetzung der Steuern auf Tee und Tabak, eine Herabsetzung des Kohlenzolles und — man denke nur, wie unwirtschaftlich! — eine Herabsetzung der Postgebühren. Und warum konnte er das? Das Budget wies erhöhte Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, erhöhte Einnahmen aus der Einkommensteuer und 28 Millionen Ersparnis am Flottenetat auf. (Hört! hört! links.)

Und möchte ich auf die Debatte vor vier Tagen hinweisen, als im englischen Parlament der Arbeiterdeputierte Vivian eine Resolution zugunsten der allgemeinen Abkürzung vorschlug und die englischen Regierungsvertreter sie unterstützten und begrüßten, wie schon früher selbst die Konservativen durch den Mund des früheren Premierministers Mr. Balfour ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, auf eine Herabsetzung der Flottenausgaben oder wenigstens auf eine gleichmäßige Diminution der Flottenneubauten einzugehen. Auch Deutschland wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß es mit der Rüstungsfrage auf die Dauer nicht so fort gehen kann, da diese Rüstungen nichts weiter sind, als eine Verkleinerung der nationalen Arbeit. Sie werden vollständig

überflüssig sein, wenn einst die Welt einig werden, wie es die steigende Arbeiterbewegung aller Länder erstrebt und erlangt, und wie sie es bei mir einigermassen erwünschtem Willen der Regierungen schon jetzt sein könnten. Zum mindesten aber haben Sie (nach rechts) doch für die Gegenwart den praktisch sehr einfachen Vorschlag vor sich: die Fertigstellung der Schiffbauarbeiten hinauszuschieben. Schon wenn Sie das täten, bräuchten Sie nicht so unendlich viele Kräfte zu vernichten, wie Sie in Folge dieser Vorlage vernichtet werden. Aber von all dem wollen ja weder die Reichsregierung noch die bürgerlichen Parteien in diesem Hause etwas wissen. Daher diese nach jeder Richtung hin unzulängliche Reichsfinanzreform. Zu einer wirklichen Tilgung der Reichsschuld, zu einer wirklichen Verminderung der Reichsausgaben könnten wir erst kommen, wenn der alte Grundgedanke der bürgerlichen Freihandelspartei, der heute allerdings mit ganz anderer Energie von den Arbeitern aller Länder vertreten wird, zur Geltung käme: Friede, Freiheit und Einschränkung der Rüstungen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Naab (nat.): Obgleich unsere sozialen Ideale bei der Finanzreform nicht bis zum letzten (Heiterkeit links) durchgeführt sind, werden wir für § 1 der Vorlage stimmen. Damit schließt die Diskussion.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Linken und einige Radikalen in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 2.

Es folgt § 3, der die Tilgung der Patrimonialbeiträge ausspricht, wenn sie 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung übersteigen. Wenn der Mehrbetrag sich auch später ergibt, soll die Erhebung im Juli des darauffolgenden Jahres stattfinden.

Die Abgg. Büsing (nat.), Dietrich (L.), v. Derges (M.) und Dr. Spahn (Z.) beantragen, das Wort „später“ zu streichen. Nach kurzer Begründung durch den Abg. Büsing erklärt Reichsschatzsekretär Frelher v. Stengel sein Einverständnis mit diesem Antrag.

§ 3 wird mit dem Amendement Büsing mit großer Mehrheit angenommen.

§ 4 will die Tilgung der Reichsschuld vom Rechnungsjahr 1907 ab mit mindestens 2/3 Prozent des sich jeweils ergebenden Schuldbetrages beginnen.

Die Abgg. Büsing, Dietrich, v. Derges, Dr. Spahn beantragen, 1908 statt 1907 zu setzen.

§ 4 wird mit dem Amendement Büsing debattelos angenommen. Debattelos wird auch der Rest des Gesetzes angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichsscheinen. 2. Fortsetzung der heutigen Beratung (Beratung der zum Mantelgesetz beantragten Resolutionen). Schluß 5/11 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wahl Vorzugs beanstandet.

Endlich ist die Wahlprüfungscommission zur Entscheidung über das Verbot einer Wählerversammlung im Wahlkreis Sachse-Altenburg gelangt. In Jochau sollte ein polnisch sprechender Referent in einer Wählerversammlung sprechen, die Behörde verbot aber die Versammlung, da ihr kein der polnischen Sprache mächtiger Beamter zur Überwachung zur Verfügung stand. Die Kommission entschied nach langer Debatte mit 8 gegen 4 Stimmen, daß das Verbot nicht berechtigt sei, aber mit 7 Stimmen gegen 5 verneinte sie die Frage, ob eine öffentliche Versammlung verboten worden sei, deren Wirkung sich auch auf andere, als polnische Wähler erstrecken sollte.

Nach dieser letzten Entscheidung will nun die Mehrheit der Kommission ermitteln, wie viel polnische Wähler in den 6 Kilometer im Umkreise von Jochau liegenden Ortschaften sich befinden und wie viele davon gewählt haben. Denn da die bereits früher unterzuchten und für erheblich befundenen Beschwerden des Protokolls allein die Wahl nicht stützen würden und außerdem über sie auch erst Beweiserhebungen beschlossen worden sind, so beschloß die Kommission auch über die letzte Frage Erhebungen zu beantragen und die Wahl Vorzugs zu beanstanden.

Maß und Gewichte.

Die Kommission für Maß und Gewichte trat gestern in die zweite Sitzung ein. Zu § 6 war u. a. folgender Antrag von Sachse und Genossen gestellt: „In der ersten Zeile das Wort „öffentlich“ zu streichen und in der fünften Zeile hinter dem Worte „Gedemeter“ zu setzen; sowie Förderwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe, sofern durch Zahl und Inhalt derselben der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll.“

Sachse begründete den Antrag und führte aus, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, wie seine dem Vergart übergebene Statistik ergeben habe. Die Arbeiter müßten doch endlich wissen, was sie zu verlangen haben und es sei Pflicht der Gesetzgebung, sie vor Ueberforderungen zu schützen.

Nach langer Debatte wird der Antrag Sachse und Genossen durch die arbeitserfindliche Mehrheit der Kommission abgelehnt. Ein Antrag v. Bernstorff wird angenommen. Diesen Antrag stimmten auch die Sozialdemokraten zu, weil er immerhin eine Verbesserung des bisherigen Zustandes enthält.

Der Antrag von Bernstorff lautet: In § 6 sind die ersten drei Zeilen des Absatzes I durch folgende Worte zu ersetzen:

„Zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr dürfen, soweit dadurch der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll, nur geeichte Maße, Gewichte und Wägen angewendet werden.“

Zum öffentlichen Verkehr gehört der Handelsverkehr auch dann, wenn er nicht in offenen Verkaufsstellen stattfindet.

Sodern es sich um Ermittlung des Lohnes in fabrikmäßigen Betrieben handelt, dürfen auch außerhalb des öffentlichen Verkehrs hier nur geeichte Maße, Gewichte und Wägen verwendet werden.“

§ 7 wird mit einem Antrage Naab, im letzten Absatz das Wort „Original“ zu streichen, angenommen.

In § 9 liegt ein Antrag Sachse und Genossen vor: Im letzten Absatz hinter dem Worte „Kalenderjahr“ einzuschalten „Quartal“. Vier und Fünftel treten für den Antrag ein. Sie führen aus, es sei z. B. eine alte Erfahrung, daß schon innerhalb eines Jahres ein Viech 2—4 Liter von seinem Rauminhalt verliert; es müsse deshalb ein Gesetz festgesetzt werden, daß solche Küfer nicht länger als zwei Jahre im Verkehr sein dürfen. Darum sei die Einschaltung des Wortes „Quartal“ notwendig. Der Antrag wird abgelehnt.

In § 10 ist von Sachse und Genossen nachstehender Antrag eingegangen: In der 5. Zeile hinter dem Worte „find“ einzuschalten: „ausschließlich der im § 6 Absatz 1 genannten Gegenstände.“ — Sachse und Stolle haben hervor, nach den Protokollen steht dem Bundesrat das Recht zu, Förderwagen und Gefäße auszunehmen! Dieses Recht dürfe dem Bundesrat nicht gegeben werden; deshalb sei es notwendig — um die Bergarbeiter zu schützen — den Antrag anzunehmen. Ministerialdirektor v. Jonquieres bekämpft den Antrag und führt aus, daß es nicht in der Absicht des Bundesrats liege, die Förderwagen und Gefäße auszunehmen. Sachse bittet, die Ausführungen des Herrn Direktors zu Protokoll zu geben. — Der Antrag wird abgelehnt. Die Sitzung wird auf Freitag vertagt.

Vor Schluß der Sitzung ergreift Staatssekretär v. Posadowsky das Wort und erklärt: Das Hauptprinzip bei Einbringung der Vorlage sei die Verhaftung des gesamten Ahwens! Es sei nicht möglich, dasselbe den Landesregierungen respektive Kommunen zu überlassen. Halte das Zentrum an den bisherigen Beschlüssen seiner Kommission fest, so würde die ganze Vorlage scheitern.

So scheint es, als wenn wieder — wie schon so oft — für den Papierkorb gearbeitet worden ist.

Die Revolution in Rußland.

Ueber den Verlauf der Kaiser

Neben folgende Nachrichten vor:

In Petersburg kam es nur in der Fabrik von Kojewnikow zu Ruhestörungen. Dort wollten feiernde Arbeiter die arbeitswilligen an der Arbeit verhindern; es entstand eine Kauferei, bei der auch Revolvergeschosse fielen. Polizei und Kosaken stellten die Ruhe wieder her. Drei Personen erlitten Verletzungen.

Aus der Provinz melden zahlreiche Telegramme, daß ein Teil der Arbeiter am gestrigen Montag gefeiert hat, die Ruhe wurde im allgemeinen nicht gestört.

Nur in Wologda im nördlichen Rußland kam es zu Ruhestörungen. Die Bauern warfen dort Steine gegen die Arbeiter, welche mit Gewalt die Einstellung in den gewerblichen Etablissements herbeiführten und die Schließung der Läden erzwingen. Als Schüsse abgefeuert wurden, ließ die aufgebrachte Menge nach dem Stadthause, um es in Brand zu stecken. Der Gouverneur Padyński, der dorthin eilte, wurde verletzt, auch mehrere andere Personen erlitten Verletzungen.

In Jarizyn an der unteren Wolga verlangte nach einer Meldung der Petersb. Tel.-Agentur eine etwa viertausend Köpfe starke Volksmenge, die sich am Abend infolge eines Streites zwischen einer die Straßen durchziehenden Gruppe und Kosaken angesammelt hatte, die Entfernung der Kosaken, worauf sie ruhig auseinandergehen wollte. Als die Menge auf dieser Forderung beharrte, ließ der Polizeimeister die Kosaken feuern. Hierbei wurden acht Personen verwundet, eine davon tödlich.

Aus der Armee.

Folgende Resolution wird uns zur Veröffentlichung überandt:

„Wir organisierte Soldaten des 112. Uralischen Infanterieregiments beschloßen auf unserer letzten Versammlung, eine revolutionäre Militärorganisation zu gründen.“

In Anbetracht der wichtigen Rolle, die der Armee in der Freiheitsbewegung unseres Landes zu spielen bevorsteht, beschließen wir, uns im ganzen dem revolutionären Kampf anzuschließen und Hand in Hand mit dem Proletariat die Verwirklichung der auf der Fahne der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen einzutreten.

Die neugegründete revolutionäre Armeeorganisation der Garnison Kalmarja.

Forderungen der Arbeitergruppe der Reichsduma.

Die in der Reichsduma entstandene Arbeitergruppe hat soeben einen Beschluß gefaßt, um ihn der Reichsduma zu unterbreiten, indem sie folgende Punkte fordert: 1. Einen maximalen achtstündigen Arbeitstag in allen Zweigen der Lohnarbeit ohne Kürzung des Lohnes, und die obligatorische Einführung einer zweihundertzweiundvierzigstündigen ununterbrochenen Ruhepause in der Woche. 2. Das gänzliche Verbot der Heberstundenarbeit. 3. Schutz der Frauen- und Kinderarbeit. 4. Das Verbot der Nachtarbeit außer in den Industriezweigen, wo dies aus technischen Gründen unmöglich ist. 5. Die staatliche Versicherung der Arbeiter auf Kosten des Unternehmers. 6. Die strafrechtliche Verantwortung der Unternehmer bei Verletzung der Arbeiterschutzgesetze. 7. Weitgehende Reformen in der Fabrikinspektion und die Ausdehnung derselben auf alle Lohnarbeitszweige sowie die Einführung der obligatorischen Kontrolle seitens der lokalen Arbeiterorganisationen. 8. Die obligatorische unentgeltliche ärztliche Hilfe für die Arbeiter und eine weitgehende Aufsicht der hygienischen Verhältnisse des Arbeiterlebens seitens der lokalen Selbstverwaltung. 9. Die Errichtung von Schiedsgerichten mit Richtern aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Anzahl zur Schlichtung von Mißverständnissen zwischen den Arbeitern und Unternehmern. 10. Obligatorische Fortbildungsschulen für die Volksmassen und die Errichtung von Bibliotheken und Lesesälen in den Fabriken und Werkstätten. 11. Die Aufhebung der Strafen, Lohnabzüge und Durchsuchungen. — Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Lösung dieser wie auch der Vordragen nur von der Versammlung der nach dem allgemeinen Wahlrecht vom Volke gewählten Volksvertretung und nach der Gewähr der Amnestie und aller bürgerlichen Freiheiten verwirklicht werden kann.

Amnestie oder Auflösung der Duma?

Petersburg, 15. Mai. Der „Kowoje Brestja“ zufolge hat sich der Ministerrat für die Möglichkeit der Gewährung einer Amnestie ausgesprochen, hat aber die Frage über den Umfang derselben offen gelassen. Nach demselben Blatte soll im Ministerrat auch die Auflösung der Reichsduma wegen ihres oppositionellen Charakters zur Sprache gekommen sein. Die Auflösung sei jedoch nicht für wünschenswert, sondern im Gegenteil für gefährlich erklärt worden.

Haus der Partei.

Totenliste. In Leipzig starb im Alter von 55 Jahren der Genosse Richard Jäger. Er hat schon Mitte der 60er Jahre der Partei angehört und allezeit eifrig für sie gewirkt. Unterm Sozialistengesetz ließ sein Eifer nicht nach. Im Jahre 1887 übernahm er ein Restaurant, wo er den obdachlosen Vorkämpfern unserer Sache bereitwillig Unterkunft gewährte, ungeachtet der deshalb über das Lokal verhängten Polizeifunde und der zahllosen Schikanen, die man gegen ihn erlaubte. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete hat Richard Jäger Mühen und Wertes geleistet. Den Metallarbeiterverband und die Metallarbeiterkrankenkasse rief er mit ins Leben. In der letzten Zeit hinderte ihn leider an der Betätigung für die Partei eine hartnäckige Krankheit, der er schließlich erliegen ist.

In Wiesfeld geleiteten an 1000 Genossen bey Genossen Kobi zu Grabe.

In Seppensen bei Harburg starb der Genosse Kasang im Alter von 71 Jahren. In seiner Jugend war er Anwalt in Moorburg, von dort ging er nach Hamburg, wo er eifriger Anhänger der Partei wurde. Besonders unter dem Sozialistengesetz war er tätig. Schließlich kaufte er ein kleines Anwesen in Seppensen, der Partei blieb er treu bis zum letzten Atemzuge.

Vom Fließ erschlagen wurde am Sonnabend Abend der Genosse Johann Vohgätter in Bennhausen bei Düsseldorf. Er arbeitete in Eller in einer Fabrik. Das Unglück ereilte ihn in unmittelbarer Nähe des Fabriktores, als er nach Feierabend nach Hause gehen wollte. Der Verstorbene hinterläßt Frau und drei unmündige Kinder.

Personalien. Zum Arbeiterssekretär in Augsburg wurde einstimmig der bisherige Arbeiterssekretär in Koburg, Anton Walter, gewählt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigte Arbeitswillige. Wegen Beleidigung gelber Gewerkschaftler standen der Genosse Kirchgessing von der Augsburger „Schwab. Volkszeitung“ und der Genosse Gruber von der „Münch. Post“ am Sonnabend vor dem Schöffengericht zu Augsburg. Im Herbst vorigen Jahres wurde nach der großen

Metallarbeiterausperrung unter der Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Augsburg ein „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ gegründet, das heißt eine Organisation von Arbeitswilligen. Natürlich geschah die Gründung aus eigenem Antriebe der Arbeiter, die nur, weil sie keine Zeit zum Schreiben hatten, den Profuristen der Fabrik in ihre Sitzungen holten. Nachher schenkte der Direktor des Werkes ihnen 100 000 Mark. Sie haben das aber vorher nicht sicher gewußt, sondern, wie die Zeugen ausagten, nur „gehört“. Die Zeugen erklärten auch, daß die Verlesung wohl einmal im Arbeiterauschuß einen solchen Verein für wünschenswert erklärt habe, doch will sie sich den Verein nicht direkt bestellt haben. Er soll natürlich notwendig geworden sein durch den Terrorismus der Gewerkschaftler. Die „Schwab. Volkszeitung“ und die „Münchener Post“ haben den Verrätern an ihren Massengenossen bayerisch-berb die Wahrheit gezeigt. Dafür soll Gen. Kirchgessing 240, Gen. Gruber 90 M. Strafe zahlen.

Von der Strafkammer zu Kofod wurde der Genosse Parteisekretär Kröger-Kofod zu einer Woche Gefängnis und der Gastwirt Poche zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie einem ihnen begehrenden Arbeitswilligen scharfe Vorhaltungen gemacht hatten.

Ein Strafmandat von 106,50 M. bestätigt. In Danzig erhalten die Genossen fortgesetzt Strafmandate von 106,50 M., wenn sie sich nach der Ansicht der Polizei gegen irgend etwas vergangen haben. Besonders das angebliche Verteilen von Flugblättern und Handzetteln auf Straßen und öffentlichen Plätzen wird nach wie vor streng geahndet. Auf die Demunziation eines „freimütigen“ Mannes hin erhielt der Genosse Dulski ein Strafmandat von 106,50 M., weil er Handzettel gedruckt, verkauft und auf der Straße verteilt haben sollte. Gegen das Strafmandat wurde Berufung eingelegt. — Das Schöffengericht bestätigte es jedoch, trotzdem Dulski ganz entschieden bestritt, Handzettel gedruckt, verkauft und auf der Straße verteilt zu haben. Vielmehr hatte ihm ein Schuhmann die Zettel fortgenommen und sie erst auf ganz energische Vorhaltungen wiedergebracht. Die Ladung der Entlastungszeugen hatte das Schöffengericht abgelehnt. Nun wird die Strafkammer zu entscheiden haben.

Wegen eines angeblich majestätsbeleidigenden Drucksetzers stand am Sonnabend der Redakteur der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ in Gießen, Gen. Wetters, vor der Giesener Strafkammer. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Verteidiger Wetters, er müsse den Vorsitzenden des Gerichtshofes, Landgerichtsdirektor Pratorius, und den Beisitzer Amtsrichter Wachtel wegen Befangenheit als Richter in der vorliegenden Sache ablehnen. Beide Richter hätten bei der Beschlußfassung über die Beschlagnahme der Nummer des Blattes, die den unter Anklage gestellten Artikel enthält, ausgesprochen, daß der Artikel zweifellos eine Majestätsbeleidigung enthalte. Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

In diesen heißen Hallen...! Einem Arbeiter, der zu Wiesfeld im Wartesaal des Bahnhofs die „Volkswacht“ las, wurde vom Portier das Lesen unseres Blattes mit dem Bemerkten unterjagt, daß auf den Bahnhöfen staatsfeindliche Blätter nicht gelesen werden dürften. Auf die gegen dieses sonderbare Verbot erhobene Beschwerde ist nun folgende nicht minder sonderbare Antwort eingetroffen:

Nach der eingeleiteten Untersuchung haben Sie am 23. v. M. im hiesigen Wartesaal III./IV. Klasse einen Kreise von Zuhörern einen Artikel aus der „Volkswacht“ vorgelesen. Ein Reisender hat sich hierüber beim Portier beschwert. Infolgedessen hat Ihnen der Portier das weitere Vorlesen verboten. Daß in Wartesälen keine Vorlesungen geduldet werden, ist wohl selbstverständlich.

Der betreffende Arbeiter bestrittet ganz entschieden, „Vorlesungen“ gepflogen zu haben, es wäre daher interessant zu erfahren, worin die Untersuchungen der hiesigen Eisenbahndirektion bestanden haben, und wer der Reisende ist, der sich über die angeblichen Vorlesungen beschwert haben soll. Für die preussisch-deutsche Freiheit ist es übrigens auch bezeichnend, daß in Wartesälen keine Vorlesungen geduldet werden“, und daß dies die Bahnverwaltung für selbstverständlich hält. Es wird Beschwerde an eine höhere Instanz geführt werden.

Ein gestörter Spaziergang. Am Sonntag den 6. Mai d. J. hatte in Jüterburg eine Anzahl gewerkschaftlich und politisch organisierter Arbeiter einen gemeinsamen Ausflug nach dem nahe bei der Stadt gelegenen Abshütter Wäldchen unternommen. Es waren gut zweihundert Mann. Kaum hatten aber die friedlichen Spaziergänger in etwa einhalbstündiger Wanderung den Wald erreicht und sich in zwanglosen Gruppen gelagert, da erschienen auch schon fünf Gendarmen, geführt von einem Oberwachmeister. Der Herr Oberwachmeister verlangte den Einberufer der „Versammlung“ zu sprechen. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärte man dem Herrn, daß er sich irre, es finde keine Versammlung statt und es sei daher auch kein Einberufer derselben vorhanden. Kurz entschlossen trat nun aber der vom Pferde heruntergestiegene Beamte an den Genossen Mertins aus Tüft, der seine Anwesenheit in Jüterburg bemerkt hatte, um den Spaziergang mitzumachen, heran und sagte: „Ich nehme an, Sie sind ein Einberufer dieser Versammlung und bitte um Rennung ihrer Personalien.“ Nachdem dieses geschehen, forderte der Oberwachmeister sämtliche Spaziergänger auf, den Wald zu verlassen. Der von der Polizei als „Einberufer“ des Spazierganges betraute Genosse M. protestierte gegen dieses Verlangen mit dem Hinweis, daß der Wald Privateigentum sei und der Oberwachmeister mindestens einen Auftrag zu seinem sonderbaren Verlangen vorweisen müsse. Das konnte er nicht, ließ sich aber einen schriftlichen Befehl vom Besitzer kommen, worauf die Genossen das Wäldchen räumten. Unter der Obhut der Gendarmen marschierten sie nach Jüterburg zurück. Passiert ist niemand etwas; nur als ein Genosse ein Hoch ausbrachte und die übrigen einstimmten, ritten die Gendarmen während in die Spaziergänger. Es ging indes ohne Verletzungen ab.

Soziales.

Dienstbotenleiden.

Vor dem Schöffengericht Speyer hatte sich die Ehefrau des Kohlenhändlers D. Diesquos wegen fortgesetzter, teils leidlicher, teils schwerer Mißhandlung zu verantworten. Der Angeklagten liegt zur Last, die ledige Dienstmagd Anna Schläfer mit Kochlöffel, Schürhaken, Schlüsselschub und ufw. mißhandelt zu haben. Doch lassen wir darüber die Zeugen sprechen: Das Mädchen Schläfer sagt aus, wenn Frau Disquos nicht den ganzen Tag gescholten habe, sei es eine Ausnahme gewesen. Um halb 6 morgens habe sie aufstehen müssen, 11—12 und teils 1—2 Uhr sei es geworden, bis sie zu Bette kam. Einmal habe sie einen Schlag in das Gesicht erhalten, daß ihr die Gläser der Wille in die Nase einbrangen und dadurch blutende Wunden entstanden. Fast Tag für Tag sei sie ins Gesicht geschlagen worden. Vom vielen Sudeln im kalten Wasser habe sie die Hände erfroren gehabt. Ein anderes Mal habe sie die Frau an den Haaren im Zimmer umhergezogen. Es sei ihr überhaupt nichts recht zu machen gewesen. Auch habe sie nur halb satt zu essen bekommen. So oft sie geschlagen worden sei, habe Frau Disquos die Tür abgeschlossen. Einmal sei sie zum Fenster herabgesprungen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie denn nicht von dieser Stelle fort sei, erwiderte sie, daß sie durch Unterschrift gebunden war. Als nach drei Wochen das Maß voll war, schrieb sie ihren Eltern, daß sie zu Besuch kommen sollten, um ihnen dann zu sagen, was sie alles in dieser Stelle leiden müsse. Frau Disquos bekam hiervon Kenntnis und sandte dann eine Depesche an die Eltern des Mädchens, damit sie nicht kommen, indem sie selbst Besuch hätte. Später sei ihr Schwager gekommen und hätte sie dann mit-

genommen, nachdem der Schuhmann Frey ihr gesagt hätte, unter diesen Umständen könne sie sofort das Dienstverhältnis lösen.

Zeugin Dooß, die nebenan diente, sagt aus: Einmal habe sie gehört, wie Frau D. sagte: Jetzt hat mir das nichtsnutzige Ding die Vorhänge naß gemacht beim Fensterputzen. Gleich habe es fertig gerumpelt und dann habe das Dienstmädchen bitterlich geweint. So ähnlich sei es Tag für Tag gewesen, bis sie es nimmer länger habe mit anhören können. Dann habe sie Anzeige erstattet.

Polizeiergeant Stefan glaubt, daß die Dienstmagd Schläfer etwas langsam sei. Frau D. sei in puncto Sauberkeit sehr diffizil wie nicht leicht noch eine in Speyer. Die Familie des Kohlenhändlers Diesquos bestehe nur aus drei Köpfen, da könne doch unmöglich so viel Arbeit sein. Hier unterbrach der den Vorsitz führende Amtsrichter den Zeugen und machte ihm klar, daß man jemand Arbeit bis 1 und 2 Uhr verschaffen könne, man dürfe denselben nur ein paar mal am gleichen Tage die gleichen Fenster putzen lassen.

Der Amtsanwalt führte aus, daß diese Mißhandlung alles bis jetzt Dagewesene übersteige. Ein Tier, einen Hund würde man nicht so behandeln. Er müsse seinen Absichten aussprechen vor Personen, die zwischen Tier und Mensch keinen Unterschied machen. Frau D. hätte die Schläfer ansähdig behandeln sollen und nicht wie einen Hund, da sie ja gebildet sein wolle. Er beantrage ihrem Vermögen entsprechend 200 Mark Geldstrafe eventuell zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete wegen fortgesetzter Mißhandlung auf 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

Die außerordentlich niedrige Strafe kann kaum abschreckend wirken. Mit Recht erwartet die „Pfälzische Post“, der wir diesen Bericht entnehmen, eine bessere Wirkung von der öffentlichen Kennzeichnung der Peinigerin, nämlich die: daß ihr in Zukunft die Möglichkeit, einen Diensthofen zu führen, verjagt bleibt.

Aus Industrie und Handel.

Baumwollsaamenverwertung. Die meisten Konsumenten haben wohl kaum eine Ahnung davon, daß ein ganz überwiegendes Prozentium von dem, was unter der Etiketle „Olivenöl“, „feinstes Olivenöl“, „bestes Salatöl“ usw. im Handel erscheint, anders nichts ist, als Baumwollsaamenöl. Die Amerikaner sind smarte Geschäftsmäuler. Früher bildeten die Baumwollsaamenkerne einen unwertvollen Mühsand, heute macht man feinstes Speiseöl daraus und — Gold. Das in dieser Industrie angelegte Kapital trägt reiche Zinsen.

Nach dem Jahresbericht über die Industrie der Verwertung von Baumwollsaamen in den Vereinigten Staaten von Amerika für das Jahr 1905 hat sich das in diesem Gewerbe angelegte Kapital seit der Zensusaufnahme für 1900 reichlich verdoppelt, während der Wert der Produktion eine Zunahme um ziemlich 65 Prozent aufzuweisen hatte.

In 715 Betriebsanlagen sind über 78 Mill. Dollar Kapital investiert. Die Zahl der angestellten Beamten und Arbeiter beläuft sich auf 18 768, die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter auf rund 74 1/2 Mill. Dollar. Im letzten Jahre wurden aus 3 882 370 Tonnen Samen 183 817 772 Gallonen Baumwollsaatöl gewonnen, das einen Wert von 31 1/2 Mill. Dollar repräsentiert.

Die Bergwerksverstaatlichung in Schweden. Die von Genossen Wranting verlangte Vorderrhandlung der Zweiten Kammer über den Regierungsvorschlag zur Verstaatlichung der Eisenbergwerke in Norrbotten hat am Freitag stattgefunden. Sie wurde mit einer Rede Wrantings eröffnet, der den Vorschlag gründlich kritisierte. Unser Genosse berechnete, daß die meisten Aktiengesellschaften, deren Kapital sich auf 30 Millionen Kronen beläuft, in den 50 Jahren, während der ihnen das Ausbeutungsrecht noch garantiert werden soll, bei den jetzigen Eisenerzpreisen nicht weniger als 550 Millionen Gewinn erzielen werden, also jährlich 11 Millionen. Hierbei ist nur ein Gewinn von 8 Kronen pro Tonne zugrunde gelegt, während er tatsächlich 3 bis 5 Kronen beträgt. Rechnet man mit der fortwährenden Steigerung der Erzerpreise, so wird sich der Gewinn auf 940 Millionen, also 19 Millionen jährlich bei 30 Millionen Kapital belaufen. Was nach dieser Bereicherung der Aktionäre an Erzen übrig bleibt, darüber soll nach dem Regierungsvorschlag erst im Jahre 1922 eine gründliche Untersuchung stattfinden. — Als Grund hierfür wurde vom Staatsminister später angeführt, daß eine solche Untersuchung erst durch den Bau eines Tunnels möglich werde, der 12 bis 14 Jahre beanspruche. —

Zuckerfabrikenbau. Die Internationale Vereinigung für Zuckerrückbau. Die Internationale Vereinigung für Zuckerrückbau hat vom 2. bis 12. d. M. eine Umfrage abgehalten, als dessen Resultat sich ergibt: Von 308 Fabriken in Deutschland haben alle bis auf 3 die Anfrage beantwortet. Die Zuckerrückbauwerke, Duderstadt, Hirschfeld, Meise und Dätmersleben haben den Betrieb eingestellt, und verschiedene Fabriken in den Provinzen Sachsen, Westpreußen und in Westfalen haben mitgeteilt, daß sie aus Arbeitermangel eben zur Verringerung des angegebenen Abensareals gezwungen sein werden. Der Anbau erstreckt sich für Deutschland auf 440 340 Hektar gegen 467 885 im Vorjahre, also 5,9 Proz. weniger.

Die Einfuhr von Messerwaren nach Brasilien. Der Wert der Einfuhr von Messerwaren nach Brasilien betrug in den Jahren 1902 bis 1904 an Bord vor der Ausschiffung 1720, 2066 und 2580 Kontos (1 Konto im Durchschnitt der Jahre 1902 bis 1904 = 1000 bis 1044 M.). Der Anteil Deutschlands stieg in denselben Jahren von 598 auf 850, der Großbritanniens von 706 auf 870 und der der Vereinigten Staaten von Amerika von 253 auf 659 Kontos, während Frankreichs Import etwas zurückging (von 157 auf 152 Kontos).

Unter der Last der — hohen Löhne. Je mehr lamentiert wird über zu weit gehende Ansprüche, desto glänzender sind die Geschäftsergebnisse. Die Arthur Koppel Aktiengesellschaft Berlin teilt mit, der in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates vorgelegte erste Abschluß der Gesellschaft ergibt, nach Dotierung der Deltreber Reserve mit 100 000 M., einen Reingewinn von 1 154 314,20 M., es wird der Generalversammlung vorgeschlagen, hierbon 57 740,71 M. dem gesetzlichen Reservefonds, 120 000 M. einem Reservefonds 2 zu überweisen, 35 323,45 M. an den Aufsichtsrat zu zahlen, sowie eine Dividende von 11 Proz. zu verteilen, und zwar auf 6 000 000 M. dividendenberechtigten Aktien für das ganze Jahr in voller Höhe und auf 3 000 000 M. Aktien, welche erst im Laufe des Jahres voll bezahlt wurden, nach Maßgabe der erfolgten Einzahlungen, der Rest von 59 132,54 M. wird auf neue Rechnung vortragen. —

Vom Weltmarkt. Das Jahr 1905 hat für fast alle Länder eine Steigerung der Außenhandelsziffern gebracht. Die höchsten Ziffern weisen auf Großbritannien und Deutschland mit fast 4 Milliarden Dollar, dann folgt Amerika mit 2 1/2 Milliarden Dollar. Mit der Einfuhr rangiert Großbritannien an der ersten Stelle, in der Ausfuhr steht Amerika voran. Die nachstehende Aufstellung über den Import und Export der größten Länder der Welt in den beiden letzten Jahren entnehmen wir einer Veröffentlichung des britischen Board of Trade:

	Einfuhr in Dollar		Ausfuhr in Dollar	
	1904	1905	1904	1905
Deutschland	1 548 549 000	1 637 577 000	1 270 799 000	1 359 077 000
Belgien	520 170 000	561 643 000	403 725 000	425 600 000
Frankreich	876 428 000	909 817 000	806 422 000	926 917 000
Schweden	234 740 000	256 752 000	171 559 000	156 480 000
Spanien	182 380 000	190 523 000	164 794 000	170 848 000
Italien	372 526 000	404 576 000	310 916 000	332 358 000
Oesterreich-Ung.	415 254 000	437 557 000	423 522 000	439 625 000
Japan	102 859 000	107 676 000	103 914 000	101 661 000
Ver. Staaten	1 050 259 000	1 195 470 000	1 445 462 000	1 621 551 000
Niederlande	184 212 000	242 269 000	156 853 000	158 122 000
Russland	309 811 000	323 836 000	510 934 000	499 546 000
Brit. Nordamerika	245 179 000	281 482 000	188 723 000	210 875 000
Großbritannien	2 339 492 000	2 372 326 000	2 463 410 000	2 606 057 000

§ 10 des preussischen Preßgesetzes ist durch § 30 des Reichs-Preßgesetzes in etwas veränderter Fassung erhalten. Es bedarf danach einer polizeilichen Erlaubnis, wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten Plakate, Bekanntmachungen oder Auftrags unentgeltlich verteilen will. Wegen Uebertretung des § 10 verurtheilte das Landgericht Dortmund den Vergarbeiter Doppner zu einer Geldstrafe, weil er auf der Straße im Auftrage des christlichen Vergarbeiterverbandes Zettel verteilt hatte, die eine Verammlung bekannt machten und zu ihrem Besuche einluden. D. hatte vom Verband 2 M. erhalten. Die Unentgeltlichkeit des Verteilens im Sinne des § 10 sah das Landgericht darin, daß die Empfänger der Zettel nichts dafür zahlten. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verurtheilte die Sache nochmal an das Landgericht. Es wurde ausgeführt: Im preussischen Preßgesetz sei mit unentgeltlichem Verteilen ein solches Verteilen gemeint, wo der Verteiler auch vom Auftraggeber kein Geld erhalte. Ein Verteilen sei selbstverständlich voraus, daß das Publikum, an das die Schriften gegeben würden, nichts dafür zahle. Das Gesetz selber unterscheide ja auch zwischen Verteilen und Verkaufen. Da nun Angeklagter von seinem Auftraggeber 2 M. erhalten habe, also kein unentgeltliches Verteilen im Sinne des Preßgesetzes vorliege, so könne das Preßgesetz überhaupt nicht Anwendung finden. Das Landgericht werde nun nachprüfen haben, ob § 43 der Gewerbeordnung in Betracht komme, wonach einer Erlaubnis bedarf, wer gewerbmäßig auf öffentlichen Wegen usw. Druckstriften verteilen oder verkaufen wolle. Es sei dem Landgericht dabei mit auf den Weg zu geben, daß es an sich noch keine Gewerbmäßigkeit sei, wenn D. einmal für Geld Zettel verteilte. Es müßte vielmehr hinzukommen, daß er es schon öfter um des Verdienstes willen getan habe oder beabsichtige, auch zukünftig Druckstriften für Geld zu verteilen und sich daraus dauernd einen Gewinn zu verschaffen.

Lehrer und Gendarm. Jena, 14. Mai. In der letzten Sitzung des hiesigen Schöffengerichts kam eine interessante Privatklage zur Verhandlung. Als Kläger trat der Orthschullehrer Wolter Frege, als Beklagter der dort hationierte großherzogliche Gendarm Striebeck auf. In Gesellschaft zahlreicher Personen befanden sich die Parteien am 25. März in der Rathhauswirtschaft in Frauenprießnitz. Der Lehrer sah mit zwei jungen Mädchen an einem Tische, als der Gendarm hinzutrat. Das eine der Mädchen war nur besuchsweise anwesend und dem Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unbekannt. Auf eine diesbezügliche Anspielung stellte der Lehrer die Maid vor, bediente sich dabei aber einer etwas sberzhaften Form. Ob sich der Gendarm dadurch in seiner Würde verletzt fühlte, oder ob ein anderer Umstand hinzutrat, der ihn in Erregung versetzte, konnte auch in der Verhandlung nicht aufgeklärt werden. Kurzum, der Gendarm titulirte den Lehrer plötzlich einen „Lausejungen und Pinfel, er wolle ihn die Brillengläser einschlagen, das Jüngelchen solle erst mal Soldat werden, ehe es ihn (den Gendarm) berapeln wolle.“ Diese gewählte Ansprache begleitete der Gendarm noch mit der Aufforderung an den Lehrer, sofort das Lokal zu verlassen. Der Lehrer spielte den Klügleren und ging; als er sich aber in der Haustür anstellte, die ihm zugesagten Beleidigungen zu notieren, wurde er von dem Gendarm nochmals attackirt. Er rief dem Lehrer das Notizbuch aus der Hand, warf es zu Boden und zertrat den Bleistift. Vergleichsverhandlungen scheiterten an dem Widerstande des Privatklägers. Der Beklagte räumte im allgemeinen den oben geschilderten Sachverhalt ein, will aber in seiner Eigenschaft als großherzoglicher Gendarm durch den Ausdruck „Nachpölsch“ schwer beleidigt worden sein. Die deshalb angestrebte Widerklage blieb aber unbewiesen und hatte keinen Erfolg. Dagegen erkannte das Gericht gegen den Gendarm auf eine Geldstrafe von 30 M. eventuell 6 Tage Haft. Dem Beleidigten wurde außerdem Publikationsbefugnis zugesprochen.

Starre Ritter.

Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Berlin II begannen gestern die Verhandlungen in der Strafsache gegen den Starren Franz August Ernst Ritter aus Berder an der Ohbahn wegen Sittlichkeitsverbrechen. Der Angeklagte wird beschuldigt, in den Jahren 1896 bis 1905 in mindestens 20 Fällen 1. mit Personen unter 14 Jahren unzuchtiger Handlungen vorgenommen und dieselben zur Duldung unzuchtiger Handlungen verleitet zu haben (§ 176, 3 St.-G.-B.) und 2. durch dieselben Handlungen als Geistlicher mit seinen minderjährigen Schülern unzuchtiger Handlungen vorgenommen zu haben (§ 174.1). Der jetzt 45jährige Angeklagte ist, wie aus seinen Bekundungen zur Person zu entnehmen war, im 16. Lebensjahre vom katholischen Glauben zum evangelischen übergetreten. Er hat dann Theologie studirt, war von 1888 bis 1894 Pfarrer an der evangelischen Gemeinde zu Zinndorf und seitdem bis zum Jahre 1905 Pfarrer in Berder an der Ohbahn. Er hat sich im Jahre 1892 verheiratet, seine Ehe ist kinderlos geblieben. Der Angeklagte übte neben seiner seelsorgerischen Tätigkeit auch eine Art Heilpraxis aus, indem er bei vorkommenden Krankheitsfällen in seiner Gemeinde gern Rat und Hilfe gewährte. Bei der Ausübung dieser Heilpraxis soll er infolge perverter Veranlagung gestraucht sein und an einer großen Anzahl von Knaben, die seinen Konfirmationsunterricht besuchten, Handlungen vorgenommen haben, die der § 174 mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft. Der Angeklagte ist, als sich das Gewitter über ihn zusammenzog, nach Italien gegangen, hat es dann aber nach einiger Zeit vorgezogen, nach Deutschland zurückzukehren und sich der Behörde zu stellen. Dem Vernehmen nach hat er bisher zugegeben, die ihm zur Last gelegten Handlungen, von denen ein Teil bereits verjährt ist, beangangen zu haben, behauptet aber, daß nicht die Erregung der Wollust die Triebfeder seines Handelns gewesen sei, sondern die Abicht, die Knaben vor den verderblichen Folgen geheimer Sünden zu bewahren. Zu der Verhandlung sind ungefähr 50 Zeugen, darunter auch mehrere vom Rechtsanwält Dr. Berthauer geladene Zeugnisszeugen geladen. Als medizinische Sachverständige sind Sanitätsrat Dr. Gengmer, praktischer Arzt Dr. Wih. Klich, praktischer Arzt Dr. Schmel, Straußberg, Geheimrat Dr. Baer, Medizinalrät Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann, der Spezialarzt für Nervenerkrankten Dr. Placzek und der Leiter des wissenschaftlich-humanitären Komitees Dr. Magnus Hirschfeld anwesend. Auch ein Vertreter des Konfessionsrats trat der Verhandlung bei, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet.

Dem Angeklagten wurden im Laufe der Verhandlung glänzende Zeugnisszeugnisse vom Ambsorischer, vom Rittergutsbesitzer und Kirchenpatron und vom Superintendenten usw. erteilt. Der Angeklagte ist 1902 Kreislichulinsektor geworden und stand dicht vor der Ernennung zum Superintendenten. Die medizinischen Sachverständigen waren sich bezüglich des Geisteszustandes des Angeklagten nicht einig. Dr. Placzek, Dr. Magnus Hirschfeld, Sanitätsrat Dr. Gengmer und Dr. Flied hielten den § 51 St.-G.-B. in diesem Falle für anwendbar, die Medizinalräte Dr. Leppmann, Dr. Hoffmann und Herr Dr. Schmel schlossen sich dieser Ansicht nicht an und Geh. Rat Dr. Baer vermachte ein endgültiges Urteil ohne nach eingehender Beobachtung des Angeklagten nicht abzugeben. Staatsanwalt Graßhoff hielt alle 20 Fälle der Anlage für erwiesen und beantragte 4 Jahre Zuchthaus. — Der Verteidiger glaubte, daß 4 Fälle als unerwiesen ausscheiden müßten und beantragte die Freisprechung auf Grund des § 51, eben, aber die Einholung eines Obergutachtens des Medizinikolllegiums der Provinz Brandenburg.

Aus dem vom Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Kruppi gegen 8 Uhr verurtheilten Urteil des Gerichtshofes ist folgendes hervorgehoben: Durch die Beweisaufnahme ist festgestellt, daß der Angeklagte mit zwanzig Knaben unzuchtiger Handlungen verübt hat, die das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gründlich verletzen, mit irgend welchem medizinischen Interesse nichts zu tun hatten, sondern den Angeklagten nur wollüstig erregen

sollten. Der Angeklagte hat sich diejenigen Knaben ausgesucht, mit denen er glatte solche Sachen machen zu können, er hat sie, meist ohne jede Veranlassung, nach der Konfirmationsstunde, der französischen Stunde usw. zu sich bestellt und sie unstillig berührt. Sein Schulbewußtsein geht daraus hervor, daß er den Knaben verboten hat darüber zu sprechen und sie unter dem Mißbrauch des Namens Gottes gemißvernehmen eidlich binden wollte, indem er ihnen sagte: Gott hört alles! Was die Anwendung des § 51 betrifft, so hat der Gerichtshof aus dem ganzen Verlaufe der Verhandlung, aus seinen Familienverhältnissen usw. die Überzeugung gewonnen, daß der Angeklagte in der Richtung, in der sich sein Sexualleben bewegt hat, als geistig minderwertig zu betrachten ist. Die acht Gutachter haben übereinstimmend dargelegt, daß der Angeklagte erblich belastet ist in dem Sinne, daß sein Gefühlsleben zu seinem Nachteil ungünstig beeinflusst wird. Aber andererseits ist das Gericht nicht so weit gegangen, die freie Willensbestimmung als ausgeschlossen zu erachten, wenn auch die Widerstandsfähigkeit gegen die Anreizungen, denen der Angeklagte durch seine Veranlagung ausgesetzt ist, in recht erheblichem Grade vermindert ist. Nach Ansicht des Gerichtshofes standen dem Angeklagten in seinem Amte selbst, in dem Bewußtsein seiner Würde, in seiner Bildung usw. genügende Hemmungs Momente zur Verfügung, daß er bei gutem Willen und Anwendung von Energie die bösen Triebe hätte überwinden können. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden einerseits, daß der Angeklagte durch diese Verbrechen, die er in seiner Eigenschaft als Geistlicher begangen, die Würde seines Amtes schwer verletzt hat; andererseits aber sein im übrigen tadelloses Lebenswandel, seine ganze Persönlichkeit und seine verminderte Widerstandsfähigkeit. Deshalb ist unter Zustimmung mildernder Umstände auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis erkannt und drei Monate sind auf die Untersuchungshaft angerechnet worden. Der Angeklagte erklärt sich zum Antritt der Strafe bereit und dankt dem Gerichtshof für das milde Urteil.

„Fort mit der Liebe“.

Das eigentümliche Urteil des Landgerichts in München kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Das Schwurgericht beim Landgericht I in München hat am 13. Januar den Redakteur des „Simplizissimus“, Dr. Ludwig Thoma, (Peter Schlemihl), auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen von der Anklage der Verbreitung einer unästhetischen Schrift freigesprochen, aber dennoch auf Einziehung des Flugblattes (Beilage des „Simplizissimus“) „Fort mit der Liebe!“ und Unbrauchbarmachung der Formen und Platten erkannt. Es handelt sich in der genannten Schrift um den Kampf des „Simplizissimus“ gegen die bekannten Sittlichkeitsbestimmungen. Trotzdem das Landgericht auf Grund der abgegebenen Gutachten angenommen hat, daß das Flugblatt eine unzüchtige Schrift nicht sei, hat es auf Unbrauchbarmachung der Schrift erkannt, weil 100 000 Exemplare gedruckt seien und leicht in die Hände von Frauen und Kindern kommen und deren Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen könnten. — Die von dem Angeklagten eingelegte Revision richtete sich gegen die vom Urteile ausgesprochene Unbrauchbarmachung der beschlagnahmten Druckstriften sowie der Platten und Formen. Das Reichsgericht hob das Urteil in diesem Umfang auf und verwies die Sache insoweit an die Strafkammer zurück.

Vermischtes.

Unwetterchäden

werden aus vielen Gegenden des Reiches gemeldet. Es liegen heute folgende Nachrichten vor:

Frier, 15. Mai. Furchtbare Unwetter suchten die Umgegend heim. In dem weingebirgigen Auerthal haben die Rebentriebe so stark durch den Hagel gelitten, daß die Ausflüchten auf eine reiche Ernte geschwunden sind; ebenso hart ist die Obstblüte betroffen. In der Gaargegend haben die Feldfrüchte besonders gelitten; stellenweise sind ganze Felder abgeschwemmt. Zahlreiche Gebäude wurden durch Bligschläge eingestürzt.

Burgburg, 15. Mai. Ueber einen großen Teil Unterfrankens, namentlich den Haggau, den Rißingergau und den Dachsenfurtergau gingen heftige Gewitter mit Hagel nieder und richteten großen Schaden in den Weinbergen, der Winterfaat und den Obstgärten an. Es sind Menschen in dem Sturm umgelommen; auch hat der Wih viele Anwesen in Asche gelegt und Vieh erschlagen.

München-Gradbach, 15. Mai. In der letzten Nacht wurden infolge eines wolkenbruchartigen Gewitterregens die tiefer liegenden Stadtteile erheblich überschwemmt. Im Allgebiet fanden die Erdgeschosse mehrerer Häuser unter Wasser, so daß die Feuerwehre eingreifen mußte.

Auch aus dem Auslande kommen Nachrichten über schwere Gewitterchäden. Aus Wien wird telegraphirt: In der Gegend von Wsh hat ein Gewitter furchtbaren Schaden angerichtet. Im Dorfe Schidern wurden eine Wauerin mit Tochter vom Wih erschlagen. In Schnarrtanne schlug der Wih in ein Gehöft des Delonomen Schädlich, der getötet wurde; das Gehöft brannte nieder. In Pöbsten wurde der Stallschweizer vom Wih getötet. — In Belgien gingen gestern wolkenbruchartige Gewitter nieder und richteten an vielen Orten große Verheerungen an. Infolge eines Erdbebens wurde der Bahnverkehr von Brüssel nach Lüttich für längere Zeit unterbrochen. — Das rasche Steigen der Sambre bei Namur, wo zwei Personen ertranken, machte militärische Hilfeleistung notwendig. — In Lüttich hat ein heftiges Gewitter unbedenklichen Schaden angerichtet. In den Straßen stand das Wasser bis zur Höhe von 1 1/2 Meter. Die Zivillibrücke ist zusammengeführt.

Der Teufel Vitru hat schon wieder einen frommen Bruder in Christo gestürzt. Der Mitbegründer des ultramontanen Bayerischen Eisenbahnerverbandes und dessen langjähriger Obmann Währ in Bamberg hat sich erschossen, weil eine gerichtliche Untersuchung wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern gegen ihn schwebte. Der Selbstmörder war ein großer Gegner der „roten“ Gewerkschaften. Sein Lieblingspruch war: „Die Roten müßten alle vom Schinder (Hallemeister oder Abbecker) begraben werden.“ Auf dem Gebiet der Abbeckerie hat er sich nun erschossen. Seine frommen Mitbrüder, die sehr abergläubisch sind, werden vielleicht darin eine Strafe für seine Lieblingsredenart erblicken.

Ein Erdbeben. Benedic, 15. Mai. In Bellune sind infolge eines Erdbebens 23 Wohnhäuser eingestürzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Explosion eines Pulvermagazins. New York, 15. Mai. Im ganzen Staate Connecticut wurde gestern ein heftiges Erdbeben verspürt, veranlaßt durch die Explosion des Pulvermagazins von Bridgeport. Viele umliegende Häuser sind zerstört worden. Zahlreiche Personen wurden verletzt. 300 Personen sind obdachlos.

Der Vesuv ist aufs neue tätig. Neapel, 15. Mai. Der Vesuv legt seine Tätigkeit neuerdings fort. Er wirft rotglühende Asche und Sand aus. Gefahr ist nicht vorhanden.

Unwetter. Brüssel, 15. Mai. Durch das heftige Unwetter, das gestern in Lüttich, Löwen und in anderen Landesteilen gewüthet hat, sind mehrere Anflüsse mit tödlichem Ausgange herbeigeführt worden. Die Flüge zwischen Brüssel und Deutschland erleiden große Verspätungen.

Schiffsunfall. Der russische Dampfer „Leo“, von Vordeauz kommend, stieß in der letzten Nacht in der Nähe von Vauillac in der Girondemündung auf einen italienischen Dreimaster, der in der Gironde Anker geworfen hatte. Der italienische Dreimaster sank, sechs Mann ertranken.

In San Francisco herrscht jetzt eine fieberhafte Tätigkeit. Die ganze Stadt ist ein großer Bauplatz und lange Wagenzüge voll Baumaterial kommen täglich vom Osten an. Koch sind tausend fleißige Hände an der Arbeit, den Schutt und die Trümmer fortzuschaffen und schon wird neues Material verarbeitet. Viele Wiesenbauten aus Stahl und Stein werden entstehen; überall hört man von großartigen Plänen. Das Großhospital hat ein zu starkes

Interesse an dem Wiederaufbau von San Francisco, als daß es sich durch Erdbeben oder Feuersmacht zurückzusehen ließe. Die Grundeigentümer, Eisenbahn- und Handelsinteressen sind allein zu wertvoll, als daß man die zerstörte Stadt aufgeben könnte; sie allein sind das Risiko eines neuen großen Erdbebens wert. Die Banken haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen in schnell errichteten Holzhäusern und von vielen Tausenden von kleinen Leuten ist die Sorge genommen, daß sie ihr erspartes Geld verlieren würden; die großen Sparbanken zahlen aus und nehmen Einlagen an wie früher; allerdings ist die Höhe der Auszahlungen vorläufig eine begrenzte. Tausende kampieren noch im Golden Gate Park unter Zelten. Nach den Angaben der Bahngesellschaften haben 250 000 Menschen die Stadt verlassen. Je mehr die Aufräumungsarbeiten fortschreiten, desto klarer zeigt sich die grauenhafte Verwüstung, die Erdbeben und Feuer herbeigebracht haben. Eine Stadt von Ruinen! Und dazwischen regnet sich schon mächtig das neue Leben. Viele Verkaufsstände sind eröffnet worden, in Grundeigentum wird scharf spekulirt. Große Stationen für Verteilung von Lebensmitteln und Kleidern und auch besondere Speiseanstalten sind errichtet worden, wo jedermann freie Mahlzeiten erhält; eine Zeitung wurden täglich 350 000 Rationen verteilt. Es sind erst vier Wochen seit dem Tage des Erdbebens (18. April) verfloßen und es ist eine verhältnismäßig gute Ordnung wieder eingeleitet. Planmäßig arbeitet alles auf den schnellen Wiederaufbau der Stadt hin. Der Verkauf von alkoholischen Getränken ist nicht gestattet, was den Temperenzlern viele Freude bereitet. Für die Kinder werden Schulen schnell hergerichtet; es sind 29 Schulgebäude vollständig zerstört und 44 teilweise zerstört worden. Der Straßenbahnverkehr ist zu einem kleinen Teil wieder aufgenommen; für Beleuchtung, Wasser und Kanalisation wird täglich besser geforgt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gesäße: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorschub und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

C. N. 36. 1. Ja. 2. Wenn Sie nicht ausdrücklich aus dem Mietvertrag entlassen sind, haften Sie für die Miete weiter. — G. N. 2. 1. Falls nichts anderes vereinbart ist, beträgt die Kündigungsfrist für Beamten sowie für die mit höheren technischen Dienststellungen vertrauten Personen (Rechnungsführer, Bankkassier, Chemiker, Feldner oder dergleichen) sechs Wochen zum Quartalsablauf. Die Kündigung muß also spätestens am 17. Februar (im Schaltjahr am 18. Februar), am 19. Mai, am 19. August oder am 19. November zum 1. April, 1. Juni, 1. Oktober, 1. Januar erfolgt sein. 2. Nein. 3. An das Polizeipräsidium. — R. G. 50. Sie mühten anfragen, ob Sie in der Tat der Urheber sein sollen. Nehmen Sie das Geld an, so haben Sie es eventuell zurückzugeben. — G. N. 23. Das Freikauf. — G. N. 12. Der Vormund mühte das Urteil zwecks Vollstreckung dem Gerichtsvollzieher übergeben, der dem Stinde vom Gericht beigeordnet ist. — B. M. 8. Ist uns nicht möglich. — A. 1474. Eine Klage auf Überschuldung hätte nach dem von Ihnen Borgebrachten keine Aussicht auf Erfolg. Sie sollten ruhige Aussprache mit Ihrem Mann versuchen. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten ohne Anmeldung frei. — P. 71. Eine Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg. — C. W. Der Inhalt des Vertrages entscheidet. Sofern er ein Arbeitsvertrag ist, ist er demselbst. Keineswegs kann Ihnen die Genehmigung verweigert werden, weil Sie nicht in dem Kreise wohnen.

P. 29. In 30 Jahren. — G. P. 16. Zur Zahlung der 50 M. sind Sie verpflichtet. — W. Gahmann. Was hässliche und notwendige Veränderungen sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — R. P. 100. 1. Ein Richter liegt im Justizverbrechen, ein im Chemiker Kreise. Der Abgeordnete des ersten Kreises ist Genosse Goldstein, des Chemiker Kreises Genosse Koble. — M. S. 34. Der Vormund, nicht das Vormundschaftsgericht ist zur Recherche verpflichtet. Die rüchtdinglichen Elemente sind nachzugehen; sie sind auf Grund des Urteils vom Gerichtsvollzieher beizutreiben. — A. 24. 19. Bedenken Sie sich an den Handels- und Transportarbeiterverband, Einzelver 15. — G. N. 20. Ja. — Weisensee. Die Gratifikationsurteil ist entscheidend. — Tegernicerlandstr. 33. 3. Mai. — M. A. 99. 1. Ein Recht zum Eintritt in das Zimmer über Nacht haben Sie nur mit deren Erlaubnis. 2. Ohne Vertrag leben Güterleute auf einer Gütergemeinschaft; zweckmäßig ist ein Vertrag zur Ausdehnung des Mißbrauchrechts usw. Die anderen Fragen sind ohne genaue Darlegung nicht zu beantworten. — G. P. 115. 1. Nein. 2. Das wäre unethisch. — R. 2. Sie brauchen für Ihren Stiefsohn nicht aufzukommen. — R. N. 1502. 1. Ja, Dispens kann erteilt werden. Vom zurückgelegten 16. Jahre ab kann das Mädchen ohne Dispens heiraten. 2. bis 5. Straßfall liegt nicht vor. — 99 Reichsbergerstr. 9. — A. B. 40. An das Amtsgericht mühten Sie einen Antrag auf Festsetzung der Kosten richten. Den Beschluß mühten Sie dann zur Erzielung der Vollstreckungsmittel zurückzuführen und einen Gerichtsvollzieher mit der Inangriffnahme beauftragen. — G. S., Reichsbergerstr. 9. — R. 1. Wenn Ihr Mietvertrag nichts Entgegenstehendes enthält, sind Sie nicht erhaltlich. — P. 7. 53. 1. Ja. 2. Eine bestimmte Höhe ist nicht vorhanden. 3. Sie hat die doppelte Rechte wie zuvor. — C. C. 9. — 24. Mientalerstr. 9. Schriftliche Form genügt. — A. 303. 1. Es ist nur Vorunterschied möglich. 2. Sie mühten sich direkt mit einem Fabrikanten in Verbindung setzen. — S. 40. Wiederholen Sie Ihre Anfrage; eine Recherche ist unmöglich. — Wsh. Statistiks brauchen nicht angemeldet zu werden. — P. 7. Die Unspäthbarkeit besteht nur bei dem Lohnbeitrag bis 1500 M. jährlich. — B. 26. Besteht die Abicht, weiter erwerbstätig zu sein, so empfiehlt es sich, vom dem Recht auf Rückforderung seinen Gebrauch zu machen. Nach der den Fall, daß eine Ehefrau nicht erwerbstätig ist, kann sie ihr Rentenrecht dadurch aufrecht erhalten, daß sie mindestens 30 Renten innerhalb je 2 Jahren weiter kauft. — G. S. 39. Den Antrag auf Kostenersatzung mühten Sie an das Gericht richten. — G. P. 1890. 1. Ja. 2. Nein. — 888. 1. und 2. Ja. — G. H. 100. Sie mühten sich bei dem Vormundschaftsgericht oder bei der Fürsorgeanstalt erkundigen, es mag ein Uebereinstimmungsbescheid vorliegen. — G. N. P. 30. 200 Markten. Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Versicherung (Königsplatz Par 8) zu richten. — G. C. 20. Nein. — Auto. 1. Man kann sowohl als Nebenläger dem Straßverkehr beitreten, als eine Klotzlage an das Landgericht richten. 2. Sämtliche zum Nachlaß gehörige Sachen sind anzugeben. — A. G. 500. Sechs Wochen vor dem Quartal, also z. B. 19. Mai. — A. H. 06. 1.—4. Nein. — Torger. Sie sollten gegen den Richter Strafantrag wegen Körperverletzung stellen und außerdem gegen den Richter auf Schadenersatz im Zivilrechtswege klagen. Inwieweit Anbringung der Klage ist zu raten, sich das Armenrecht für Ihren Sohn erteilen zu lassen. Sie beantragen, zunächst bei dem Armenkommissionarsvater, Ihrem Sohn zu beschreiben, daß er nicht in der Lage ist, die Projektkosten zu tragen. Wenn Sie dann die Beschuldigung seitens des Magistrats erhalten haben, richten Sie an das Landgericht den Antrag auf Bemüßung des Armenrechts. In diesem Antrage legen Sie den Sachverhalt klar und geben die Beweismittel an. — Jürich 3000. Beides ist möglich. — G. N. 51. Eine Schadenersatzpflicht würde ausgesprochen werden, wenn der Richter zu der Annahme gelangt, daß ein Verschulden bei dem Umstehen der Walle vorlag. — P. G. 14. 1. Gerichtet Ihre Frau nicht und wird im Termin nicht vertreten, so muß Verjämnndsurteil ergehen. 2. Sie sind keinesfalls haftbar. 3. Soweit erhaltlich, liegt Verjährung seit dem 1. Januar d. J. vor. Auch Ihre Frau ist zur Zahlung nicht verpflichtet, wenn sie zu bewiesen in der Lage ist, daß sich der Scherbehalt so verhält, wie Sie ihn sich selbst, oder daß sie zur Zeit des Abschlusses minderjährig war. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — J. H. 12. Sind Sie vollständig, so haften Sie für die Zahlung aus dem Vertrage, nicht aber Ihr Mann. — G. S. 24. 1. Mutter und Kinder erben; die Mutter vermachte, als Vormund der minderjährigen Kinder, deren Erbschaft. 2. Ein schriftliches Testament ist erforderlich. 3. Nein, es sei denn, die Ehe ist vor 1900 in einem Gebiete der Gütergemeinschaft geschlossen. 4. Handelt es sich um großjährige Kinder, so können diese die Auseinandersetzung verlangen. 5. Nein. 6. liegt kein Testament vor und können keine güterrechtlichen Verhältnisse aus der Zeit vor 1900 in Betracht, so erben die Kinder drei Viertel, die Mutter ein Viertel. — B. 40. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, so beantragen Sie Abweisung der Klage und verlangen für den Fall, daß auf Herausgabe erkannt werden sollte, nur zur Herausgabe gegen die Zahlung des bereits von Ihnen Gezahlten zu verzichten. Eine angemessene Miteigentumsabgabe mühten Sie in Abrechnung bringen. — R. A. 61. Eine solche Anstalt kann die Versicherungsanstalt nicht erteilen. — R. S. 986. Die Beschaffung der Geburtsurkunde ist nicht erforderlich. — A. C. 100. Bedenken Sie sich an einen Arzt. — Schan 9. 39. — R. N. — Hensburg 6. 2. Grundsätzlich lehnen wir es ab, Geheiß, Kerse, Annahme zu empfehlen. Im Absehlender finden Sie die betreffenden Geheiß zusammengefaßt. — G. 13. In beiden Fällen ist es zweifelhaft, wie der Richter entscheiden würde. Es kommt darauf an, ob er annimmt, daß das durch den Phonographen erzeugte Geräusch ein übermäßig ist oder nicht.

P. 29. In 30 Jahren. — G. P. 16. Zur Zahlung der 50 M. sind Sie verpflichtet. — W. Gahmann. Was hässliche und notwendige Veränderungen sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — R. P. 100. 1. Ein Richter liegt im Justizverbrechen, ein im Chemiker Kreise. Der Abgeordnete des ersten Kreises ist Genosse Goldstein, des Chemiker Kreises Genosse Koble. — M. S. 34. Der Vormund, nicht das Vormundschaftsgericht ist zur Recherche verpflichtet. Die rüchtdinglichen Elemente sind nachzugehen; sie sind auf Grund des Urteils vom Gerichtsvollzieher beizutreiben. — A. 24. 19. Bedenken Sie sich an den Handels- und Transportarbeiterverband, Einzelver 15. — G. N. 20. Ja. — Weisensee. Die Gratifikationsurteil ist entscheidend. — Tegernicerlandstr. 33. 3. Mai. — M. A. 99. 1. Ein Recht zum Eintritt in das Zimmer über Nacht haben Sie nur mit deren Erlaubnis. 2. Ohne Vertrag leben Güterleute auf einer Gütergemeinschaft; zweckmäßig ist ein Vertrag zur Ausdehnung des Mißbrauchrechts usw. Die anderen Fragen sind ohne genaue Darlegung nicht zu beantworten. — G. P. 115. 1. Nein. 2. Das wäre unethisch. — R. 2. Sie brauchen für Ihren Stiefsohn nicht aufzukommen. — R. N. 1502. 1. Ja, Dispens kann erteilt werden. Vom zurückgelegten 16. Jahre ab kann das Mädchen ohne Dispens heiraten. 2. bis 5. Straßfall liegt nicht vor. — 99 Reichsbergerstr. 9. — A. B. 40. An das Amtsgericht mühten Sie einen Antrag auf Festsetzung der Kosten richten. Den Beschluß mühten Sie dann zur Erzielung der Vollstreckungsmittel zurückzuführen und einen Gerichtsvollzieher mit der Inangriffnahme beauftragen. — G. S., Reichsbergerstr. 9. — R. 1. Wenn Ihr Mietvertrag nichts Entgegenstehendes enthält, sind Sie nicht erhaltlich. — P. 7. 53. 1. Ja. 2. Eine bestimmte Höhe ist nicht vorhanden. 3. Sie hat die doppelte Rechte wie zuvor. — C. C. 9. — 24. Mientalerstr. 9. Schriftliche Form genügt. — A. 303. 1. Es ist nur Vorunterschied möglich. 2. Sie mühten sich direkt mit einem Fabrikanten in Verbindung setzen. — S. 40. Wiederholen Sie Ihre Anfrage; eine Recherche ist unmöglich. — Wsh. Statistiks brauchen nicht angemeldet zu werden. — P. 7. Die Unspäthbarkeit besteht nur bei dem Lohnbeitrag bis 1500 M. jährlich. — B. 26. Besteht die Abicht, weiter erwerbstätig zu sein, so empfiehlt es sich, vom dem Recht auf Rückforderung seinen Gebrauch zu machen. Nach der den Fall, daß eine Ehefrau nicht erwerbstätig ist, kann sie ihr Rentenrecht dadurch aufrecht erhalten, daß sie mindestens 30 Renten innerhalb je 2 Jahren weiter kauft. — G. S. 39. Den Antrag auf Kostenersatzung mühten Sie an das Gericht richten. — G. P. 1890. 1. Ja. 2. Nein. — 888. 1. und 2. Ja. — G. H. 100. Sie mühten sich bei dem Vormundschaftsgericht oder bei der Fürsorgeanstalt erkundigen, es mag ein Uebereinstimmungsbescheid vorliegen. — G. N. P. 30. 200 Markten. Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Versicherung (Königsplatz Par 8) zu richten. — G. C. 20. Nein. — Auto. 1. Man kann sowohl als Nebenläger dem Straßverkehr beitreten, als eine Klotzlage an das Landgericht richten. 2. Sämtliche zum Nachlaß gehörige Sachen sind anzugeben. — A. G. 500. Sechs Wochen vor dem Quartal, also z. B. 19. Mai. — A. H. 06. 1.—4. Nein. — Torger. Sie sollten gegen den Richter Strafantrag wegen Körperverletzung stellen und außerdem gegen den Richter auf Schadenersatz im Zivilrechtswege klagen. Inwieweit Anbringung der Klage ist zu raten, sich das Armenrecht für Ihren Sohn erteilen zu lassen. Sie beantragen, zunächst bei dem Armenkommissionarsvater, Ihrem Sohn zu beschreiben, daß er nicht in der Lage ist, die Projektkosten zu tragen. Wenn Sie dann die Beschuldigung seitens des Magistrats erhalten haben, richten Sie an das Landgericht den Antrag auf Bemüßung des Armenrechts. In diesem Antrage legen Sie den Sachverhalt klar und geben die Beweismittel an. — Jürich 3000. Beides ist möglich. — G. N. 51. Eine Schadenersatzpflicht würde ausgesprochen werden, wenn der Richter zu der Annahme gelangt, daß ein Verschulden bei dem Umstehen der Walle vorlag. — P. G. 14. 1. Gerichtet Ihre Frau nicht und wird im Termin nicht vertreten, so muß Verjämnndsurteil ergehen. 2. Sie sind keinesfalls haftbar. 3. Soweit erhaltlich, liegt Verjährung seit dem 1. Januar d. J. vor. Auch Ihre Frau ist zur Zahlung nicht verpflichtet, wenn sie zu bewiesen in der Lage ist, daß sich der Scherbehalt so verhält, wie Sie ihn sich selbst, oder daß sie zur Zeit des Abschlusses minderjährig war. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — J. H. 12. Sind Sie vollständig, so haften Sie für die Zahlung aus dem Vertrage, nicht aber Ihr Mann. — G. S. 24. 1. Mutter und Kinder erben; die Mutter vermachte, als Vormund der minderjährigen Kinder, deren Erbschaft. 2. Ein schriftliches Testament ist erforderlich. 3. Nein, es sei denn, die Ehe ist vor 1900 in einem Gebiete der Gütergemeinschaft geschlossen. 4. Handelt es sich um großjährige Kinder, so können diese die Auseinandersetzung verlangen. 5. Nein. 6. liegt kein Testament vor und können keine güterrechtlichen Verhältnisse aus der Zeit vor 1900 in Betracht, so erben die Kinder drei Viertel, die Mutter ein Viertel. — B. 40. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, so beantragen Sie Abweisung der Klage und verlangen für den Fall, daß auf Herausgabe erkannt werden sollte, nur zur Herausgabe gegen die Zahlung des bereits von Ihnen Gezahlten zu verzichten. Eine angemessene Miteigentumsabgabe mühten Sie in Abrechnung bringen. — R. A. 61. Eine solche Anstalt kann die Versicherungsanstalt nicht erteilen. — R. S. 986. Die Beschaffung der Geburtsurkunde ist nicht erforderlich. — A. C. 100. Bedenken Sie sich an einen Arzt. — Schan 9. 39. — R. N. — Hensburg 6. 2. Grundsätzlich lehnen wir es ab, Geheiß, Kerse, Annahme zu empfehlen. Im Absehlender finden Sie die betreffenden Geheiß zusammengefaßt. — G. 13. In beiden Fällen ist es zweifelhaft, wie der Richter entscheiden würde. Es kommt darauf an, ob er annimmt, daß das durch den Phonographen erzeugte Geräusch ein übermäßig ist oder nicht.

Wasserstand am 14. Mai. Elbe bei Ruffig + 0,19 Meter, bei Dresden — 1,23 Meter, bei Wagnsdorf + 1,22 Meter. — U. H. n. i. bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Rathbor + 1,35 Meter, bei Weeslau Oberpegel + 5,01 Meter, bei Weeslau Unterpegel — 1,00 Meter, bei Frankfurt + 1,54 Meter. — Rhein bei Draßenthal + 3,95 Meter. — Saale bei Hofen + 0,62 Meter.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen hesehäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers großem Saal,
Koppen-Strasse Nr. 29:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen zum Anschluss an den Deutschen Holzarbeiter-Verband?

2. Diskussion. 3. Beschlußfassung.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Mitglieder Ehrenpflicht.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Mitgliedsbuch ist beim Eintritt vorzuzeigen.

75/12

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Hammer 34, Amt IV, 2353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Friedrichshain (Vipp), am Königs-Tor:

Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

Bericht über den neuen Tarif.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr,
im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42:

Versammlung sämtlicher

Ausgesperrter der A. E.-G., Brunnen- u. Voltastr.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu der am Sonntag, den 13. Mai, in den „Germania-
Festhällen“, von denen die am 1. Mai gearbeitet haben, gefassten Resolution.

Donnerstag, den 17. Mai 1906, abends 6 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Reinickendorf, Ost und West im Lokale von Emil Kirsch, Marktstr. 2/3.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Nervenleiden als Berufskrankheit“.
Referent: Dr. Will Plöner. 2. Stellungnahme zur Gewerkschafts-Kom-
mission. 3. Verschiedenes.

Zur zahlreicheren und pünktlichen Erscheinung wird ersucht.

Donnerstag, den 17. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg im „Vollshaus“, Rosenstraße 3 (Kleiner Saal).

Tages-Ordnung:

1. „Die Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften“.
Referent: Kollege Hantske. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 17. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Elektromonteur u. Hilfsmonteur Berlins u. Umg. in Frankes Festhällen, Seebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ritter: „Die kulturelle Bedeutung
der Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegen-
heiten. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Metallarbeiter Lichtenbergs u. Umgegend.

Donnerstag, den 17. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Protest-Versammlung im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5.

Tages-Ordnung:

1. „Die Polizei als Agitator für den Metallarbeiter-
Verband“. Referent: Genosse Redakteur Düwel. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Zur Beachtung!

Auf Beschluss des Vorstandes (siehe Nr. 18 der „Metall-
arbeiter-Zeitung“) wird vom 13. Mai ab ein Extrabeitrag
von wöchentlich 25 Pfennig von den männlichen Mitgliedern
erhoben. Der wöchentliche Beitrag beträgt somit für die Mit-
glieder der Verwaltungsstelle Berlin, von der 20. Beitrags-
woche ab, bis auf weiteres 85 Pfennig pro Woche.
110/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Beizer! Möbelpolierer! Achtung!

Donnerstag, den 17. Mai, abends 6 1/2 Uhr, bei Kubat,
Blumenstr. 35:

Versammlung der in Möbelgeschäften, Lagern, Betrieben und anderen Räumen beschäftigten Beizer, Möbelpolierer und anderer Hilfsarbeiter

der Bezirke O. und NO.

Tages-Ordnung:

1. Feststellung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beizer und
Polierer in genannten Betrieben. 2. Wie ist es möglich, dieselben zu ver-
bessern? 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Die Kommission O.
NB. Die Kollegen, welche noch Dampfscheine abzurufen haben,
werden ersucht, diesem sofort nachzukommen.
65/19

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Zweien erschienen:

Wilhelm Liebknecht Sein Leben und Wirken.

Unter Benutzung ungedruckter
Briefe und Aufzeichnungen
herausgegeben von

— Kurt Eisner. —

Zweite erweiterte Auflage mit Vor-
worts und Abbildungen in künstle-
rischer Ausführung. 104 Seiten. Kar-
toniert. Preis 60 Pf.
In besserer Ausstattung 1,50 M.

Sie bringen ferner die

Schriften Liebknechts

in empfehlende Erinnerung:

Der Leipziger Hochverrats-Pro-
zess wider Hebel, Liebknecht und
Höppner. Mit einer historischen Ein-
leitung von W. Liebknecht.
Gebd. 5,50 M.

Wissen ist Macht — Macht ist
Wissen! Neue Auflage mit einem
Vorwort von K. Eisner. 30 Pf.

Kein Kompromiß, kein Wahl-
bündnis. 10 Pf.

Hochverrat u. Revolution. 30 Pf.

In Truth und Scham. Festschrift,
gehalten zum Stiftungsfest des
Gammelhäuser Volksvereins am
22. Oktober 1871. 6. Auflage.
25 Pf.

(Setzt in allgemein verständlicher
Form die Ziele und die Welt-
anschauung der Sozialdemokratie
dar.)

Heber die politische Stellung der
Sozialdemokratie, insbesondere
mit Bezug auf den Reichstag. Ein
Vortrag, gehalten in einer öffent-
lichen Versammlung des demo-
kratischen Arbeitervereins zu Berlin
am 31. Mai 1889. Mit Vorwort
und einem tragikomischen Nachspiel.
Neue Auflage. 15 Pf.

Karl Marx zum Gedächtnis. Ein
Lebensabriß und Erinnerungen.
75 Pf.

Robert Owen. Sein Leben und
sozialpolitisches Wirken. Zwei aus-
gezeichnete Essays. Mit zwei Ab-
bildungen. 30 Pf.

Zum 18. März und Verwandtes.
20 Pf.

Rede über den Kölner Partei-
tag mit besonderer Berücksichtigung
der Gewerkschaftsbewegung. 25 Pf.

Was die Sozialdemokraten sind
und was sie wollen. 25 Pf.
Gremdwörterbuch. Geb. 3,20 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68

Laden, Lindenstr. 69 Laden.

143/10*

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, daher muß
ein jeder pünktlich erscheinen.
Der Sektionsvorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Fliesenleger.

Achtung! Achtung!

Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen,
Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Regelung der Beitragszahlung der Sektion.
2. Gewerkschaftliches.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, daher muß
ein jeder pünktlich erscheinen.
Der Sektionsvorstand.

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

Ortsverein Berlin. Abteilung I und II

Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung vom VII. Kongress. 2. Dis-
kussion. 3. Wichtige Vereinsangelegenheit.
Der Vorstand.

203/19



Sommer- Joppen

für Herren.

4 Sonder-Angebote

Grünlicher Baum-
wollstoff, waschbar 85 Pf.

Schwarz-weiß
verschwommene
Muster 1 M. 75

Praktische graue
Lodenstoffe 2 M. 60

Vorzügliche graue
satinierete Wasch-
stoffe 3 M. 30

Lüster- Jacketts

für Herren.

4 Sonder-Angebote

Schwarz
Lüster 2 M. 25

Schwarz-weiß
gestreifter
Lüster 2 M. 50

Schwarzer
Diagonal-
Lüster 2 M. 90

Grau Köper-
Lüster 3 M. 30

Herren-Westen-Gürtel Sehr angenehme, leichte und
luftige Tragart, 3,75, 3,50 95 Pf.
2,75, 2,50, 2,25, 1,90, 1,40

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Engel-Ufer Nr. 15, Zimmer 36 III. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 9720.

Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Hafensheide 108/114:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom ersten Quartal 1906. 2. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.
Da die Tagesordnung eine wichtige ist, so muß ein jeder Kollege in dieser Versammlung erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. 124/3 Die Ortsverwaltung.

Hutmacher!

Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in „Dräsel's Festhällen“, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme des Hauptvorstandes zu dem hiesigen Arbeits-
nachweis und dem Antrag nach Berlin trotz der großen Arbeits-
losigkeit am hiesigen Orte. Referent: Kollege Metzke aus Alten-
burg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in dieser Versammlung!
294/7 Der Vorstand.

Achtung! Rohrer.

Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexander-Str. 27c:

Öffentliche Versammlung

der Rohrer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 145/7
Die Kommission.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!

M. Buize, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Noch einmal „Partei und Meisfeier“.

In Nr. 111 des „Vorwärts“ bringt der Genosse Cohen eine Erklärung, in der er seine Behauptung: „die Partei verhielt sich hinter die Gewerkschaften“, dadurch „beweist“, daß er erzählt, er hätte sie schon einmal zu dem Genossen Gerisch geäußert. Dann heißt es zum Schluß: „Für die Richtigkeit meiner Behauptung kann ich jederzeit Beweise erbringen.“

1. Am Freitag, den 4. Mai, vormittags, ersuchte der Genosse Cohen die Vertreter des Parteivorstandes und des Berliner Aktions-Ausschusses, mit ihm Mittel und Wege zu suchen, um den Ausschluß der Nichtfeiernden zu verhindern. Am Sonnabend früh äußerte er zu dem Genossen Ernst, wie er später selbst zugab: „Siehst Du, jetzt tritt das ein, was ich vermeiden wollte, jetzt kommen die Anträge auf Ausschluß der Nichtfeiernden.“

2. Am Freitagabend wird dem Genossen Cohen der Bescheid, daß der Parteivorstand und Zentralvorstand von Berlin für die Ausschließung materieller Hilfe bringen wollten, das Vorgehen der Nichtfeiernden scharf verurteilen, sich aber mit der Frage des Ausschusses aus der Gewerkschaft, als in innere Angelegenheiten des Metallarbeiterverbandes, nicht einmischen können, und am demselben Abend erzählt der Genosse Cohen der engeren Ortsverwaltung:

„Der Parteivorstand hat erklärt, die Durchführung der Meisfeier sei eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit“ und in der Versammlung vom Montag erzählt er:

„Sie (d. h. die Parteifunktionäre) hätten sich hinter der Androhung verschämt, die Durchführung der Arbeiterruhe am 1. Mai sei lediglich eine gewerkschaftliche Angelegenheit.“

3. Am Freitag früh erklärt Parteivorstand und Aktionsausschuß: „Wir helfen dem Verband die finanziellen Opfer der Meisfeier tragen“ und am Freitagmittag erklärt der Genosse Cohen den Vertrauensleuten von Ober-Schöneweide:

„Von der Partei habt Ihr keinen Tag zu erwarten.“

4. Am Sonnabend früh erhält der Genosse Cohen schriftlich die Erklärung des Parteivorstandes, dessen erster Teil wörtlich lautet: „Der Parteivorstand erklärt, daß er auf Grund der Verhandlungen, die er feierzeit mit der Generalkommission der Gewerkschaften, die Meisfeier betreffend geführt hat, bereit ist, falls der Metallarbeiterverband ihn darum ersucht, die finanziellen Opfer, welche die diesjährige Meisfeier dem Verband auferlege, nach Möglichkeit tragen zu helfen“, und am Montag erklärt er den Vertretern von Ober-Schöneweide höhnisch:

„Wenn Ihr von der Partei 1000 Mark losmachen könnt, dann könnt Ihr mehr wie Brot essen.“

Am Dienstag aber muß der Genosse Cohen in Gegenwart derselben Vertreter zugeben, daß ihm am Freitag materielle Hilfe zugesagt wurde, so daß die Mitglieder der Deputation ihm ins Gesicht erklärten: „Dann ist heute festgelegt, daß der Kollege Cohen uns angelogen hat.“

5. Als die Vertreter des Metallarbeiterverbandes am Freitagabend die Sitzung verlassen wollten, hat sie der Vorsitzende, nach einem Augenblick zu verweilen, und es wurde dann in ihrer Gegenwart vom Parteivorstand und Zentralvorstand von Berlin einstimmig beschlossen: „Die Partei ist bereit, betreffs der Meisfeier sofort Parteimittel zur Verfügung zu stellen“ und in Nr. 111 des „Vorwärts“ erklärt der Genosse Cohen:

„Ob der Parteivorstand von Berlin jederzeit bereit war, die wegen der Meisfeier Ausgesperrten sofort mit Parteimitteln zu unterstützen, weiß ich nicht. Besagt hat man es mir auch nicht.“

Wir können leider zur Entschuldigung des Genossen Cohen nicht annehmen, er wisse morgen nicht mehr, was er heute getan, sondern glauben, er wußte, daß er die Unwahrheit behauptete. Wir geben uns auch nicht der Hoffnung hin, daß er jetzt seine Manipulationen zugibt, daran hindert ihn seine absolute Feindschaft gegen alle Wahrheit und Klarheit. Aber den Genossen wollten wir zeigen, welche Kühnheit der Genosse Cohen im Behaupten und Betweihen hat.

Der Aktions-Ausschuß.

Der Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Leipzig, 14. Mai. (Glg. Ber.)

Der Kampf ist mit heute, als dem ersten Tag der achten Woche wiederum in ein neues Stadium getreten und die Situation hat sich ganz bedeutend verschärft!

Stützend auf die Resolution der Halle'schen Konferenz vom 29. April erklärten die vereinigten Unternehmer auf der Basis derselben sich zu Verhandlungen bereit. Nachdem im Laufe der vorherigen Woche zwei Gesellschaften im allgemeinen bestreidende Zugeständnisse gemacht hatten, wurde dies den übrigen Betriebsverwaltungen mitgeteilt, mit dem Bemerkten, daß auf Grundlage jener Zugeständnisse mit den übrigen Gesellschaften weitere Verhandlungen geführt werden könnten. Wenn dabei einheitliche Verbesserungen herauskämen, könnte die Wiederaufnahme der Arbeit, also ein dauernder Friede, erfolgen.

Gewissermaßen als Antwort hierauf erfolgte eine Bekanntmachung — und zwar ausgerechnet am Sonnabend nachmittag der vorherigen Woche! — in der alles abgelehnt wurde resp. als ein Irrtum beruhend hingestellt wurde. Der Erfolg auf diesen Schachzug blieb freilich aus und die Arbeiter hielten an darauffolgenden Montag nicht an. Wohl aber begannen am Dienstag Verhandlungen zwischen den aus der Mitte der Streikenden gewählten Kommissionen und den Betriebsverwaltungen. Das Ergebnis derselben war im allgemeinen befriedigend. Einige Werke des Mittelweiser Reviers hatten sich allerdings bodenmäßig gestellt, doch kamen diese für das gesamte Streikgebiet kaum in Betracht.

Als die Situation geklärt, fanden am Donnerstag, den 10. Mai, für das gesamte Streikgebiet sechs Massenversammlungen statt. In jenen Versammlungen wurde einer Resolution begeistert zugestimmt, welche ausdrückte, daß die mündlich gegebenen Zugeständnisse in verbindlicher Form schriftlich zum Ausdruck gebracht werden möchten und die Hebertagearbeiter noch einer geringen Aufbesserung ihrer Löhne bedürftig seien.

Am nächsten Tage, dem Freitag voriger Woche, fanden dann weitere Verhandlungen mit den Betriebsverwaltern statt. Die gesamte

Bürgerliche Presse schrieb bereits, daß mit der Aufnahme der Arbeit am Montag bestimmt zu rechnen sei.

Inzwischen sind die im Leipzig-Weißensefelder Bergwerksverein und im Verein für bergbauartige Interessen organisierten Unternehmer zu einer Konferenz in Leipzig, Hotel Haupte, zusammengetreten. Zweifellos haben bei der Konferenz die Scharfmacher, Herren Fabian und Konforten, die Oberhand gewonnen! Den Kommissionsmitgliedern war versprochen worden, sie sollten sich die schriftlichen Bescheide am Sonnabend abholen. Schon die Art, wie sie bei der Gelegenheit behandelt wurden, ließ nichts Gutes vermuten. Stellenweise war die Behandlung geradezu brüsk und brutal! Es wurde ihnen bedeutet, sie möchten sich die schriftlichen Zugeständnisse auf dem Werke abschreiben. Dort hatte man aber folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Abgesandte der Ausständigen unserer Belegschaft haben wegen etwaiger Zugeständnisse bei uns angefragt. Es ist ihnen erklärt worden, daß sie nichts anderes zu erwarten hätten, als was ihren arbeitenden Kameraden gegeben oder in Aussicht gestellt ist. Insbesondere wird betont, daß ein Mindestlohn oder ein Durchschnittslohn im Bedingte nicht garantiert wird, daß die Schichtlöhne eine weitere Aufbesserung als geschieden oder in Aussicht gestellt ist, zur Zeit nicht erlangen können. Wahregelungen wegen Beteiligung am Auslande nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht in Aussicht genommen sind, daß die zugelegte Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage eingeführt werden soll, sobald und sofern die technischen Einrichtungen es gestatten (!) und die Belegschaft es in ihrer Mehrzahl verlangt, daß etwaige Wünsche auf Abänderung der Arbeitsordnung auf dem gesetzlichen Wege behandelt werden sollen. Außerdem wird bekanntgemacht, daß jedem Arbeiter sofort gelündigt wird, der andere Arbeiter wegen Nichtbeteiligung am Auslande belästigt, bedroht oder beschimpft. (Unterschriften.)

Mehrere Gesellschaften, so die Sächsisch-Thüringische und die Waldauer Gesellschaft hatten ihre separaten Zugeständnisse zwischen den Zeilen dieses Blattes handschriftlich hingebracht. Offenbar ist ihnen im Hinblick auf die Wirkungen, die jene Wünsche auf die Ausständigen ausüben müßten, selbst bange geworden!

Die Empörung unter der Arbeiterschaft machte sich denn auch in der Tat in elementarer Weise Luft. Die gestrigen Massenversammlungen in den Revieren waren wieder überfüllt. Nach den einleitenden Referaten verlangten die Bergleute stürmisch die Fortsetzung des Streiks, die denn auch allenfalls einstimmig beschlossen wurde! Draußen aber tobte und gürte es in den Straßen und auf den Wegen gerade so, wie zu der Zeit, als der Verrat des Dirsch-Dunderlachs Gewerksvereins offenkundig wurde.

Die positive Wirkung der Bekanntmachungen ersah man heute morgen: Nirgendes Streikbrecher, wohl aber eine Erhöhung der Streikenden! Selbst die bürgerliche Presse gibt ohne weiteres zu, daß die Zahl der Streikenden heute höher ist als je zuvor. Diese selbe Presse klautert aber im gleichen Atemzuge, daß die Mittel des Bergarbeiterverbandes erschöpft seien. Dem wird aber vom Bergarbeiterverband selbst auf das Entschiedenste entgegengetreten. An der finanziellen, der Unterstüßungsfrage scheitert der Streik nicht und wenn er noch lange so dauern sollte!

Verbandstag der Schmiede.

Berlin, 15. Mai.

Die heutige Sitzung begann mit einer Debatte über den Anschluß des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen an den Metallarbeiterverband. Anlaß dazu gab ein Antrag der Zahlstelle Halle, welcher den Anschluß verlangt, sowie ein Antrag der Zahlstelle Altona, welcher Einigungsverhandlungen zwischen beiden Verbänden zum Zweck der Verschmelzung befürwortet.

Schon in der ersten Sitzung, als darüber diskutiert wurde, ob man die Anschlußfrage überhaupt auf die Tagesordnung setzen solle, zeigte sich, daß die Mehrheit des Verbandes nicht für den Anschluß an den Metallarbeiterverband ist. Man beschloß aber doch, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, weil eine Aussprache darüber erwünscht sei und auch die Gegner der Verschmelzung keine Ursache hätten, der Diskussion aus dem Wege zu gehen.

In der heutigen Sitzung kam die Verschmelzungsfrage als besonderer Punkt zur Erörterung. Weigelt-Altona begründete den Antrag seiner Zahlstelle und trat für die Verschmelzung ein. Als Gründe dafür mochte er unter anderem geltend: Die Konzentration des Kapitalismus erfordere auch auf Seiten der Arbeiter feste Organisationen, es sei deshalb der Anschluß der Berufsorganisationen an die großen Industrieverbände zu betreiben, die in jeder Hinsicht leistungsfähiger seien als die Berufsorganisationen. Auch in der Partei mache sich eine entschiedene Stimmung für diese Entwicklung der Gewerkschaften bemerkbar. Für die Schmiede sei die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband besonders auch deswegen eine Notwendigkeit, weil sie schon in größerer Zahl dem Metallarbeiterverband angehören. Durch die Verteilung der Schmiede auf zwei Organisationen werde eine Zersplitterung bewirkt, die für die Agitation sowie für die gewerkschaftliche Tätigkeit sehr hinderlich sei. — Mit ähnlichen Gründen befürworteten auch andere Redner die Verschmelzung.

Die meisten Redner traten gegen die Verschmelzung ein. Nicht weil sie grundsätzlich für die Erhaltung von Berufsorganisationen sind, sondern vielmehr deshalb, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Anschluß nicht für ratsam halten. Die Entwicklung, die der Schmiedeverband in den letzten Jahren genommen habe, beweise, daß die Berufsorganisation die Interessen der Kollegen in wirksamer Weise vertreten habe und auch in Zukunft vertreten werde. Es sei durchaus nicht betriebsfremd, daß die Interessen der Schmiede durch den Metallarbeiterverband besser vertreten werden können wie durch den Schmiedeverband. Nach den bisherigen Erfahrungen müsse man sogar das Gegenteil für richtig halten. Im allgemeinen könne nicht zugegeben werden, daß der Metallarbeiterverband leistungsfähiger sei wie der Schmiedeverband, habe doch der Metallarbeiterverband in letzter Zeit den Unternehmern gegenüber nicht so aufzutreten können, wie man es im Interesse der Arbeiter wünschen möchte. Die Schmiede arbeiten zum großen Teil bei Kleinmeistern und in kleinen Orten. Der Metallarbeiterverband sei aber in der Hauptsache auf Großstädte und Großbetriebe zugeschnitten. Für die Schmiede sei deshalb ihre eigene Berufsorganisation die beste Interessensvertretung. Es habe den Anschein, als ob auf dem nächsten Gewerkschaftskongress den Berufsverbänden klar gemacht werden soll, daß sie kein Recht haben, weiter zu bestehen. Sollte vielleicht versucht werden, durch Zwangsmittel die Berufsorganisationen in die Industrieverbände zu zwingen, so würde das verbitternd wirken und sicher nicht den gewünschten Erfolg haben.

Die Voruntersuchung wurde durch diese Debatte vollständig ausgefüllt. Nachstehende Resolution wurde hierzu angenommen:

Die 10. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede kann sich mit den Anträgen der Zahlstellen Altona und Halle zwecks Hebertage mit Metallarbeiterverband nicht einverstanden erklären; sie betrachtet die Berufsorganisation als diejenige, welche die größte Verletzlichkeit der Unorganisierten gegenüber besitzt, andererseits dem Unternehmertum dieselbe Widerstandsfähigkeit bietet wie der angestrebte Industrie-

verband. Die Generalversammlung geht von dem Grundjah aus, daß die Kollegialität und Solidarität die Grundpfeiler jeder Organisation sind, diese Eigenschaften aber in der Berufsorganisation ebenso zum Ausdruck gebracht werden können wie im Industrieverband.

Das so oft hervorgehobene notwendige Zusammenarbeiten der Gewerkschaften kann durch die örtlichen Komitee einerseits, wie durch die Generalkommission der Gewerkschaften andererseits genügend zur Ausführung gelangen.

In der Nachmittags-Sitzung fand die Erörterung des Unterstüßungswesens auf der Tagesordnung. Es handelt sich bei diesem Punkt um die vom Vorstand beantragte Ausdehnung der im Verband bestehenden Arbeitslosenunterstützung auf die Krankheitszeit der Mitglieder, was als Erwerbslosenunterstützung bezeichnet wird. Diefelbe wurde vom Referenten Seeger-Düsseldorf empfohlen, vom Korreferenten Baxner-Berlin bekämpft und dann folgte eine eingehende Debatte, die am Schluß der Sitzung noch nicht beendet war. Die Referenten der Erwerbslosenunterstützung betonten namentlich, daß dieselbe im Interesse der Gewinnung neuer Mitglieder notwendig sei, und auch, damit den Mitgliedern der kleinen Orte, die nicht Gelegenheit haben, die schon bestehenden Unterstüßungen in Anspruch zu nehmen, etwas geboten werde. — Die Gegner dieser Unterstüßung machten geltend, daß eine zu weite Ausdehnung des Unterstüßungswesens die Gewerkschaften verflache, es müsse in erster Linie auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Bedacht genommen werden.

Versammlungen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Donnerstag eine Generalversammlung der Zahlstelle Berlin ab. Aus dem vorliegenden Kostenbericht für das erste Vierteljahr ist ersichtlich, daß die Hauptlaste eine Einnahme von 97 655,45 M. und eine Ausgabe von 117 760,80 M. verzeichnet. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 884 830,31 M. und eine Ausgabe von 61 040,14 M. — Von den Aufwendungen, welche aus der Haupt- und der Lokalkasse zusammen für das Unterstüßungswesen gemacht wurden, kommen auf die Arbeitslosenunterstützung 85 306 M., Streik- und Wahregelungsunterstützung 34 662 M., sonstige Unterstüßungen 3850 M. — Aus dem mündlichen Bericht des Kassierers Riefe ist zu ersehen, daß an Beiträgen im ersten Vierteljahr 10 380 M. mehr eingegangen sind als im vierten Quartal des Vorjahres. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des ersten Vierteljahres um 1908 gestiegen und betrug am Quartalschluß 24 058. Der Vorstandbericht, den der Vorsitzende Glocke erstattete, gibt einen Heberblick über die geschäftliche Tätigkeit der Ortsverwaltung. Im Laufe des Quartals fanden statt: 2 Generalversammlungen, 2 Gesamtvertrauensmännerversammlungen, 95 Vertrauensmännerversammlungen in Bezirken und Branchen, 84 Branchenversammlungen, 23 Mitgliederversammlungen in den Bezirken, 19 Verwaltungssitzungen, eine kombinierte Versammlung der Kontrollkommission. — Die Verwaltung beschäftigte sich in den Sitzungen unter anderem 235mal mit Werkstattstreiks und Lohnbewegungen, 86 mal mit Wahregelungen.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Raab. Die Kommission zählt 421 Mitglieder und hielt 250 geschäftliche und 1730 Besatzsitzungen ab. — Nachdem Minger über den Verbandsarbeitsnachweis und die Bibliothek berichtet hatte, erstattete Glocke den Bericht über den paritätischen Arbeitsnachweis. Auf dem Randweil wurden 2236 Arbeitssuchende eingeschrieben, 7037 Arbeiter wurden verlangt und 4889 Stellen besetzt.

Als nächster Punkt stand die Wahl von einigen Angestellten der Ortsverwaltung auf der Tagesordnung. Diefelbe ist dadurch erforderlich geworden, daß ein Teil der Angestellten die Kündigung eingereicht hat. Der Grund der Kündigung ist der, daß in der Generalversammlung am 11. März, wo die Gehaltserhöhung zur Debatte stand (die später durch Urabstimmung abgelehnt wurde), Vorwürfe gegen die Angestellten erhoben worden sind, welche dieselben als Ausdruck des Mißtrauens auffaßten und daraus die Konsequenz zogen, ihre Ämter zu kündigen. — Nach längerer Debatte wurde hierzu beschlossen: Die Generalversammlung nimmt von der Kündigung der Beamten Kenntnis. Sie bedauert die gegen die Angestellten gehaltenen persönlichen Angriffe der Generalversammlung am 11. März und ersucht die Beamten, im Interesse des Verbandes bis auf weiteres ihre Funktionen auszuüben. — Ein anderer Antrag, der fast einstimmig angenommen wurde, besagt, daß bei der nächsten Renewal der Angestellten die Gehälter derselben festgelegt werden sollen.

Nachdem diese Beschlüsse gefaßt waren, nahmen die Angestellten ihre Kündigung zurück, nur der Arbeitsvermittler Sidfeld hielt die Kündigung aufrecht mit der Begründung, die Schmiede Mehrheit, welche den ersten Antrag angenommen habe, biete keine Gewähr dafür, daß die Angestellten das Vertrauen der Mehrheit aller Mitglieder haben. — Es wurde nun an Stelle Sidfelds eine Renewal vorgenommen. Aus derselben ging Fehner als gewählt hervor.

Hierauf sprach Glocke über den bevorstehenden Verbandstag. Er erwähnte zuerst einen Antrag des Vorstandes, wonach die Krankenunterstützung, die gegenwärtig nur von einigen Zahlstellen eingerichtet ist, für den ganzen Verband eingeführt werden soll. Für diesen Zweck macht sich natürlich eine Beitragserhöhung notwendig. Der Verbandsvorstand beantragt deshalb, den Wochenbeitrag von 35 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen, wovon 10 Pf. für die Krankenunterstützung verwendet werden sollen. Ferner besprach der Redner mehrere von der Ortsverwaltung Berlin gestellte Anträge. Der wichtigste derselben betrifft die Meisfeier. Er geht von dem Gedankten aus, daß die Arbeiterruhe die würdevollste Form der Meisfeier ist und verlangt deshalb eine einseitige, für den ganzen Verband geltende Regelung der Meisfeier. In der Begründung des Antrages betonte Glocke auf die bekannten Folgen der Meisfeier bei den Arbeitern der A. C. G. und bemerkte, die Verzerrung, welche dort hervorgerufen sei, habe in der nicht korrekten Haltung der Leitung des Metallarbeiterverbandes ihre Ursache. Bei dieser Gelegenheit habe sich gezeigt, welche Verzerrung dadurch entstehen könne, daß es in einer großen Organisation an allgemein gültigen, verbindenden Bestimmungen betreffs der Meisfeier fehle. Der Verbandstag der Holzarbeiter müsse zur Meisfeier Stellung nehmen und eine Regelung Glocke erwünschten Antrages, wor diese Angelegenheit erledigt, derselben eintreten lassen. — Nach einer kurzen Besprechung der von

Der Löhnerverband (Zentralstelle Berlin) hielt am Freitag in Stellers Saal eine verhältnismäßig leicht besuchte Mitgliederversammlung ab, wofür Genosse Düwelle über „Partei und Gewerkschaften“ sprach. Redner entwarf in großartig-maximalen Strichen ein Bild von der Struktur der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, welche die moderne Arbeiterbewegung gezeitigt hat, und erläuterte dann eingehend die Aufgaben der Gewerkschaften sowie die Aufgaben der Partei. Hieraus ergab sich dann als notwendige Schlussfolgerung, daß die Partei und die Gewerkschaften, als gemeinsame Verkörperung der großen sozialistischen Arbeiterbewegung, auf das engste zusammengehören, obwohl sie ihrer verschiedenen Gegenwartsaufgaben wegen getrennt marschieren müssen. Aus diesen Gründen müsse sich auch jeder Gewerkschaftler bewußt werden, daß die Endziele der Arbeiterbewegung — die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei durch Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung — nur durch gemeinsames Zusammenwirken beider Faktoren zu verwirklichen sind. Der Vorstand fand den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. — In der Diskussion bekundeten Wilhelm Kemnitz und Kaz Schenck ihr volles Einverständnis mit dem Referenten. Duhn schloß sich dem ebenfalls an mit dem Bemerkten, daß dieser Vortrag dem Zahlen und Empfinden der Berliner Löhner zweifellos ungleich besser ent-

Proben habe, wie der kürzlich über dasselbe Thema gehaltene Vortrag des Vereines Genossen Brückner. Leider habe es sich innerer Organisationsangelegenheiten wegen nicht ermöglichen lassen, die geplante Debatte über den Brücknerschen Vortrag herbeizuführen, sonst wäre dem damaligen Referenten, der jetzt durch seine bekannte Schreiberin über die Genossin Luxemburg eine Art trauriger Verhütung erlangt habe, wohl kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die überwiegende Mehrheit der Berliner Töpfer seinen Standpunkt nicht zu teilen vermag. Gleichzeitig wolle er aber auch die Gelegenheit benutzen, um Kritik zu üben an der Schreibweise des Redakteurs Schmidt vom Verbandsorgan der Töpfer, der in ähnlichem Sinne gegen Kautsky und die Genossin Luxemburg geschrieben habe, wie Brückner in seiner Zeitschrift für Geweure und Juseleure. Auch habe Schmidt drei „Vorwärts“-Redakteure angezapft und sie des Disziplinbruchs beschuldigt, weil sie am 1. Mai bei den Lokalfesten Reden gehalten haben. Seiner Meinung nach hätte Schmidt besseres zu tun gehabt und die vier Seiten des Verbandsorgans mit geschickteren Dingen füllen können, als sich in Angriffen gegen die Partei und die „Vorwärts“-Redakteure zu üben. Die Masse der Verbandskollegen wolle es einfach nicht, daß auf solche Art künstliche Gegensätze zwischen der Partei und den Gewerkschaften hervorgerufen und geschürt werden. Auf der nächsten Generalversammlung werde deshalb ein ernstes Wort mit dem Verbandsredakteur zu sprechen sein. Schon an diesem Beispiel zeige es sich deutlich, daß sich ein großer Teil der Gewerkschaftsführer tatsächlich auf falscher Bahn befinden.

Duwell betonte in seinem Schlußwort, es könne nicht seine Aufgabe sein, auf persönliche Dinge einzugehen, sonst werde dem einen vergrößerten Pfeil unnötigerweise der andere entgegengefand, wie es leider schon so häufig in der Polemik zwischen Gewerkschafts- und Parteifunktionären geschehen sei. Es sei nun einmal eine dauerhafte Tatsache, daß die Differenzen zwischen beiden Teilen viel weniger prinzipieller als persönlicher Natur seien. Eines Disziplinbruchs wegen seines Maireferats bei den Lokalorganisierten Zimmern sei er sich nicht bewußt; es habe für ihn kein Anlaß vorgelegen, dort etwa zu sprechen. Wenn nun einem Teil der Gewerkschaftsbeamten der Vorwurf gemacht worden sei, daß sie auf falscher Bahn wandeln, so sei doch zu bedenken, daß die Gewerkschaftsbeamten zweifellos nicht aus Bosheit handeln. Es liege eben in den Verhältnissen, wenn sie sich bei ihrer Haltung in tatsächlichen Fragen und in ihrer Agitation vorwiegend von reinen Nützlichkeitserwägungen leiten ließen. Nur soweit diese es hiermit nicht geben, daß sie den Blick für die tiefen sozialen und idealen Motive der Arbeiterbewegung verlieren. Als überzeugte Parteigenossen hätten die Gewerkschaftsführer eben die Pflicht, die gewonnenen Gewerkschaftsmittel auch ebenfalls zu Parteizwecken zu erziehen. Doch wie sich die einzelnen Gewerkschaftsbeamten hierzu auch stellen mögen, soviel sei gewiß und die Geschichte habe es gelehrt: In großen Zeiten geht die Masse häufig ihre eigenen Wege, und wenn sich die Führer mit der Masse im Widerspruch befinden, dann geht die Masse über die Führer einfach hinweg! Einen keinen Beweis hierfür liefert ja die diesjährige Waiserei. Trotz der offenen Gegnerschaft, die viele Gewerkschaftsführer auf dem Kölner Kongress gegen die Waiserei zur Schau trugen, sei diesmal die Beteiligung an der Feier so stark gewesen, wie nie zuvor. Das sollte den Führern zu denken geben. Ein Blick in die Scharmachepresse zeigt uns, daß man in diesen Kreisen die Ziele des Sozialismus besser und richtiger zu würdigen wisse, wie es bei manchen Sozialdemokraten der Fall ist. Deshalb Klärung nach allen Seiten, damit beide Teile der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, nicht uneinig und zerissen, sondern einig und geschlossen ihrem gemeinsamen Ziele entgegengehen. (Lebhafte Beifall.)

Es fand sodann noch eine Aussprache darüber statt, ob es zweckmäßig sei, die Delegationen zu den Gewerkschaftskongressen der Vororte von Berlin fernherhin noch aufrecht zu erhalten oder nicht. Die Sache wurde schließlich dem Vorstand zur näheren Prüfung überwiesen, der mit den Lokaldelegierten der Vororte dieserhalb die nötige Rücksprache nehmen soll.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Häufarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Sonntagvormittag in den „Musiker-Sälen“ eine Generalversammlung ab. Zum Vorstandsbericht nahm Bruns das Wort und begrüßte freudig das stetige Wachsen der Organisation, verlangte aber entschieden, daß der Verband der Häufarbeiter den anderen Gewerkschaften gegenüber sich mehr als bisher zur Geltung bringe und nicht nur als Mitläufer, sondern als gleichberechtigter Faktor angesehen werde. Redner erwähnte Beispiele, die zeigten, daß durch das Verhalten der Metallarbeiter (in Marienfelde) und der Töpfer (in Neuenhagen) die Häufarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Unternehmer schwerer geschädigt wurden. Durch die Vereinigung der Häufarbeiter soll eine bessere Aktionsfähigkeit erzielt werden und man hofft, die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres auf 10 000 zu bringen. Am Schlusse des ersten Quartals zählte der Verband 5942 Mitglieder, darunter 618 weibliche. Nach dem gedruckt vorliegenden Stoffbericht balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 18 194,25 M. In der Lokalkasse wurden die Einnahmen mit 15 982,96 M., die Ausgaben mit 4493,31 M. gebucht, somit bleibt ein Bestand von 11 489,65 M. — Die Wahl eines weiteren Lokalsekretärs mit einem Anfangsgehalt von 1600 M. steigend bis zu 2000 M. wurde befohlen und in die Anstellungscommission zwei Mitglieder aus der Versammlung gewählt. Ueber die Waiserei entspann sich eine rege Diskussion. Nächste den Metallarbeitern haben die Häufarbeiter am meisten unter der Ausperrung zu leiden. Zum erstenmal hatte der Verband eine Waiserei selbständig arrangiert und ein großer Erfolg wurde erzielt, die Beteiligung war stark, die Versammlungen waren überfüllt. Lebhaft bedauert wurden die Vorgänge in der Brunnentstraße bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Mit Cohen vom Metallarbeiterverband gingen die einzelnen Diskussionredner scharf ins Gericht; sie brachten ihre größte Ungutzufriedenheit und ihr Mißtrauen gegenüber seinem ganzen Verhalten aus. Zur Unterstüßungsfrage der Ausgesperrten wurde der Antrag angenommen, die vom Hauptvorstand ausgefertigten fünf Extrabeiträge zugunsten der Lokalkasse zu zahlen und nur dann an den Hauptvorstand abzuführen, wenn er die Kosten der Waisenausperrung übernimmt. Die Vertrauensmännerkonferenz wird sich mit dem Verhalten des Metallarbeiterverbandes noch eingehend beschäftigen und der nächsten Versammlung, welche zugleich Stellung zum Verbandsrat zu nehmen hat, soll die Sache zur Beschlußfassung wieder vorgelegt werden.

Leser- und Diskutierklub „Emil Kolenow“. Sitzung am Mittwoch bei Romagosa, Döllschloßstr. 5. Vortrag des Genossen Ritter: „National-International“. Gäste willkommen.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Abteilung V bei Bernau Schmiedstr. 24: Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr: Versammlung. — Abteilung VI bei Schmidt, Rosmunderstr. 4: 1. Vortrag Gen. Kollate über „Die Bedeutung der Jugendorganisation“. 2. Diskussion. 3. Beschließenes.

Aus der Frauenbewegung.

Triptum-Baumfäulenweg. Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, hält der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei E. Christ, Marienfelde, Ecke Ernststraße, ab. Herr Dr. Lohstein spricht über „Arbeits- und andere Leiden“. Frauen als Gäste willkommen! Pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Bris. Am Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. 27, die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins von Bris statt. Vortrag des Herrn Braun über „Feuerbestattung und ihre hygienische Notwendigkeit“. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Zwecks Gründung eines Frauen- und Mädchenvereins fand hier am 12. d. M. im Gesellschaftshaus eine öffentliche Volksversammlung statt. Das Referat hatte Frau J e e e e Berlin

übernommen. Im Anschluß an den Vortrag erfolgte die Gründung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Die Verlesenen Statuten gelangten einstimmig zur Annahme. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Frau Danzmann 1., Frau Schulz 2. Vorsitzende, Frau Luise Schögan Kassiererin, Frau Werkmann Schriftführerin, Frau Schörrer Beisitzerin. Zur Aufnahme meldeten sich 25 Mitglieder. Es liegt nun an den hiesigen Genossen, recht rege für den jungen Verein zu agitieren, damit derselbe Blüte und gedeihe und eine wirkliche Bildungsstätte für Friedrichshagen werden möge.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Zustiftung, Verlag von Paul Singer), Nr. 10 des 16. Jahrganges zugegangen. Diese Nummer hat folgenden Inhalt: Das jährliche Courantverhältnis. Von Luise J e h. — Ehe und Sittlichkeit. II. — Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England. Von M. B. — Die Frauen in den habsburgischen Kommunalverwaltungen. Von A. — Vom Schweizerischen Arbeiterinnenverband. Von Z. — Weibliche Kranken- und Heilung. Von Ed. Graf. — Die achte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Von K. — Der Kampf um die Rechte. Von E. G. (Fortsetzung). — Aus der Bewegung: Von der Aktion. — Von den Organisationen. — Der Parteitag der arbeitenden Genossen. — Die Waiserei. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kagenstein. — Rotzettel: Diensthörsache. — Vereinsrecht der Frauen. — Zum Vergarbeitsvertrag in Mitteldeutschland. — Rezensionen: Der alte Jergil. Von Maxim Gorki. — Der Kopf der Eva. Von Anna Bloch. — In der Frühe. Von Theodor Storm. (Gedicht.)

Für unsere Kinder: Die Lerche. Von Josef Freiherr v. Eichen-dorf. (Gedicht.) — Das Sonnenblatt. Von Otto Erich Hartleben. — Sepp, der Tuschgut. III. Von Anton Wendrich. — Als Handes. Von Otto Ernst. (Gedicht.) — Die unsere Vogel nisten. Von Brand. — Vom kleinen Ballettstücken. Von Elisabeth Hartmann-Gardner. — Roter Frühling. Von Franz Wähing. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenzeitschrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Vllh Braun (Verlag Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 20. Heft des 2. Bandes erschienen.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Herausgeber Professor Dr. S. Ratzmann. Nr. 16 des 9. Jahrganges ist erschienen. Verlag von G. Reimer, Berlin.

Das Schulzimmer. Vierteljahrsheft über die Fortschritte auf dem Gebiete der Ausstattung und Einrichtung der Schulräume, sowie des Lehrmittels mit besonderer Berücksichtigung der Forderungen der Hygiene. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner herausgegeben von A. Hoff, Müller. 4. Jahrgang. Jährlich 4 Hefte im Umfange von mindestens je 4 Druckbogen. Preis für den Jahrgang 4 M. Verlag von P. Johannes Müller, Charlottenburg.

Sozialer Fortschritt. Heft 66/67: Das Land der sozialen Reformen (Neuseeland) von A. Dörsen. 50 Pf. — Heft 68: Der deutsche Wald in seiner wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Bedeutung. Von H. Goemann. 25 Pf. — Heft 69/70: Die Robbenjagd. Ihre Einrichtungen und ihre Bestimmungen von A. D. Fried. 50 Pf. — Heft 71: Lohnfrage und Lohnformen von Professor R. P. Gilman. 25 Pf. — Schirmacher, Dr. Käthe: Die wirtschaftliche Reform der Ehe. Referat gehalten auf dem 3. Verbandskongress fortschrittlicher Frauenvereine 1906. 40 Pf. — Stauffacher, Werner: Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der sogenannten Bodenreform in Bezug auf die Agrarfrage und die Gefährlichkeit der bodenreformistischen Theorien für die Landwirtschaft und Staat. 50 Pf. — Stauffacher, Werner: Das Land des deutschen Bauernstandes. 1,20 M. — Sämtlich zu beziehen durch den Verlag Felix Dietrich, Leipzig.

Felcie Gwart. Eine Abrechnung in der Frauenfrage. 50 Seiten. Preis: 0,80 M. Verlag v. Hoff, Hamburg u. Leipzig.

2. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und der Gewerkschaften Leipzigs (1905). 84 Seiten. Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei L. G.

3. Bericht des Gewerkschaftssekretariats und 6. Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona (1905). 166 Seiten. Verlag des Gewerkschaftssekretariats Hamburg-Altona.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 16. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Tannhäuser. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Das große Licht. Neues Operntheater. Martha. Deutsches. Rebale und Liebe. Neues. Orpheus in der Unterwelt.

Anfang 8 Uhr:
Reising. Und Wipha tangt. Westen. Don Juan.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Das Glück im Winkel.

Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Königliche Oper. Figaros Hochzeit.
Neuburg. Liebeskunst.
Central. Boccaccio.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Trianon. Loulou.
Thalia. Hochbarriere links.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.

Kaffee. Madame Bonnard.
Hoftheater. Das kleine Bild. Spezial.
Carl Weich. Aus allem Geschlecht.
Gaula. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vajage. Spezialitäten.
Welle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tannenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Gesp. des Neuen Operntheaters und Hamburg.
(Direktor Max Monti).
Mittwoch und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.

Kleines Theater.

Zum erstenmal:
Ein idealer Gatte.
Schauspiel in 4 Akten v. Oscar Wilde.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Ein idealer Gatte.

Neues Operntheater

(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch, den 16. Mai 1906:
Martha.
Oper in 4 Akten v. Fr. v. Flotow.
Morgens: Maskenball.
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus, A. Wertheim und Invalidendank.

Theater des Westens

(Station Zoolog. Garten), Ranistr. 12.
Mittwoch: Don Juan. Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Opern-Aufführungen des Sternischen Konservatoriums. Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: 27. Vorstellung im Freitags-Abonnement: Der Waffenschmied. Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr.
Sonabend: Die Zauberküste. Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr.

Komische Oper.

Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Don Pasquale.
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.

Zentral-Theater.

(Operette) 8 1/2 Uhr halbe Preise:
Boccaccio.

Lustspielhaus.

Abendtäglich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue
Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Schauspiel in 4 Akten v. Björnstjerne Björnson.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Das Lumpengesindel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg.
Jernspjeger Nr. 8.
Frankfurter
Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 12382*
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der
Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bonus haben Galtigkeit.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: Großer Ball.
Gebr. Arnold.

Achtung! Hasselwerder. Achtung!

Inhaber: Albert Scheruch. 12372*
Größtes und schönstes Etablissement der Oberspre. 10 Pf.-Tour Nieder-Schönemünde-Johannisthal.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Gr. Konzert bei freiem Eintritt.
Donnerstag und Sonntag:
Im Saal: Großer Ball.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch.

Apollo-Theater.

Das große neue Programm!
D'Osta-Trio. × Cryso Tiso.
Martin Kettner. × Les Fignis.
Heinrich Blank. × Wundergrotte.
Eifentücke. La Matschico.
Gumpsti = Bumsti
eigentliche Creation, ausgeführt von
Rece and Privost.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr
Liebeskunst.
Komödie in 3 Akten v. Leon Karmol und Michel Carré.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Einquartierung.
Mitt. Hum. von Reisel.
Freitag
Böckentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größt. Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:
Zum letztenmal:
Am Golf von Neapel.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Hauptstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Aus altem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. A. Genle.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes Abenteuer

WINTERGARTEN

Neues Programm!
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desrosches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brésina, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppo, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.
Da Die, Phantasie-Tänzerin.
Die Persous, Kugelspieler.
Der Biograph.

Sanssouci. Kottbuser Str. 4a.

Dr. Wilhelm Reimer.
Eröffnung des Gartens.
Somit. Mont. Donnerst. Auf der Sommerbühne: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen.
Sommerpreise:
Entree 30 Pf., nun 20 Pf. 50.
Bei ungünstiger Witterung im Saale.
Sonntags Beginn 5. Uebent. 8 Uhr.
Im Vergarten: Frei-Konzert.

Elysium

Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie täglich
Vorstellung
abwechselnd von vier der beliebtesten Sängergesellschaften.
Im Parkett: Ball. Anf. 7 Uhr. Eintritt frei.

Colosseum
Spezialitäten.
Neues Programm.
10 1/2 Uhr:
Les Batignolles?

Etablissements Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezug
in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert
Wittich u. Sonnabend: Freitanz.



Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten
nur
erstklassiger Spezialitäten.

Kredit! Monatlich 10 Mark
Bietet elegante Anzüge
und Paletots nach Maß.
Verkauf allerbilligste Preise.
Torporowski, Brünzstr. 53, I.

Die einzige Rettung

vor Wenzeln ist Reichels verstärktes Wanzenfluid. Sicherstes
Spezialmittel der Welt! Vertilgt jede Brut vollständig. 50 Pf.,
1-, 2-, 3-, Liter 5.-. Befreit werden alle von Schmäden
samt Brut bei Anwendung von Reichels Schwabepulver „Padre
Martini“. 50 Pf., 1-, 2-, 3-, Liter 5.-. Nur echt u. garantiert
wirksam mit Marke „Tod und Teufel“. Sprachapparate 50 Pf.
Erhältlich in den Drogerien, im Plafat mit „Tod und Teufel“
und bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Lieferant für Armee und Marine. Rezipit. Amt IV. 648, 3190 u. 4563.

S. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 18. Mai 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
22 [500] 33 340 070 92 308 949 53 1288 348 088 841
1500] 903 2088 100 301 451 701 6 [500] 3045 49 122
66 09 71 239 70 [5000] 467 88 027 [500] 46 86 [5000] 703
837 4339 [5000] 76 446 92 [1000] 99 013 32 805 5270
454 72 623 884 914 15 24 58 6396 979 7023 43 [1000]
47 143 210 573 888 629 83 714 807 33 218 8065 210 45
74 75 362 559 85 080 750 63 906 9158 265 356 67 [5000]
289 [500] 850 790 [500] 911 39
10118 72 337 405 [5000] 19 47 91 [1000] 525 33 810
938 11233 359 433 43 60 651 93 893 944 12123 483
494 74 [1000] 906 13014 228 [500] 615 [5000] 81
84 715 [5000] 14024 [1000] 309 43 408 530 52 96 652
728 965 15290 84 342 749 16111 434 [500] 35 717 54
86 10 30 17604 83 728 81 818 18118 211 14 [1000]
328 90 [500] 516 97 854 724 43 89 [1000] 868 930 19014
84 620 727 879 [1000]

20017 168 263 [1000] 303 431 34 80 645 89 836
1500] 21154 433 [5000] 48 752 831 50 61 915 32 09
22994 492 23053 [500] 107 83 357 79 693 913 [1000]
22095 97 250 351 401 514 616 701 809 929 51 25399
22694 99 154 214 464 624 90 825 75 814 27292 335
471 707 897 83 923 28020 384 63 420 41 784 814 60 83
20204 60 82 83 [5000] 230 99 449 67 888 684 796 977 79
30067 [500] 343 434 532 677 720 53 31063 78 146
700 27 [1000] 88 861 964 [500] 32121 47 317 501 76
[5000] 33159 390 446 93 679 987 [1000] 34242 95 584
48 379 88 [500] 437 98 880 [5000] 35078 226 321 36037
48 379 88 [500] 437 98 880 [5000] 35078 226 321 36037
48 379 88 [500] 437 98 880 [5000] 35078 226 321 36037
48 379 88 [500] 437 98 880 [5000] 35078 226 321 36037

40051 302 688 835 41344 [1000] 753 57 022 42287
353 815 [500] 618 792 974 43034 160 206 41 [1000] 367
441 646 [500] 79 816 [1000] 44232 [500] 50 411 893
45114 245 71 514 19 98 778 832 912 46111 [5000] 61
124 243 332 408 773 868 47000 9 187 273 375 423 28
40 601 816 48027 [500] 102 50 292 88 333 420 597 673
932 49161 83 96 [1000] 489 784 [5000] 814 82
50047 354 79 861 623 53 [5000] 81 844 71 51083
111 306 543 [500] 735 862 52121 283 390 404 91 820
843 50 [500] 905 40 [500] 53039 116 291 316 38 51 647
68 682 766 898 974 54024 83 [500] 290 339 361 884
55034 255 501 631 736 50 [5000] 84 815 69 75 56119
304 564 71 618 725 955 57010 75 329 [5000] 458 505 35
662 725 [5000] 942 58139 92 383 628 701 68 99 [1000]
862 70 925 59139 96 [500] 406 40 381 [1000] 637 48 50
77 797

60423 515 [500] 649 [500] 84 772 61016 221 35
[1000] 41 416 49 81 773 812 62075 458 397 728 836
[5000] 64 917 38 69 63072 132 38 388 335 [500] 64102
220 419 [500] 618 925 69 65049 [1000] 168 82 20 440
[500] 534 [5000] 622 728 890 69 692 66027 82 [5000] 489
831 33 624 877 [500] 78 941 67500 115 77 [1000] 84
88 232 52 409 636 45 703 94 878 [500] 907 57 68195
850 51 907 37 65 69024 38 39 303 620 [40 000]
741 906

70056 78 129 326 401 29 506 28 601 60 743 885
71011 73 106 22 40 292 335 578 90 69 67 723 86
72179 229 467 390 684 711 45 49 56 73231 424 603 83
85 74117 80 434 618 859 82 940 75067 314 60 557 735
[5000] 602 [500] 76456 81 571 77021 911 223 333 78
384 661 21 739 78071 85 100 20 258 307 65 462 595 96
835 79000 105 575 832

80194 [1000] 206 17 23 367 811031 85 100 610 75
722 [1000] 69 834 70 820033 63 173 239 321 52 483
816 34 611 83 763 [5000] 64 931 83091 341 649 90 98
721 88 [5000] 842 927 84111 83 [5000] 290 [5000] 313
29 497 312 695 755 [500] 881 41 85000 289 [500] 308
31 [500] 65 603 [5000] 33 53 86011 [500] 530 626 88
813 936 87087 [500] 102 [500] 320 71 475 90 [1000]
304 63 619 87 779 89 944 88131 33 40 372 428 98 97 503
29 [1000] 47 33 [1000] 632 867 96 [1000] 89030 55
57 [500] 48 91 633 [1000] 807

90011 267 341 76 606 931 91175 208 374 583 608
769 [5000] 65 831 44 [500] 59 948 92262 701 50 [1000]
9 6 [1000] 37 86 93039 [500] 140 48 478 [500] 633
506 [500] 722 71 936 94524 835 95106 10 538 70
781 96084 102 82 [1000] 287 233 523 97096 127 297
[500] 357 82 418 29 32 540 624 727 52 61 981 [500]
92504 78 426 321 678 881 99250 56 607 50 [500] 729
[5000] 804

100184 670 91 730 936 [100189 [500] 303 483 [1000]
443 49 830 [500] 992 [5000] 102108 209 482 748 990
[500] 103439 [500] 61 [500] 71 313 83 802 904 104217
379 90 523 53 [500] 792 105297 473 541 722 29 85
106063 [1000] 184 332 61 463 [500] 82 567 107016
[500] 62 80 134 207 573 637 73 816 61 80 [500] 108240
45 96 332 447 636 75 738 834 54 109018 [500] 209 337
431 30 50 758 837 937 44

Ein Riesenposten
130 cm breite bunte
Mocket-Plüshe
vornehmer haltbarster Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 35 pr. Meter
Extrapreis 7 50 Wert 7 50
Bei Abnahme 515
ganzer Stücke M. p. Mtr.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Hühneraugentod
besitzt schmerzlos u. gründlich jedes
Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede
Hautverhärtung. Dose 75 Pf., M. L. - 1/2
Erlauf garantiert. Kal. Amerikaner.
Czso Meisel, Berlin 4, Eisenbahnstr. 4.

Krankenfahrräder all. Systeme
täglich von 9 bis 12, auch leichweife
unter kausalen Bedingungen.
Koppsche Krankenwagen, Eisasser-
straße 95. 116/4*

1905er Hühner,
Heißste Legere, Guten, Taubenbrut-
puten: Straußer u. Kisten hochleder
Hähen empfiehlt unter Garantie
F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34

120015 214 330 403 72 90 920 [500] 87 121301
512 775 800 122034 131 221 85 361 400 58 [500] 96 819
97 803 [500] 54 53 123247 83 623 514 77 930 70 326 31
992 [500] 124139 299 359 77 [500] 403 222 794 125103
65 67 204 28 64 77 [500] 785 [500] 551 [1000] 165
126903 224 55 315 971 [500] 650 947 127093 [1000]
144 215 54 489 70 88 557 128117 258 378 405 525 648
73 815 34 [500] 129188 59 291 540 77 705 45 862 914
28 43

130028 61 100 424 [500] 504 606 44 880 946 57
131028 398 554 683 [1000] 723 920 132027 313 62
454 [500] 58 567 634 704 884 919 56 64 133156 71
82 226 374 512 59 86 602 929 50 134059 64 183 93
401 561 867 135233 59 516 73 619 739 820 947 130673
214 [1000] 647 64 758 835 909 72 [5000] 137031 296
387 471 581 674 [5000] 763 69 74 802 138006 139 392
95 880 930 72 139116 268 305 440 534 802 927 59 78
140161 218 350 457 506 629 740 79 99 [1000] 923
141077 84 97 291 338 449 [5000] 94 744 97 142145
435 65 143144 227 398 37 78 556 618 772 144095 116
99 214 48 [500] 145070 142 203 24 49 365 434 692 740 84
909 146935 [5000] 127 [5000] 249 300 837 866 97
147104 269 46 50 327 459 67 515 642 742 918 70
148911 363 50 [500] 25 603 859 [10 000] 944
149028 211 95 630 32 60 [500] 77 92 740 945

150281 300 19 526 678 735 151170 329 78 99
554 635 60 92 865 152013 [1000] 23 25 215 43 361
[5000] 599 949 153021 24 33 50 194 311 75 428
502 705 20 900 154143 457 [500] 83 582 [5000] 651
749 [1000] 96 977 94 155063 126 237 338 [5000] 450 704
6 821 31 156567 246 319 54 441 591 613 [5000] 97
92 157071 125 211 [5000] 333 79 458 621 724 73 97 821
52 940 [500] 158966 146 311 510 17 52 97 717 83 90
816 159032 75 293 464 62 [5000] 96 707 46
160129 73 219 79 346 410 50 647 835 [500] 909 14
161017 [1000] 598 820 973 162053 154 506 23 79 99
614 800 163364 7 82 453 673 694 754 987 164158 683
86 800 80 [5000] 97 165117 92 311 [500] 468 [500] 75
[500] 98 883 [1000] 166960 122 240 [500] 341 [1000]
747 69 70 968 167129 46 578 699 70 70 789 815 85
926 168134 79 [5000] 456 690 [5000] 24 774 855 85
169031 48 114 396 [500] 472 851 [1000]

170062 48 108 356 58 [500] 210 536 72 647
171096 124 61 233 350 517 22 687 [500] 857 [1000]
967 172230 70 367 85 516 77 [500] 86 689 747 929 79
83 173082 100 213 [5000] 37 [5000] 434 547 618 [500]
26 65 [500] 825 911 [500] 17 35 61 [1000] 89 174015
[500] 31 88 362 567 714 46 948 175483 [500] 61 640
[1000] 51 88 362 567 714 46 948 175483 [500] 61 640
676 808 77 177039 [500] 154 64 422 41 517 90 92 612
761 970 178395 29 49 723 30 179054 [10 000] 174
313 544 605 802

180038 68 125 220 56 391 780 181171 218 361 406
531 651 661 832 98 182082 [1000] 224 395 572 790 18401
982 183086 311 531 61 831 962 184130 258 48 487
185152 [500] 80 405 65 819 79 [1000] 771 871 [500] 33
989 186003 5 97 200 71 309 88 344 54 65 73 685 38
[500] 327 864 969 187342 [5000] 799 188061 288 329
362 751 806 21 59 982 189118 [500] 36 309 511 64 635
90 980

190118 67 [5000] 76 [5000] 94 348 494 590 633 70
751 69 885 191383 458 67 528 682 866 919 62 63
192083 432 561 812 944 193004 107 12 79 537 718 27
[500] 945 194101 469 78 98 195011 131 238 [5000] 347
585 879 933 196037 209 513 87 765 873 197987 [1000]
974 [500] 198114 204 400 500 [1000] 79 [500] 199016
139 351 669 614 46 768 821 81 922 [1000] 40
200023 139 277 [500] 80 373 506 66 [500] 669 711
[500] 54 79 89 1 829 51 201023 904 [5000] 690 742
842 202429 17 549 65 [1000] 223101 303 306 670
880 204519 [1000] 56 [1000] 754 67 818 90 205029
118 [500] 406 25 [5000] 72 88 760 812 961 206023
[1000] 337 48 643 785 83 911 600 58 207033 181 280
690 700 208000 11 164 280 95 343 402 744 918 209009
10 119 486 500 65 680 738 835

210078 500 [1000] 108 [1000] 33 81 95 271 97 372 449
534 52 944 211081 [500] 783 982 212006 65 246 58 614
62 94 926 213008 70 184 212 927 [5000] 482 561 661 726
69 214169 31 [5000] 208 599 607 35 723 874 215269
696 703 216286 810 922 [5000] 217949 77 81 4 196
273 402 98 536 916 [500] 218149 232 92 480 806 869
[1000] 219021 42 46 274 [500] 374 411 586 [1000] 635
830 63 83 [5000] 947

220104 711 812 65 [500] 221005 24 368 428 769
222069 69 458 604 14 [5000] 223101 316 404 583 99
945 224026 [1000] 578 523 54 758 78 98 859 974
225114 10 345 330 321 638 60 82 923 976 226026 290
288 802 628 43 972 227044 155 [5000] 242 76 874 97
[500] 416 667 77 * 228188 312 * 80 [500] 274 806
43 229190 327 75 452 590 612 15 845

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Charlottenburg.)
Todes-Anzeige.
Dem Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Tischler
Gustav Dehn
am 14. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 6 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Zentral-Friedhofes am Fürsten-
brunner Weg aus statt.
Um rege Beteiligung eruchtet
85/20
Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 13. d. M.,
mittags 12 1/2 Uhr, verschied plötzlich
unser braver Kollege, der Schrift-
leiter
1839b
Rudolf Dittrich
geb. 26. 10. 50 in Brünn (Böhmen).
Durch seine Aufrichtigkeit und
naheher Kollegialität hat er sich die
Liebe und Freundschaft aller er-
worben, weshalb auch ihm ein
ehrenreiches Andenken bewahren
werden.
Die Kollegen d. Norddeutschen
Buchdruckerei.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. Mai, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentraler Friedhofes,
Bergmannstr. 45-47, aus statt.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Krankenfahrräder all. Systeme
täglich von 9 bis 12, auch leichweife
unter kausalen Bedingungen.
Koppsche Krankenwagen, Eisasser-
straße 95. 116/4*

1905er Hühner,
Heißste Legere, Guten, Taubenbrut-
puten: Straußer u. Kisten hochleder
Hähen empfiehlt unter Garantie
F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34

120015 214 330 403 72 90 920 [500] 87 121301
512 775 800 122034 131 221 85 361 400 58 [500] 96 819
97 803 [500] 54 53 123247 83 623 514 77 930 70 326 31
992 [500] 124139 299 359 77 [500] 403 222 794 125103
65 67 204 28 64 77 [500] 785 [500] 551 [1000] 165
126903 224 55 315 971 [500] 650 947 127093 [1000]
144 215 54 489 70 88 557 128117 258 378 405 525 648
73 815 34 [500] 129188 59 291 540 77 705 45 862 914
28 43

130028 61 100 424 [500] 504 606 44 880 946 57
131028 398 554 683 [1000] 723 920 132027 313 62
454 [500] 58 567 634 704 884 919 56 64 133156 71
82 226 374 512 59 86 602 929 50 134059 64 183 93
401 561 867 135233 59 516 73 619 739 820 947 130673
214 [1000] 647 64 758 835 909 72 [5000] 137031 296
387 471 581 674 [5000] 763 69 74 802 138006 139 392
95 880 930 72 139116 268 305 440 534 802 927 59 78
140161 218 350 457 506 629 740 79 99 [1000] 923
141077 84 97 291 338 449 [5000] 94 744 97 142145
435 65 143144 227 398 37 78 556 618 772 144095 116
99 214 48 [500] 145070 142 203 24 49 365 434 692 740 84
909 146935 [5000] 127 [5000] 249 30

Berliner Nachrichten.

Ein Bund zwischen Schule und Haus

War in Berlin-Südost geschlossen worden, um die von der städtischen Schulverwaltung beabsichtigte Auflösung der 46. Gemeindefschule am Lausitzerplatz zu verhindern. Aus den Kreisen der daran interessierten Eltern war ein energischer Widerstand gegen diesen Plan gekommen und das Lehrerkollegium der Schule hatte sich auf die Seite der Eltern gestellt. Die eifrige Agitation, die da entfaltet wurde, hatte einen gewissen Erfolg gehabt — allerdings nur den, daß die Schulverwaltung sich entschloß, zwar nicht der 46. Schule, aber dafür der benachbarten 42. Schule in der Räumlichkeitsstraße die Aufnahmeklasse zu nehmen und ihr keine Schulkinder zuzuführen. Der Grund, aus dem die Verwaltung im Südosten der Stadt die eine oder die andere Schule und wahrscheinlich sogar mehr als nur eine eingehen lassen wird, soll der augenblicklich dort herrschende Schulmangel sein. So las man's vor Wochen in der bürgerlichen Presse, die jederzeit bereit ist, sich zur Verschönerung solcher Maßregeln herzugeben.

Ein wenig offener hat jetzt die Schuldeputation selber sich geäußert. Im März hatte eine Versammlung der an der 46. Schule interessierten Eltern an die Schuldeputation eine Eingabe gerichtet, die gegen den Plan einer Auflösung protestierte. Die Schuldeputation hat nunmehr endlich darauf geantwortet; in einer erneuten Versammlung, die am Montag stattfand, wurde die Antwort mitgeteilt. Darin wird mit dürren Worten erklärt, die Frequenz der im Südosten und auch im Süden gelegenen Schulen sei so sehr im Abnehmen, daß die Verwaltung im Interesse der Steuerzahler darauf Bedacht nehmen müsse, dort einzelne Schulen allmählich zu verkleinern (soll heißen: schließlich eingehen zu lassen). Herr Iden, der freisinnige Stadtvorordnete und Hausagrarierführer, der in Berlin-Südost zu Hause ist, war wieder gekommen, um die Schulverwaltung zu vertreten. Er gab sich alle Mühe, glauben zu machen, daß tatsächlich „das Interesse der Steuerzahler“ gebiete, dem Südosten eine seiner Schulen zu nehmen. Auch er stehe auf dem Standpunkte, daß „wir sparen müssen“. Dabei behauptete er, schon jetzt gebe die im Jahr einjährig über 100 M. für jedes Gemeindefschulkind aus. Die Behauptung ist, wie bereits vor Wochen im „Vorwärts“ gezeigt wurde, unmaß; und sie bleibt es, auch wenn Herr Iden sich auf den Stadtkämmerer beruft, der die Zahl herangezogen hat. Dem Freisinn, der wieder mal entdebt hat, daß er im Volksschulwesen noch mehr als bisher „sparen muß“, kommen solche irigen Rechnungsergebnisse sehr gelegen. Wird nicht die Bevölkerung vom Rathaus aus darüber „belehrt“ werden, wo der Kämmerer diese Zahl her hat?

Die 46. Schule ist vorläufig dem Schicksal entgangen, ein Opfer des Spartriebes freisinniger „Volksschulfreunde“ zu werden. Der Bund zwischen Schule und Haus, der zur Abwehr geschlossen wurde, hat die Schulverwaltung genötigt, sich zunächst noch ein anderes Opfer anzufuchen. Die Eltern der Kinder aus der 46. Schule wollen aber auch fernerhin zusammenhalten. Sie haben jetzt einen „Verein der Interessenten der 46. Gemeindefschule“ geschlossen. Diese neueste Vereinsgründung will nicht nur über den Weiterbestand der 46. Schule wachen, sondern zugleich die Beziehungen zwischen Schule und Haus besser gestalten. Die Vereinigungen sollen wirkliche Elternabende werden, an denen die Eltern nicht stumm anhören, was die Schule ihnen bietet, sondern Fragen des Schul- und Erziehungswesens gemeinsam mit den Lehrern besprechen. Die in der Versammlung vom Montag anwesenden Lehrer der 46. Schule erklärten, daß sie dem Gedanken wohlwollend gegenübersehen. Doch dürfe der Verein nicht etwa zu einem Gerichtshof für allerlei Klagen über Lehrer werden. — Wann endlich werden die Lehrer lernen, die Kritik der Eltern nicht als einen Liebergriff, sondern als eine sehr wünschenswerte Ergänzung ihrer eigenen Tätigkeit aufzufassen?

Der Gemeindefriedhof der Stadt Berlin zu Friedrichsfelde besteht jetzt ein Vierteljahrhundert. Die erste Anlegung, diese Begräbnisstätte zu schaffen, war im Jahre 1879 gegeben worden. Damals stellte sich heraus, daß die beiden der Stadtgemeinde gehörenden Friedhöfe in der Gerichtstraße und in der Friedenstraße, die nur zur Beerdigung von Armenleichen dienen, nicht lange mehr ausreichen würden. Der neue Friedhof, für den bei Friedrichsfelde ein Gelände von genau 100 Morgen angekauft wurde, sollte aber nicht nur Armenleichen aufnehmen, sondern als ein öffentlicher Begräbnisplatz für Personen aller Belohnung eingeweiht werden. Als Vorbild diente der Hamburger Friedhof zu Ohlsdorf, der damals im Entstehen begriffen war. Der Berliner Friedhof zu Friedrichsfelde wurde im Mai 1881 eingeweiht und in Benutzung genommen. Seitdem sind dort annähernd 80 000 Leichen beerdigt worden, darunter rund 8000 auf Bahnhöfen.

Die Währungsbrände an den Eisenbahndämmen haben in der letzten Zeit einen so bedeutenden Umfang angenommen, daß seitens der Eisenbahnbetriebsämter zum Schutze der an den Bahngeländen liegenden Kulturen besondere Bestimmungen erlassen werden mußten. Die Bahnbeamten sind angewiesen, jeden Währungsbrand, der von den Zugführern alsbald nach der Entdeckung an der nächsten Kontrollstelle zu melden ist, sofort einzudämmen, auch dann, wenn sich die Kulturen in größerer Entfernung vom Bahnlörper befinden. Nur die Lokomotivführer und Feizer ist die Bestimmung erlassen, daß Feizer der Maschinen, mit welchem stets ein stärkerer Funkenauswurf aus den Schornsteinen verbunden ist, an Stellen, wo sich eine Brandgefahr vorhanden ist, nach Möglichkeit zu vermeiden. Diese Maßregel gilt besonders für das Vorbeifahren an trockenen Moorböden, beim Durchfahren von Waldungen, in denen Schuttfreien nicht angelegt sind und für den Hochsommer bei der Vorbeifahrt an Getreidefeldern.

Für den Stadtbahnbetrieb kommen jetzt schwerere Maschinen zur Anwendung, nachdem die kleinen Lokomotiven sich nicht als genügend leistungsfähig erwiesen haben. Nach der erfolgten Umwandlung des Stadtbahnbetriebes, der eine Verlängerung der Lüge zur Folge hatte, genügt die bisher gebräuchlichen Maschinen nicht mehr und es kam wiederholentlich vor, daß die Lüge, besonders im Ringverkehr, nicht unerhebliche Verspätungen erlitten. Diesem Mangel ist nunmehr durch Anschaffung des Triebmaterials entgegengetreten. Die wichtigste Zugfolge auf der Stadtbahn hat auch naturgemäß eine stärkere Belastung des Wagnkörpers nach sich gezogen und die Notwendigkeit einer Verstärkung der Brückenkonstruktion ergeben. Bei den jetzt stattfindenden Brückenarbeiten werden demgemäß auch die Konstruktionen durch Einfügen neuer Träger wesentlich verstärkt und hierbei auch der projektierte Umwandlung des Dampfbetriebes in elektrischen Betrieb Rechnung getragen. Die gegenwärtig stattfindenden Brückenverstärkungen

werden auch noch eine weitere Belastung des Wagnkörpers ermöglichen.

Wiederum ein brennendes Automobil. Gestern nachmittag geriet das Hintergestell eines Privatautomobils auf der Fahrt von Karlshorst nach Berlin in der Hauptstraße in Nimmelsburg in Brand. Das Feuer war im Benzinhälter entstanden und erlosch in wenigen Minuten den ganzen hinteren Wagenkasten. Die Insassen des Wagens vermochten sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Abkühlung des Brandes konnte mit Hilfe von Wassern und leichterer Mühe erfolgen, doch war der Antrieb des Motors durch das Feuer derartig beschädigt, daß der Kraftwagen später durch ein anderes Automobil fortgeschafft werden mußte.

Ueber das Unglück, das sich am Sonnabend in der Volkshochschule an der Schillingstraße ereignete, wird uns ergänzend mitgeteilt, daß das Abflugrohr vor Beendigung der Vorträge geöffnet worden sei. Der Inspektor hatte angeordnet, daß bereits um 9 Uhr das Wasser abgelassen werden solle, und es wird vermutet, daß der junge Mann durch die Strömung in das Rohr hineingezogen wurde. Was den Kameraden des Verunglückten betrifft, so habe dieser anfänglich geglaubt, sein Kollege habe sich einen Scherz erlaubt und sich in der Anstalt versteckt. Als das Suchen vergeblich war, habe man im Wasser gesucht und es habe sich dann ergeben, daß der junge Mann im Abflugrohr steckte und dort seinen Tod gefunden hat.

Kuriose Sammelmanie. Es wird ja unglaublich viel in allen möglichen und unmöglichen Gegenständen gesammelt, aber neu sind folgende Objekte: Bei einer kürzlich hier stattgefundenen Versteigerung wurden unter anderen Kuriositäten auch eine Sammlung von alten Postkarten und von — Wachsstreichholzschachteln feilgeboten. — Interessant ist auch das folgende Kaufobjekt, das als Inzert in einer hiesigen Zeitung stand: „Junger Gutbesitzer kauft für besondere Sammlung elegante Schuhe, getragen von hochgestellten Schauspielerinnen und fürstlichen Damen.“ Offerten unter Sammlung usw.

In dem Streite um das Birchow-Denkmal sollen Kräfte tätig sein, die zwischen den Redigern und dem Künstler einen Ausgleich herbeiführen wollen. Wie das geschehen soll, steht dahin. Aufmerksamkeit machen möchten wir aber, daß die Jury ausdrücklich beschlossen hat, Herrn Klimsch mit der Ausführung des preisgekrönten Entwurfs zu betrauen. Dieser Beschluß ist in der letzten Nummer des „Gemeindeflatte“ veröffentlicht und es ist deshalb unerfindlich, wie am Sonnabend magistrats-offiziöserweise berichtet werden konnte, daß über die Ausführung noch nichts bestimmt sei.

Arbeitererfekte. Gestern vormittag gegen 10 1/2 Uhr stürzte ein Planer aus dem dritten Stockwerk des in der Köthenerstraße aufgeführten Neubaus der Kuerlichgesellschaft auf Straßenpflaster und blieb mit zerstückelten Gliedern liegen. Auf dem Wege nach der Unfallstation in der Barföherstraße, wohin ihn Kollegen in einer Droschke brachten, erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Geschäftsaufwagens der Firma Rudolf Hertig, Breitestr. 15, mit einem Straßenbahnwagen der Linie A der Westlichen Berliner Vorortbahn fand gestern nachmittag gegen 2 Uhr am Kurfürstendam in der Nähe der Johann Georgstraße statt. Das in der Richtung nach dem Zoologischen Garten fahrende Automobil wollte einem von entgegengekehrter Richtung kommenden Kollwagen ausweichen, und der Fahrer lenkte das Gefährt etwa zwei Meter vor einem in der gleichen Richtung fahrenden Straßenbahnwagen der Linie A (Grundwald-Potsdamer Bahnhof) auf die Straßenbahnspuren. Der Motorwagen erfasste den Vorderteil des Automobilwagens und presste das Gefährt gegen die Vorderachse und einen Oberleitungsarm. Durch den Zusammenstoß wurde das Vordergestell des Automobils zertrümmert, die Seitenwand des Straßenbahnwagens eingedrückt und mehrere Fenster Scheiben zersplittert. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Durch den Unfall wurde eine 20 Minuten währende Betriebsstörung herbeigeführt.

Der Defraudant Riedel, der mit 11 000 M. durchging, ist in Gütersloh ergriffen worden. Riedel hatte sich am Freitagabend mit dem ihm anvertrauten 11 000 M. nach Alt-Geltow bei Potsdam begeben, wo er in verschiedenen Restaurants sehr freigebig auftrat. Er war dort auf einem nagelneuen Deumador-Fahrrad eingetroffen, das er ebenso wie einen eleganten Anzug und eine goldene Uhr noch am Freitag in Berlin gekauft hatte. Seine Ausgaben betragen bis dahin noch nicht 1000 M. In Alt-Geltow hatte er Gelegenheit, ein Automobil bis nach Hannover zu mieten, angeblich, weil er möglichst schnell dort eintreffen müsse. Er will, wie er später angab, mehrere hundert Mark für die Fahrt gezahlt haben. In Hannover verbrachte er in der Nacht zum Sonntag in lustiger Gesellschaft über 400 M. und machte dabei die Bekanntschaft eines Chauffeurs, der auf einem Schloße in der Provinz Hannover angeheiratet ist und nach dem Rhein fuhr. Beide traten am Sonntagmorgen die Fahrt über Witten nach Bielefeld an, wo sie die Nacht zum Montag wieder recht vergnügt verlebten. Riedel spielte sich als reicher Mann auf, dem es auf ein paar Hundertmark Scheine nicht ankam. Montag früh verließen sie Bielefeld, der Chauffeur auf seinem Automobil, Riedel auf seinem Fahrrad. Dem Chauffeur war schließlich das Auftreten seines Begleiters verdächtig erschienen. Er fuhr schneller, als Riedel folgen konnte, und machte in Gütersloh auf der Polizei Anzeige. Dort hatte man bereits von der Unterschlagung und dem Verschwinden des Geschäftsbüroisten gehört. Man erwartete den Verdächtigen am Stadtor und nahm ihn fest. Er gab einen falschen Namen an, bequeme sich aber, als man in seinen Taschen noch 7152 M. vorfand, zu einem Geständnis.

Ein Revolver-Attentat

Ist Montag abend gegen 10 Uhr in der Hennigsdorferstraße 26 verübt worden. In dem Hinterhause versuchte ein Mieter namens Blumental den 29-jährigen Arbeiter August Weizenat sowie dessen 19-jährige Schwester durch Revolvergeschüsse zu töten. Bei der blutigen Affäre wurde B. lebensgefährlich, dessen Schwester verletzt und das 2 1/2-jährige Töchterchen der Braut des B. ebenfalls erheblich verletzt. Blumental hat jedenfalls in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt.

Als gegen 1/10 Uhr der Arbeiter Weizenat mit seiner Braut, deren Kind, seiner Schwester und seinem Schwager in vergnügter Stimmung die Treppe des Hinterhauses Hennigsdorferstr. 26 hinauf nach der in der dritten Etage gelegenen Wohnung ging, trat in der zweiten Etage plötzlich Blumental auf den Korridor und rief hinter B. her: „Na, Du alter Bruder, was klopft Du an meine Tür?“ B. hatte jedoch keineswegs geklopft, und da ihm bekannt war, daß Blumental, mit dem er bis dahin übrigens noch niemals in Verührung gekommen war, unter den Anwohnern als seltsamer Rauz galt, ging er ruhig die Treppe hinauf. Einige Zeit später kam B. mit der Braut, der Schwester und dem Kinde wieder die Treppe hinunter und auch jetzt trat Blumental auf den Treppengang. Die drei Erwachsenen trugen Wäfschfälle und in dem Augenblick, als B. an dem unbemerkten Mißbewohner vorüberging, zog der letztere plötzlich einen Revolver hervor, richtete die Waffe gegen die Brust des Arbeiters und im nächsten Augenblicke trachten kurz hintereinander 3 Schüsse. Getroffen stürzte B. zu Boden und entsetzt schrie die Frauen auf. Nun richtete der Mordwut die Waffe gegen die Schwester des B. Auch sie brach, von zwei Schüssen getroffen, zusammen. Der sechste Schuß galt dem Kinde. Er drang der Kleinen in den Unterschenkel. B. hatte einen Schuß in die Brust, in die Gegend der Kragengrube, einen zweiten in den Oberarmel und einen Streifschuß an die linke Schulter erhalten. Sein Zustand gibt zu den äußersten Bedenken Anlaß. Kom hätte Blumental seine blutige Tat vollbracht, so eilte er nach dem Polizeirevier und gab dort an, er sei überfallen worden. Der wahre Sachverhalt stellte

sich jedoch bald heraus und B. wurde verhaftet. Wie bereits erwähnt, dürfte er in einem Anfall von Unzurechnungsfähigkeit gehandelt haben.

Eine zeitweilige Umleitung des Personen- und Güterverkehrs der Berlin-Hamburger und Lehmer Eisenbahn in der Nähe des alten Fürstenbrunnen Weges machen die Charlottenburger Kanalbauarbeiten für Westend notwendig. Auf der sogenannten Föhrerwiese zwischen dem alten Fürstenbrunnen Weg und dem Bahnhöfchen der Berlin-Hamburger und Lehmer Eisenbahn neben der hiesigen Baumhülle soll später die projektierte gemeinsame Pumpstation für Westend und den Stadtteil nördlich der Spree errichtet werden. Von hier sollen zwei Kanalesysteme nach der Spree und ein Verbindungskanal, der die künftige Pumpstation mit der jetzigen provisorischen Pumpstation auf dem Lagerplatz am Nonnendamm auf dem anderen Ufer der Spree verbinden soll, demnächst gebaut werden. Diese drei zwei Meter hohen Kanäle müssen durch den Eisenbahnlörper hindurchgeführt werden und sollen unter ihm in einem gemeinschaftlichen eisernen Unterführungsbauwerk, welches außerdem noch Raum für einen Verbindungsweg nach dem diesseitigen Sprecker bieten soll, untergebracht werden. Zur Ausführung dieses Unterführungsbaues muß der Eisenbahnlörper an der betreffenden Stelle von den Schienen freigelegt und ausgeschachtet werden und infolgedessen müssen die Personen- und Güterzüge während der Bauzeit auf provisorischen Nebengleisen um die Baustelle herumgeführt werden.

Ein Dragoner durch Pferdehufe getötet. In dem Pferdefall des II. Garde-Regiments in der Wäckerstraße hat sich gestern abend ein bedauerlicher Unglücksfall, welchem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, zugetragen. Der Garde-Dragoner Birke war mit Pferdeputzen beschäftigt, als eines der Tiere, vermutlich wohl infolge zu starken Striegels, unruhig wurde und ausfällig. J., der sich in gebückter Stellung befand, erhielt durch die Pferdehufe einen so wichtigen Schlag, daß er auf den Stallgang geschleudert wurde und dort beunruhigt liegen blieb. Dem Bedauernswerten war der Schädel gebrochen worden und bald nach seiner Einlieferung in das Garnison-Lazarett in Tempelhof starb er an den Folgen der Verletzung.

Gefahrenverächter. Ein Pistolenduell, das unblutig verlief, hat am Sonnabendmorgen um 1/6 Uhr in der Jeschendorfer Post zwischen einem Offizier der Schutztruppe und einem höheren Beamten der Hofverwaltung stattgefunden. Die Veranstaltung zu dem Duellentscheid soll eine Eheidungsaffäre gewesen sein. Die beiden Duellanten fanden vor Jahr und Tag in einem engeren Freundschaftsverhältnis. Als der Offizier sich im vorigen Jahre zum Feldzug nach Südafrika begab, erfuhr der Beamte, daß seine Gattin mit jenem in unerlaubten Beziehungen gestanden habe. Die Folge war eine Forderung, die der hintergangene Chemann dem Offizier nach Südafrika überbrachte. Nach der Rückkehr des Offiziers nach Berlin fand das Duell statt. Verbindung war dreimaliger Augenschuß auf 20 Schritt Distanz. Verwundet wurde keiner der Duellanten.

Durch seltene Geistesgegenwart hat in der vergangenen Nacht der 75 Jahre alte Invalide Theodor Rod, Schulstraße, sein Leben gerettet. Der Greis wollte auf dem Bahnhof Schönhauser Allee einen Korbringzug bestiegen, um nach dem Wedding zu fahren. Er kam jedoch etwas zu spät und als er den Zug besteigen wollte, hatte dieser sich bereits in Bewegung gesetzt. Der Invalide kam zu Fall und stürzte unter den Zug. Ein Wagen nach dem anderen rollte über den Verunglückten hinweg und die Augenzeugen des aufregenden Vorfalles glaubten natürlich nicht anderes, daß B. durch die Räder des Zuges zermalmt wurde. Kaum waren jedoch die Wagen über ihn hinweggefahren, so erhob sich der Totgeglaubte und fierte wieder auf den Bahnsteig. B. hatte die Geistesgegenwart beibehalten, sich schleunigst mitten zwischen den Gleis zu bringen und so konnte der Zug über ihn hinwegrollen, ohne daß ihm ein Schaden zugefügt wurde. Nur bei dem Sturz hat sich B. eine blutige Verletzung am Ellenbogen zugezogen, die er sich auf der Unfallstation VI verbinden ließ.

Selbstmord eines Oberlehrers. Traurige Folgen hat ein Unfall gehabt, den sich vor vierzehn Tagen der 33 Jahre alte Oberlehrer Paul Matthiae am Grabe seines Vaters zusog. Matthiae, der seit 6 1/2 Jahren am Luisenstädtischen Gymnasium in der Brandenburgstr. 37 angeheiratet war, war Klassenlehrer der Obersektion und unterrichtete die höheren Klassen im Hebräischen. Vor vierzehn Tagen wollte er auf dem Grabe seines Vaters einen Baum pflanzen. Hierbei kam er zu Fall und zog sich mehrere Verletzungen zu. Besonders floge er nach dem Unfall über Kopfschmerzen und Verstauchung eines Beines. Seit acht Tagen mußte er zu Hause bleiben und sich jeden Tag das Bein massieren lassen. Diese erzwungene Unfähigkeit machte den pflichtgetreuen und dienstfertigen Mann nervös. Gestern vormittag kurz vor 10 Uhr besaßte er seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte, zur Schneiderin zu gehen. Das Dienstmädchen schickte er zum Rasen, dem er folgen ließ, er bedürfe seiner Dienste nicht weiter, weil er sich wieder ganz wohl fühle. Als das Mädchen bald darauf nach der Wohnung in der Bergmannstr. 52 zurückkehrte, fand es den Unglücklichen tot am Schreibtisch sitzen. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe geschossen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Ein neuer Teufel der Versicherungsgesellschaften.

Die Stellenofferten der Versicherungsgesellschaften, durch die unter mehr oder weniger lockenden Versprechungen Herren aus allen Ständen für den Aufendienst gesucht werden, gehören zum eisernen Bestand des Inseratenteils großer Tageszeitungen. Daß die Bedingungen, die der Bewerber erfüllen muß, um nach einer Probezeit von etwa einem Vierteljahr eine feste Anstellung gegen 200 bis 250 Mark monatliches Fixum zu erhalten, allernächst unerfüllbar sind, pfeifen nachgerade die Spähen von den Dächern. Es bedarf daher neuer Lockmittel, damit sich überhaupt noch jemand meldet. Neuerdings werden nun gebildete Herren mit größerem Bekanntheitsgrade für nebenberufliche, organisatorische Tätigkeit gegen sofort zu gewährendes, hohes Fixum gesucht. Die Versicherungsgesellschaften denken natürlich gar nicht daran, den sich Meldenden ein festes Monatsinkommen zu gewähren. Es ist aber interessant, aus einer Darstellung der geschäftlichen Handhabung zu ersehen, mit welcher Schamlosigkeit die Stellengehenden genasführt werden. Wer sich auf ein solches Stellenangebot einer Versicherungsgesellschaft, die natürlich nur unter Chiffre inseriert, meldet, erhält nach einiger Zeit ein Schreiben des Generalinspektors der Gesellschaft, worin ihm mitgeteilt wird, der Generalinspektor sei beauftragt, mit ihm zu unterhandeln und habe um seinen Besuch. Leistet er dieser Aufforderung Folge, so wird ihm von dem Generalinspektor eröffnet, daß er für eine organisatorische Tätigkeit in Aussicht genommen sei, wofür die Gesellschaft sofort 200 oder 250 M., oder auch bedeutend höhere feste Monatsbezüge, neben hoher Provision bei Abschluß von Versicherungen, gewähre. Der Begriff der „organisatorischen Tätigkeit“ wird dann sehr umständlich erläutert und mündgerecht gemacht findet man der Bewerber die Sache annehmbar, so entläßt ihn der Herr Generalinspektor, nachdem er ihm die Statuten und Versicherungspläne zum Studium mitgegeben, mit der Bemerkung, er werde ihm in einigen Tagen einen Vertragsentwurf zusenden und bitte, seine Wünsche mit Bleistift an den Rand zu schreiben. Der Bewerber glaubt nun, den Vertrag, der ihm ein monatliches Fixum zusichert, schon so gut wie in der Tasche zu haben und studiert zu Hause mit heiligem Eifer die ihm übergebenen gedruckten Anleitungen, um sich die notwendigen theoretischen Kenntnisse möglichst rasch anzueignen. Leider wartet er von Tag zu Tag vergeblich auf das Eintreffen des Vertrages. Spricht er dann nochmals persönlich vor, so wird ihm durch einen

ändern Herrn — der Herr Generalinspektor ist dann vorsichtshalber gerade sehr beschäftigt — die Eröffnung gemacht, daß der Gewährung einer Anstellung mit festen Bezügen eine Probezeit von drei Monaten vorangehen und der Bewerber innerhalb dieser Zeit Versicherungen in Höhe von 50 000 M. zustande bringen müsse. Von einer organisatorischen Tätigkeit ist jetzt nicht mehr die Rede. Der Bewerber ist um eine Hoffnung ärmer und um eine Erfahrung reicher, daß es Leute gibt, die andern buchstäblich ihre Zeit stehlen. — Das ganze nichtswürdige Verfahren hat offenbar nur den Zweck, die Bewerber zum Durchstudieren der Versicherungsbedingungen zu veranlassen, damit sie dann, nachdem die Aussicht auf das Firmum zerstört ist, wenigstens akquirierend für die Gesellschaft tätig sind.

Am 16.3. Beobachtungabend des „Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte“ Mittwoch, den 16. Mai, spricht Herr Dozent Jens Lügen abends 8 1/2 Uhr auf der Treptow-Sternwarte über: „Die neuesten Ausbrüche des Vesuvius nach eigener Anschauung und eigenen Photographien“. Herr Lügen spricht zum erstenmal öffentlich in Berlin über die Vesuviuskatastrophe. Aus dem Programm mögen nur folgende höchst interessante Punkte hervorgehoben sein: Vorboten des Ausbruchs vom 6. April 1906 — Der Ausbruch — Der Aschenregen — Zerstörung von Ottajano und San Giuseppe — Aufstieg zum Vesuvius im Aschenregen — Die Lavazerstörungen in Vesuviotrace — Die berühmte Pinie usw. — Der Vortrag wird am nächsten Sonntag abends 7 1/2 Uhr auf der Treptow-Sternwarte wiederholt. — Mit dem großen Fernrohr wird nachmittags die „Sonne“ und abends „Gamma im Löwen“ beobachtet. Gäste haben Zutritt.

Sommerfahrplan auf der Obersee. Der Sommerfahrplan für die Sternwarte auf der Obersee wird am Pfingstsonntag zur Einführung gelangen. Die Dampfer gehen dann täglich von der Jannowitzbrücke nach Grünau 8,30, 10,30, 12,30 und von 2 bis 7,30 halbstündlich. Sonntags gibt es außerdem Dampfer 9,30, 11,30, 1,30 und 8 Uhr abends. Von der Hochbahnhaltestelle Schleißisches Tor gehen die Dampfer je 1/4 Stunde später. Die Dampfer, die zwischen 1 1/2 und 6 1/2 je 1/2 nach Voll gehen, legen in Spreichloß, Tabberts Waldschloß und Wilhelmshof nicht an. Von Köpenick nach Grünau gibt es außerdem einen Dampfer 8,50 Uhr früh. Von Grünau nach Schmüdow verkehren Dampfer von 9,23 morgens bis 8,23 abends stündlich. Die Dampfer ab Jannowitzbrücke 8,30, 10,30, 12,30, 2,30, 4,30 und 6,30 haben in Köpenick Anschluß nach dem Müggelsee. Die Rückfahrt von Schmüdow nach Grünau erfolgt erstmals morgens 7,40. Von 9,15 morgens bis 9,15 abends gehen die Dampfer stündlich. Sonntags hat der letzte Dampfer Anschluß nach Berlin, Werktags der Dampfer ab Schmüdow 8,15. Von Grünau gehen Dampfer nach Berlin Werktags 10,30, 12,30, 2,30 und von 4 bis 9,30 halbstündlich. Sonntags gehen außerdem Dampfer um 11,30, 1,30, 3,30 und 10 Uhr abends. Von Grünau nach Köpenick gibt es außerdem einen Dampfer 8,25 früh. Die Dampfer ab Grünau 1,30, 3,30, 4,30, 5,30, 6,30, 7,30, 8,30 und 9,30 legen in Wilhelmshof, Tabberts Waldschloß und Spreichloß nicht an. Auch Sedow wird von einigen der Dampfer ausgelassen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Kapellmeister Bernhard Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Gertrud Labauve (Sopran), Fräulein Sonja Veeg (Alt) und Herrn Walter Kray (Violine). Präludium und Fuge (a-moll) von Bach, Händel, Rossini und Cherubini. Der Eintritt ist frei!

Das Berliner Aquarium empfing in den letzten Transporten von Neceidierern eine ganze Anzahl Arten, die den Naturfreund nicht nur von der Mannigfaltigkeit, sondern auch insbesondere von der Schönheit der marinen Tierwelt ein wenigstens kleines Bild gewinnen lassen. Wie die von den Forschern für die verschiedenen Gattungen gewählten Namen Aphrodite, Hermione, Erythronne u. a. schon ahnen lassen, zeichnen sich selbst eine Reihe von freischwimmenden Vortentwürmern durch Farbenpracht oder auffällige Formen aus, während die allgemeine Vorstellung von „Würmern“ in ganz anderer Richtung sich bewegt. So erzeugt denn unter anderen auch eine aus dem adriatischen Meere angelommene Art Seearupe besondere Aufmerksamkeit, da die bräunliche, mit glänzenden Borsten besetzte Erscheinung in Gestalt und Bedeckung eher einer langen, breiten, haarigen Raupe als einer Vertreterin der Weichtierklasse, zu welcher sie ihrer Organisation nach gehört, gleicht. Ein Mitglied der nicht freilebenden, sondern in selbstgebauten, vom Sandgrunde aufragenden Höhlen wohnenden Gruppe der Vortentwürmer ist die röhrenförmige Protula des Mittelmeeres, deren Körper schon rotgelb oder orange und deren Röhre weiß eruchtet.

Feuerwehbericht. Durch Umfallen von Petroleumlampen kamen gestern abend zwei Brände in der Oberbergerstr. 89 und Raunthorstraße 11 gleichzeitig aus. In der Turnstr. 48 hatte die Feuerwehr infolge von Kurzschluss am Auslöcher zu tun und in der Turnstraße 74 mußte ein Feuer gelöscht werden, das bei der Herstellung von Lack entstanden war. Heute früh um 4 Uhr entstand im Gefindepital der Stadt Berlin in der Koppenstraße 38/40, Ecke Palsfadenstraße, Feuer. Dort brannten Brennstoffmaterialien im Keller. Am Alexander-Ufer 9 war der Wohlenbelag der Eisenbahnbrücke über den Humboldthafen durch Funken aus einer Lokomotive in Brand geraten. Ferner mußten mehrere Wohnungsbrände in der Hollmannstr. 13, Jasmundstr. 18a c. und mehrere Preßlohlenbrände in der Gortzstr. 23, Sorauerstr. 2 u. q. Stellen gelöscht werden. Außerdem hatte die Wehr aus anderen Ursachen in der Seydelstr. 25, Stolpischestr. 31 und anderen Orten Hülse zu leisten.

Das leichtfertige Umgehen mit Petroleum ist oft gerügt worden. Trotzdem ereignen sich täglich leichtere und schwere Brandunfälle durch Fahrlässigkeit. Am Dienstagmittag kam auf diese Weise in der Straße Kleine Alexanderstr. 16 Feuer aus, wobei die Kleider der Frau Seliger in Brand gerieten. Frau Seliger erlitt dabei schwere Brandwunden an der linken Schulter, am Oberarm und Händen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr längere Zeit in der Dammstr. 34 zu tun, wo Petroleum in größerer Menge in Brand geraten war und die Feuerwehr tüchtig Wasser geben mußte, um die Gefahr zu beseitigen. Etwas später hatte die Wehr in der Mügenstr. 24 zu tun, wo durch Unvorsichtigkeit Dedon und Stühle Feuer gefangen hatten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Rixdorf pro 1905 zeigt das verfloßene Geschäftsjahr in einem außerordentlich günstigen Bilde. Den besten Beweis hierfür erbringt der Reservefonds, der aus den Ueberschüssen der Einnahmen eine Vermehrung in Höhe von 51 380 M. erfahren hat. Während derselbe 1893 52 Proz. der dargelegenen Höhe betrug, ist er im Jahre 1905 auf 85 Proz. gestiegen. Der Bericht weist darauf hin, daß bei den in Geltung befindlichen Vertragsfällen und den von der Generalversammlung im November 1905 beschlossenen Statutenänderungen nicht zu hoffen ist, daß jemals wieder eine derartig hohe Ertragskraft gemacht werden kann. Es sei dies auch gar nicht nötig, indem eine 5prozentige Minderlage voll und ganz genügen würde. Die Einnahmen betragen 464 436,74 M. und setzen sich zusammen wie folgt: Kassenbestand am Anfang des Jahres 4616,55 M., Zinsen von Kapitalien 7840,80 M., Eintrittsgelder 8410,68 M., Gesamtbeiträge 429 868,19 M., Ersparleistungen für gewährte Krankenunterstützung 7180,88 M., Ersparleistungen von Verursachungsgenossen, Unternehmern, Versicherungsanstalten, für gewährte Krankenfürsorge, Unfallrenten, Unfallzuschüsse usw. 3291,79 M., ausgenommen Darlehen, andere Posten 115,60, sonstige Einnahmen 2204,25 M.

Unter den Ausgaben figurieren folgende Posten: Für ärztliche Behandlung 50 938,80 M., für Arznei und sonstige Heilmittel 47 735,80 M., Krankengelder: a) an Mitglieder 162 565,81 M., b) an Angehörige der Mitglieder nach § 7 des Gesetzes 5428,33 M., Unterstützungen an Wdauerninnen 10 455,21 M., Sterbegelder

10108,12 M., Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 65 069,30 M., Ersparleistungen für gewährte Krankenunterstützung 6812,73 M., zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder 1608,28 M., für Kapitalanlagen, Zuführungen zum Reservefonds 51 380 M., zurückgezahlte Darlehen, andere durchlaufende Posten 115,10 M., Verwaltungsausgaben: a) persönliche 34 882,28 M., b) sächliche 11 549,87 M., sonstige Ausgaben 3634,32 M., Summa 480 844,32 M.

Das Gesamtvermögen setzt sich wie folgt zusammen: Kassenbestand am Schluß des Rechnungsjahres 1904 3582,70 M., an Wertpapieren 241 733,70 M., Summa 245 316,40 M. Es hat sich das Vermögen gegenüber dem Vorjahre um 49 467,25 Mark vermehrt. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 8204 männliche und 5111 weibliche. Erkrankungsfälle waren bei männlichen Mitgliedern 4178 und bei weiblichen Mitgliedern 2999 zu verzeichnen. Zusammen 7177. Die Zahl der Krankentage der männlichen Mitglieder betrug 108 386, die der weiblichen 98 974, Summa 207 360.

Sterbefälle sind bei männlichen Mitgliedern 77 und bei weiblichen 40 zu verzeichnen, insgesamt 117.

Das Personal der Kasse bestand aus dem Kassanten, acht Kassenbeamten, einem Kassenboten, einem Krankenbesucher und drei Hilfsbeamten. Im Berichtsjahre sind 78 983 Meldungen eingelaufen, wovon 99 902 auf die Anmeldung, 38 991 auf die Anmeldung versicherungspflichtiger Personen entfallen. Auf jeden der 305 Arbeitstage des Jahres kamen also im Durchschnitt 258,8 Meldungen zur Bearbeitung.

Kontrollen haben 9850 stattgefunden, die 762 Uebertretungen der Kassenvorschriften ergaben. Die Strafsomme beträgt 1402,90 M., wovon bei 70 nachträglich entschuldigend Fällen das Strafgebild in Höhe von 115,50 M. wieder zurückgezahlt wurde. Der Bericht weist zum Schluß auf die Schwierigkeiten hin, die sich beim Einkassieren der Rechnungsbeträge ergeben; so machten sich nicht weniger als 4005 Mängelheiten geltend. 2341 Fälle wurden den Vollziehungsbeamten überwiesen, die alsdann noch 1924 Pfändungen im Befolge hatten. Durch die Tätigkeit der Vollziehungsbeamten wurden 48 201,26 M. oder 11 Proz. der Gesamteinnahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern der Kasse zugeführt. Angesichts der der Kasse verloren gegangenen Beiträge — 49 Arbeitgeber mit 1874,55 M. gegen 27 Arbeitgeber mit 363,73 M. im Jahre 1904 — hat der Vorstand beschlossen, von den Strafbestimmungen der §§ 83 und 85 des Krankenversicherungsgesetzes rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Charlottenburg.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission erstattete der Obmann Bericht über die Meiseier. Danach ist die Beteiligung an der Feier in diesem Jahre gegenüber den Vorjahren bedeutend größer gewesen. Es kommt hinzu, daß eine Reihe von Genossen nicht die Versammlungen am Orte, sondern die Brancherversammlungen in Berlin besuchten.

In der Diskussion forderte Genosse Gebert auf, trotz aller gegen die Meiseierenden gerichteten Maßregeln im nächsten Jahre noch mehr Propaganda für dieselbe zu machen. Genosse Flemming berichtete nunmehr über das Ergebnis der Verhandlung bezüglich der weiteren Beteiligung an den nächsten Arbeitslosenzählungen, die der Charlottenburger Magistrat belanmtlich im Jahre dreimal vorzunehmen gedenkt. Hierzu empfahl der Referent folgende Resolution: „In Erwägung, daß der Magistrat in der Sitzung der Stadtverordneten vom 22. Februar 1906 seinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er nicht bereit ist, im Anschluß an die Arbeitslosenzählungen positive Maßnahmen zur Unterfütterung der Arbeitslosen zu treffen; in weiterer Erwägung, daß in der Sitzung vom 23. März 1906 der Oberbürgermeister sich nicht geäußert hat, die sozialdemokratischen Organisationen zu beschuldigen, daß sie Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineintragen und dadurch eine Schädigung der in Betracht kommenden herbeiführen, empfehlen die Mitglieder der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, der Ausschuss der Gewerkschaftskommission und die Arbeitnehmerbeisitzer der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis den Charlottenburger Arbeiter, sich in Zukunft an den vom Magistrat veranstalteten Arbeitslosenzählungen nicht mehr zu beteiligen.“

Diese Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Als Ausschussmitglied wurde Genosse Vohla, Gastwirtsgehilfe, einstimmig gewählt.

Alsdann berichtete der Vertreter der Barbier, Genosse Volz, über die Lohnbewegung im Barbier- und Friseurgewerbe und ersuchte, in den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die Arbeiter sich nur in solchen Geschäften bedienen lassen, wo die Forderungen der Gehälften bewilligt sind. Eine in diesem Sinne gehaltene Sympathieresolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf erstattete Genosse Reuter Bericht über die Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe. An dem Verhalten einiger Meister, die Parteigenossen sind und dabei die Forderungen der Gehälften nicht anerkannt haben, sowie der Gewerkschaft der Schuhmacher feindselig gegenüberstehen, übte Redner eine scharfe Kritik. Er warf hierbei die Frage auf, ob es richtig sei, daß derartige Leute noch länger Mitglieder des Wahlvereins sein können. In der Diskussion hierüber wurde von allen Rednern betont, daß man solche Arbeitgeber nicht als Genossen anerkennen könne; weiter wurde gewünscht, daß der „Vorwärts“ der gewerkschaftlichen Bewegung Charlottenburgs etwas mehr Beachtung schenken möge. Gen. Flemming erinnerte bei dieser Gelegenheit an den Beschluß vom vorigen Jahre, wonach alle Berichte von den Gewerkschaften, die an den „Vorwärts“ bestimmt sind, an den Obmann der Kommission zu senden sind, der dann das weitere veranlaßt. Komme man diesem Beschluß nach, so werden die Klagen vermehren.

Ein Antrag der Handels- und Transportarbeiter, gegen den Entschluß des Bezirksausschusses zu Potsdam, die Ablehnung der Wahl der Gewerkschaftsbeisitzer Arbeitgeber Preis und Hassel betreffend, beim Oberverwaltungsgericht Berufung einzulegen, wurde nach längerer Debatte mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der Handels- und Transportarbeiter, in der Streitfrage zwischen ihrer Organisation und dem Konsumverein der Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke, Abteilung Franklinstraße und Abteilung Kommenham, den Ausschuss der Gewerkschaftskommission als Schiedsrichter zu berufen, fand einstimmige Annahme.

Der Kommission sind in der letzten Zeit die Gewerkschaften der Gemeindefabrikanten und der Fleischer beigetreten.

Schöneberg.

Die Aufnahme einer Statistik über leerstehende Wohnungen und Geschäftslotale soll in den nächsten Tagen wieder in Schöneberg stattfinden. Es werden zu diesem Zwecke den Eigentümern durch die Polizei Fragebogen gestellt, die „im Interesse derselben“ genau beantwortet werden sollen. Danach scheint das Interesse dieser Herren das allein maßgebende zu sein, denn einen Einfluß auf die Verbesserung des Wohnungswesens überhaupt dürfte nach den Erfahrungen diese statistische Aufnahme seit ihrem Bestehen nicht gehabt haben. Das einzige, was dabei stets zum Vorschein kam, ist, daß die größten und bequemsten Wohnungen in Verhältnis zu den kleinen immer noch die billigeren sind, eine Erscheinung, die uns zeigt, daß sich die ärmere Bevölkerung wesentlich im Nachteil befindet. Trotz des relativ hohen Wohnungsangebotes seit der letzten Aufnahme im Oktober 1905 (1518 leerstehende gegen 1180 im Mai desselben Jahres) sind die Preise der kleinen und Mittelwohnungen nicht nur die gleichen geblieben, sondern auch in die Höhe gegangen. Und dabei dürfte das Angebot, wenn man die große Zahl der in jüngerer Zeit erfolgten Neubauten am Orte in Betracht zieht, sich gewiss noch steigern. Wie dem aber auch sei: jedenfalls dürfte eine Statistik darüber, wie die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung gegenüber der in vornehmen Vierteln Wohnenden, wo oft zehnzimmerige Wohnungen auf eine Familie entfallen, liegen, von nicht geringer Bedeutung für unsere Sozialpolitik sein.

Weissensee.

Beim Baden durch Herzschlag getötet wurde am gestrigen Tage der Bädermeister Schneider, Heinersdorfer Weg. Der Ver-

unglücke hatte mit der hiesigen Bäderreinigung einen Ausflug nach Bernau gemacht und sich bei der herrschenden Wärme verlocken lassen, im Tiefensee bei Bernau ein erfrischendes Bad zu nehmen. Nach kurzer Zeit erlitt er jedoch einen Herzschlag und konnte nach Bergung des Körpers nur noch bei Besonnterung werden. Der Tote hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Adlershof.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hat bewiesen, daß die bürgerlichen Vertreter wohl mit Worten in Arbeitersachen aufgeschlossen, gilt es aber ihre Worte in Taten umzusetzen, so müssen sie lieber den besseren Teil der Tapferkeit. Die Gemeindevertretung hatte vor kurzem beschlossen, in den Vertrag zur Vergabe der Sanalisationsarbeiten die Bedingungen aufzunehmen, daß die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Tarifverträge einzuhalten sind. In der letzten Sitzung wurde auf Antrag des Vertreters Kaiser dieser Beschluß wieder aufgehoben, da der Gemeindevorsteher gebrocht hatte, den Beschluß zu beanstanden. Um nun die bürgerlichen Vertreter, besonders aber den Schöffen Dr. Ehrmann zu einer prinzipiellen Stellungnahme zu zwingen, hatten unsere Vertreter folgenden dringlichen Antrag rechtzeitig eingebracht:

Bei Ausschreibungen von Gemeindefabrikanten oder wenn diese Arbeiten ohne vorherige Ausschreibungen vergeben werden, ist in den Bedingungen aufzunehmen: a) der Unternehmer ist verpflichtet, den in seinem Gewerbe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohnvertrag bei Ausführung der Arbeiten einzuhalten; b) bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage zwischen dem Arbeitgeber und den von demselben bei der Gemeindefabrikanten beschäftigten Arbeitern ist der Gemeindevorstand, in dem Falle, daß von der Gemeindevertretung eine Kommission mit der Beaufsichtigung resp. Ausführung der Arbeiten beauftragt ist, diese als Schiedsamt zur Beilegung der Streitigkeiten anzusetzen.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt und somit deshalb unsere Vertreter auch nur für die Aufrechterhaltung des Beschlusses der vorherigen Sitzung eintreten, bei welcher Gelegenheit sich der Vertreter Kaiser ob seines rückständigen altemandierlichen Standpunktes eine derbe Abfuhr holte. Zu lebhafter Debatte führte nach die zweite Beratung des Ortsstatuts über die Durchführung der Trennungswahlmännchen. Besonders die §§ 5, 6, 8 und 9 wurden von einigen Vertretern, welche die Anträge des Grundbesitzervereins vertraten, lebhaft bekämpft. Zu diesem Punkte lag auch eine Petition dieses Vereins vor, nach welcher der Grundbesitz entlastet und die Nichtangehörigen höher zu den Lasten herangezogen werden sollten. Es ist sicher eine Unverschämtheit, daß der Grundbesitz es überall besteht, die Lasten auf den Mieter abzumalen. Nach den gefassten Beschlüssen werden die Kosten durch 10 Prozent, welche der allgemeine Steuerfiskus zu tragen hat, und 90 Prozent, welche der Grundbesitz aufbringen muß, gedeckt, und zwar werden die Kosten derselben zu einem Drittel nach der Grundstücksstrafenfläche und zwei Drittel nach der Grundstücksfläche berechnet.

Pankow.

Die bedingungslose Amtsniederlegung des Bürgermeisters Gottschalk ist in der letzten Gemeindevertreterversammlung angenommen worden; zu gleicher Zeit wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt, welche die Gründe der Amtsniederlegung zu untersuchen sowie die endgültige formale Lösung der Angelegenheit obliegt. Die besoldete Stelle des Amtsvorstehers soll nunmehr ausgeschrieben werden; verlangt wird die Befähigung zum höheren Richter- und Verwaltungssamt sowie der Nachweis einer mehrjährigen praktischen Tätigkeit im Verwaltungsdienst bei einem Anfangsgehalt von 8—9000 M. und 1500 M. Wohnungsgeldzuschuß.

Am 1. Juli wird das Pankower Amtsgericht in Tätigkeit treten, nachdem bereits am 2. Mai die Uebergabe des Amtsgerichts und des Gefängnisses an die Justizbehörden stattgefunden hat. Durch den Aprilzug sind die hiesigen Gemeindefabrikanten um mehr als 400 Schüler belastet, was selbstverständlich auch eine Mehrbelastung der einzelnen Klassen bis zu 74 Schülern zur Folge hat; es sind beschlossene, 6 neue Lehrkräfte zu bewilligen, von denen bereits durch den Etat vorgezogen sind. Durch den Tod der Vorsitzenden der höheren Mädchenschule soll der Frage näher getreten werden, die Schule eventuell durch die Gemeinde zu übernehmen. In diesem Zweck soll die Verwaltung eine Vorlage ausarbeiten und demnach der Vertretung vorlegen.

Die nunmehr zum dritten Male vorliegende Genehmigung eines Vertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn wird nach längerer heftiger Debatte nochmals verlegt und beschlossen, den Vertrag durch einen Juristen prüfen zu lassen.

Von der königlichen Generalkommission zu Frankfurt a. O. wurde bekannt gegeben, daß die Separationsinteressenten der Gemeinde Pankow die ihnen zugebilligte Entschädigung für Wege und Gräben in der Höhe von 30 000 Mark als Legat für Freibetten für bedürftige Pankower der Krankenhausverwaltung zur Verfügung gestellt haben.

In der Besprechung dieser Angelegenheit wurde von Professor Mendel herangezogen, daß die Gemeinde unter allen Umständen verpflichtet ist, bedürftige ordnungsgemäße Anträge anzunehmen. Der genossenschaftliche, einen Fonds zu schaffen, um arme als gesund erlassene Mitbürger, welche zu schwach sind, ihren Erwerb nachzugehen, zu unterstützen und sie so vor ganzlichem Untergang zu bewahren. Man beschloß, mit dem Vertreter der Separationsinteressenten zu unterhandeln, um das Legat zu diesen Zwecken festzusetzen. Dasselbe beträgt gegenwärtig mit Zinsen 33 000 M.

Spandau.

Den Parteigenossen von Spandau-Potsdam-Ostbaveland zur Nachricht, daß am Montagmittag unser altbewährter Parteigenosse Paul Schwarzer im Alter von 54 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 5 1/2 Uhr vom Kirchhof unter den Kiefern statt. Um recht zahlreiche Beteiligung wird erlucht. Der Vorstand.

Potsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung konnte die Mitteilung gemacht werden, daß durch die Maidemonstration die Organisation eine größere Anzahl neuer Mitglieder gewonnen hat. Den Vorsitz über die Parteifeier gab Genosse Staab. Genosse Krüger referierte alsdann über „Konsumgenossenschaften“, worauf sich eine Diskussion im Sinne des Referats entspann. Nachdem die Arbeiterbildungsstätte in Erinnerung gebracht, entwickelte sich eine recht lebhaft ausgeführte über einen hiesigen Rektor, der Schüler deshalb züchtigen ließ, weil sie sich an den Turnstunden der Jugendabteilung beteiligten. Jedenfalls werden die Eltern der gefassten und mißhandelten Kinder Strafantrag gegen den „schlagfertigen“ Rektor stellen.

Wetterungsüberblick vom 15. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft
Emmende.	753	EO	3 heiter	16	Dabranda	759	ESB	2 Regen	8		
Homburg	751	EO	2 wolkenl	15	Veteröburg	761	ESB	4 halb Eb.	10		
Berlin	751	EO	2 heiter	17	Siegl	761	ESB	1 Regen	6		
Frank a. M.	751	EO	2 bedekt	16	Aberdeen	758	ESB	1 Regen	6		
Büdingen	750	ESB	2 heiter	17	Paris	755	NNO	4 wolkig	9		
Bien	752	EO	1 bedekt	14							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Mai 1906. Etwas kühler, vielleicht heiter aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden und fortwährendem Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.